



23. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall vom 18. bis 24. Oktober 2015



Gute Arbeit.  
Gutes Leben.  
**IG Metall.**

**Protokoll Vierter Tag**  
22. Oktober 2015

**Donnerstag, 22. Oktober 2015**

# 4. Tag

**Beginn: 9.00 Uhr**

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie angedroht: Wir sehen uns wieder. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Gesichter gestern oder heute müder waren beziehungsweise sind. Aber wir wollen heute Morgen mal starten.

Wir starten wie jeden Morgen mit unseren Geburtstagskindern. Geburtstag hat heute Christian Dalker; das ist ein Kollege von den Ausstellern. Herzlichen Glückwunsch, Christian. (Beifall)

Geburtstag hat Manfred Schoch. Herzlichen Glückwunsch. (Beifall)

Geburtstag hat auch Hanna Tekin, eine Kollegin beim Arbeitsmaterial. Auch Dir herzlichen Glückwunsch, Hanna. (Beifall)

Geburtstag hat auch der Ferdinand Weidig von der Verwaltungsstelle Völklingen. (Beifall)

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 12. Wir machen weiter mit der Beratung der Anträge.

Wie gestern schon angekündigt, bitten wir die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt schon wissen, dass sie zu bestimmten Anträgen sprechen wollen, und zwar zu allen noch zu beratenden Anträgen, ihre Wortmeldungen bei uns abzugeben. Dann können wir einfach, wenn es viel Besprechungsbedarf gibt, besser hinsichtlich der Pausen planen. Bitte gebt alle Wortmeldungen für den Rest der noch rund 450 Anträge ab.

Dann rufe ich auf den Antrag 1.001. Das Wort hat Uwe Schütz.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen. Gestern haben wir ja die Entschlie-ßung beschlossen, und nun kommen wir zu den inhaltlichen Anträgen. Ich darf Euch durch drei thematische Blöcke begleiten, und zwar zuerst das Sachgebiet Wirtschaft und Finanzen. Dazu ist aufgerufen der Antrag 1.001 von der Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine mit dem Antragsthema Ausbau der öffentlichen Investitionen. Diesen Antrag empfehlen wir zur Annahme als Material zur Entschlie-ßung.

Ich rufe noch einmal in Erinnerung: Annahme als Material zur Entschließung empfehlen wir, wenn der Antrag durch die Entschließung weitgehend abgedeckt ist, aber zusätzliche Aspekte enthält, die beachtlich sind und deshalb der Entschließung hinzugefügt werden sollen.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Uwe. - Ihr habt die Empfehlung gehört, Annahme als Material zur Entschließung. Ich frage Euch: Wer möchte dieser Empfehlung folgen? - Danke schön. Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Somit seid Ihr der Empfehlung einstimmig gefolgt.

Ich rufe auf den Antrag 1.002.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Antragsthema ist die weitere Verwendung der Mittel aus dem Solidaritätszuschlag nach 2019. Antragsteller ist die Verwaltungsstelle Südbrandenburg. Wir empfehlen diesen Antrag zur Annahme.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke. - Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war von hier aus gesehen einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.003.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.003 fordert, die Steuerlast gerechter zu verteilen. Er kommt von der Verwaltungsstelle Ludwigsfelde. Wir empfehlen diesen Antrag zur Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Uwe. - Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.004.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.004 ist von der Verwaltungsstelle Hannover und hat den Titel Gegen Armut, Ausgrenzung und Spaltung. Er ergänzt in sinnvoller Weise die EntschlieÙung. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.005.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.005 hat den Titel Neuer Verteilungsschlüssel Lohnsteuer und kommt von der Verwaltungsstelle Duisburg-Dinslaken. Das hauptsächliche Thema ist die Verteilung der Lohnsteuer zugunsten der Kommunen. Wir empfehlen diesen Antrag ebenfalls zur Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.006.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.006 hat den Titel Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns, für eine drastische Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer. Er kommt von der Verwaltungsstelle Südniedersachsen-Harz. Hier begründe ich ein bisschen ausführlicher, weil wir diesen Antrag zur Ablehnung empfehlen.

Das Ersuchen fordert die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns. Das soll dadurch erreicht werden, dass der Monatsbruttolohn mit dem jeweils aktuellen Mindestbruttolohn als offizielles Existenzminimum eines alleinstehenden Vollbeschäftigten anerkannt wird. Die Folge wäre, dass jede Erhöhung des Mindestlohns durch die Sozialpartner eine entsprechende Erhöhung des Anspruchs nach ALG-II nach sich ziehen müsste, was die Mindestlohnbezieher allen ALG-II-Beziehern gleichstellen würde. Die Kopplung des Mindestlohns an das Existenzminimum würde ausschließen, dass sich eine angemessene Entlohnung von Arbeit in Höhe

des Mindestlohns wesentlich von ALG-II-Bezügen unterscheidet. Aus diesem Grund empfehlen wir die Ablehnung dieses Antrags.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Ich danke Dir, Uwe. - Zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Kathleen Wolf von der Verwaltungsstelle Südniedersachsen-Harz mit der Delegiertennummer 232.

**Kathleen Wolf, 232**

Schönen guten Morgen. Wir sind der Antragsteller dieses Antrags und können der Empfehlung der ABK in diesem Fall nicht folgen. Die Begründung von Euch ist eigentlich zusammengefasst nur, es würde kein Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht, dass Ihr aber dem Sinn des Antrags folgen könnt. Es ist richtig, dass wir keine Gegenfinanzierung für die Steuerausfälle in dem Antrag haben. Ich meine aber, dass das für diesen Antrag nicht ausschlaggebend ist. Nötig wäre nämlich ein gesamtes Überdenken eines neuen Steuerkonzeptes. Das einzureichen und auf dem Gewerkschaftstag zu beschließen wäre unangemessen.

Wie kann man eigentlich Steuerausfälle von solchen Niedrigverdienern finanzieren? Das haben wir gestern schon gehört. Da gibt es das schöne Wort der Umverteilung. Man müsste ja eigentlich die Gutverdiener der Gesellschaft mehr heranziehen, um das gegenzufinanzieren. Ich denke, es gibt ja, wie wir gestern gehört haben, genug davon.

Ich erwarte von der IG Metall, dass sie sich auf allen Ebenen für dieses Thema einsetzt und es stärkt. Mir wäre es auch lieber, wenn wir den Mindestlohn gleich anheben könnten, was auch sinnvoll ist, damit Menschen davon auch leben können. Aber so weit sind wir leider noch nicht. Wir sind ja erst bei 8.50 Euro angelangt.

Dieser Antrag ist ja auch nur ein kleines Pflaster und keine Endlösung für dieses Problem.

Noch einmal: Uns ist klar, dass die ABK diesen Antrag ablehnen muss. Ich werbe trotzdem um Eure Zustimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt noch ein kleiner Hinweis. Die Verdi, also unsere Schwestergewerkschaft, hat vor einiger Zeit einen Bundeskongress gehabt. Da gab es einen sehr ähnlichen Antrag zur Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns, und der ist auch beschlossen worden. Ich bin der Meinung, dass wir als DGB-Gewerkschaften in dieser Frage ein einheitliches Bild abgeben und eine einheitliche Meinung haben sollten.

Also bitte stimmt gegen die Empfehlung der ABK und für unseren Antrag. - Danke schön.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Ich danke Dir. - Ich sehe, dass der Uwe noch einmal zum Mikrofon geht. - Bitte, Uwe.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Das ist an der Stelle erforderlich, ohne mich in unserer Begründung zu wiederholen. Ihr habt eine Begründung erwartet, die wir nicht geliefert haben. Wir haben als Ablehnungsgrund nämlich nicht angeführt den Steuerausfall, der dadurch entstehen würde, wie Du eben ausgeführt hast, sondern wir haben ausgeführt, dass das bedeuten würde, dass der Steuerfreibetrag durch jede Anhebung des Mindestlohns eine Veränderung erfahren müsste und dadurch unter Umständen ein Hemmnis bei notwendigen und sinnvollen Veränderungen des Mindestlohns eintreten könnte. Außerdem wäre es eine Koppelung von verschiedenen Rechtsfällen, die wir so nicht für praktikabel und auch nicht für sinnvoll halten.

Die Antragsberatungskommission bleibt deshalb bei ihrer Empfehlung, diesen Antrag abzulehnen.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Dank, Uwe. - Wer möchte der Empfehlung der Antragsberatungskommission, den Antrag 1.006 abzulehnen, folgen? - Danke sehr. Gegenstimmen? - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen wurde der Empfehlung gefolgt.

Ich rufe auf den Antrag 1.007.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Zu Antrag 1.007 mit dem Titel „Politik gestalten“ ist unsere Empfehlung ebenfalls Ablehnung.

Die im Antragsbegehren formulierte Kritik und die Forderungen an eine reformierte Steuerpolitik zur Stärkung der öffentlichen Finanzen entsprechen der bisherigen Positionierung der IG Metall.

Ebenso wird unterstützt das Interesse, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu gestalten. Das haben wir von der Antragsberatungskommission als wichtig und sinnvoll zur Kenntnis genommen.

Allerdings wird in dem Antrag ein bedingungsloses Grundeinkommen gefordert. Dieses bedingungslose Grundeinkommen birgt unabhängig von einer konkreten Gestaltung die Gefahr, dass sich der Staat seiner sozialpolitischen Verantwortung entzieht. Das heißt, dass Arbeitsförderung, die Unterstützung bei Arbeitssuche und mit Struktur- und Industriepolitik Arbeitsplätze zu schaffen, aus unserer Sicht abnehmen oder gar völlig wegfallen würden. Deswegen positionieren wir uns gegen das bedingungslose Grundeinkommen.

Die Empfehlung zu diesem Antrag lautet daher: Ablehnung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Uwe. - Wer der Empfehlung auf Ablehnung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen wurde der Empfehlung gefolgt.

Ich rufe auf den Antrag 1.008.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Damit hätten wir bereits den Block der Wirtschafts- und Finanzpolitik beendet und kommen zum nächsten Sachgebiet mit dem Arbeitstitel „Zukunft der Industrie“. Das ist umfangreich bezüglich der Anträge. Diesem Sachgebiet sind 23 Anträge zugeordnet. Wir beginnen hier mit Anträgen, die den Bedarf einer aktiven Industriepolitik thematisieren, gehen weiter zu umwelt- und energiepolitischen Antragsbegehren und befassen uns abschließend mit branchenspezifischen Anliegen zur Bahn und zur Automobilindustrie.

Der erste Antrag in dieser Beratungsreihe ist der Antrag 1.008 mit dem Titel „Industrielle Basis sichern und ausbauen“ von der Verwaltungsstelle Krefeld. Wir empfehlen diesen Antrag zur Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.009 zusammen mit dem Antrag 1.010. - Bitte, Uwe.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.009 mit dem Titel „Regional- und Strukturpolitik“ der Verwaltungsstelle Wolfsburg ist von uns zur Annahme empfohlen. Der Antrag 1.010 wäre bei Annahme dieses Antrags durch unsere Empfehlung erledigt, weil er im Prinzip inhaltsgleich dieses Anliegen noch einmal beschreibt. Insofern empfehlen wir mit der Annahme von Antrag 1.009 die Erledigung des Antrags 1.010.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Uwe. - Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer möchte der Empfehlung folgen? - Danke. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.011.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.010 trägt den Titel „Aktive Industrie- und Strukturpolitik zur Förderung regionaler Technologie- und Innovationsentwicklung und zur Gestaltung nachhaltiger Strukturen“ und stammt von der Verwaltungsstelle Homburg-Saar. Diesen Antrag empfehlen wir zur Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung folgen? - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.012.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Jetzt beschleunigen wir bereits; denn ich lese die Titel jetzt nicht mehr unbedingt vor, sondern sage einfach: Das ist ein guter Antrag von der Verwaltungsstelle Duisburg-Dinslaken. Wir empfehlen ihn zur Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.013.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.013 von der Verwaltungsstelle Hanau-Fulda wird von uns zur Ablehnung empfohlen. Das ist schlüssig mit den Beschlüssen, die wir in den letzten Sekunden gefasst haben; denn dieser Antrag richtet sich dagegen, dass die IG Metall als Akteur bei Politikbeeinflussung zur Struktur- und zur Industriepolitik eine Rolle einnimmt. Der Antrag fordert die IG Metall dazu auf, sich rein auf Arbeitnehmerinteressen und konsequente Interessenvertretung zu konzentrieren.

Wir sind der Meinung, eine konsequente Vertretung der Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern steht nicht im Widerspruch dazu, auch Politikbeeinflussung zu betreiben und sich stark zu machen für eine Industrie- und Strukturpolitik. Daher empfehlen wir Euch, den Antrag abzulehnen.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Uwe. - Ihr habt die Empfehlung „Ablehnung“ gehört. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich danke Euch. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und keiner Enthaltung wurde der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt.

Ich rufe auf den Antrag 1.014.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Dieser Antrag ist von der Verwaltungsstelle Braunschweig. Diesen Antrag empfehlen wir zur Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte dieser Empfehlung folgen? - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.015.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Den Antrag 1.015 der Verwaltungsstelle Schweinfurt empfiehlt die Antragsberatungskommission zur Annahme.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.016 gemeinsam mit dem Antrag 1.017.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Den Antrag 1.016 der Verwaltungsstelle Emden empfehlen wir zur Annahme als Material zur EntschlieÙung. Den wortgleichen Antrag 1.017 empfehlen wir somit als erledigt durch Antrag 1.016.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke. Wer möchte dieser Empfehlung folgen? - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.018.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.018 der Verwaltungsstelle Eisenach wird von uns auch zur Annahme als Material zur EntschlieÙung empfohlen.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke. Wer möchte dieser Empfehlung folgen? - Wer spricht sich dagegen aus? - Wer enthält sich? - Auch das war einstimmig. Danke schön.

Ich rufe auf den Antrag 1.019 zusammen mit den Anträgen 1.020 und 1.021.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.019 wird von uns zur Annahme als Material zur EntschlieÙung empfohlen. Dadurch wäre erledigt der Antrag 1.020 mit gleichem Antragsbegehren.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.022.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.022 der Verwaltungsstelle Berlin wird von uns zur Annahme als Material zur Entschließung empfohlen.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte dieser Empfehlung folgen? Den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Oder Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.023 gemeinsam mit Antrag 1.024, 1.025, 1.026 und 1.027.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Wir empfehlen den Antrag 1.023 der Verwaltungsstelle Erlangen zur Annahme. Durch die Annahme des Antrages 1.023 wären die Anträge 1.024, 1.025, 1.026 und 1.027 erledigt.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte dieser Empfehlung folgen? Dann bitte jetzt den Arm hoch. - Gibt es Gegenstimmen? - Oder Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe den Antrag 1.028 auf.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.028 der Verwaltungsstelle Mannheim wird von uns zur Annahme empfohlen.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung folgen? Bitte um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Oder Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit einstimmig. Ich rufe auf den Antrag 1.029.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Antrag 1.029, gestellt von der Verwaltungsstelle Nürnberg, empfehlen wir zur Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung folgen? - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Oder Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.030.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Antrag 1.030, gestellt von der Verwaltungsstelle Gaggenau, empfehlen wir zur Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung zustimmen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich weiß nicht, ob es eine Gegenstimme war oder ein Arm, der nur zu spät heruntergegangen ist. Sonst ist es einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.031.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Mit dem Antrag 1.031 gehen wir jetzt in das dritte thematische Feld, das ich mit Euch beraten darf, mit dem Titel „Neuorientierung in der Arbeitsmarktpolitik“. Darin befinden sich elf Anträge. Der Antrag 1.034 ist bereits durch die Annahme der EntschlieÙung erledigt.

Zum Antrag 1.031, von der Verwaltungsstelle Augsburg gestellt, empfehlen wir die Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung folgen? Den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.032.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Antrag 1.032, gestellt von der Verwaltungsstelle Frankfurt am Main, empfehlen wir zur Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.033.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Antrag 1.033 ist gestellt von der Verwaltungsstelle Ludwigsfelde. Wir empfehlen auch diesen Antrag zur Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte dem zustimmen? - Danke. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.035.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Antrag 1.035, gestellt von der Verwaltungsstelle Südbrandenburg, mit dem Titel „Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens“ wird von uns mit ähnlicher, aber natürlich nicht gleicher Begründung zur Ablehnung empfohlen.

Ähnlich wie vorher schon besprochen, sehen wir das bedingungslose Grundeinkommen eher als Hemmnis für eine erfolgreiche, gute und sinnvolle Arbeitsmarktpolitik, weil der Staat sich aus der Verantwortung herausziehen kann. Die Politik kann insofern sagen: Wir versorgen die Menschen, aber wir kümmern uns nicht mehr darum.

Das ist nicht die Position der IG Metall. Aus diesem Grunde empfehlen wir diesen Antrag zur Ablehnung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung folgen? Den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und vereinzelt Enthaltungen wurde Eurer Empfehlung gefolgt.

Ich rufe auf den Antrag 1.036.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.036, gestellt von der Verwaltungsstelle Südbrandenburg, wird von uns zur Annahme als Material zur Entschließung empfohlen.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung zustimmen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen so angenommen.

Ich rufe auf den Antrag 1.037 gemeinsam mit Antrag 1.038.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Wir empfehlen den Antrag 1.037 zur Annahme. Dadurch wäre erledigt der Antrag 1.038.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung folgen? - Wer ist dagegen? - Oder enthält sich? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.039.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.039 von der Verwaltungsstelle Chemnitz wird von uns zur Annahme empfohlen.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer stimmt zu? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf die Anträge 1.040 und 1.041.

**Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.040, gestellt vom Frauenausschuss beim Vorstand, wird von uns zur Annahme empfohlen. Damit wäre der inhaltsgleiche Antrag 1.041 der Verwaltungsstelle Herborn erledigt.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung folgen? - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Jetzt kommt etwas anderes. Jetzt wechselt nämlich der Sprecher der Antragsberatungskommission. Schönen Dank, Uwe. (Beifall)

Jetzt ist der Kollege Michael Hehemann Sprecher der Antragsberatungskommission. - Ich rufe auf den Antrag 1.046.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Ich darf mich kurz vorstellen: Michael Hehemann aus der schönen Verwaltungsstelle Emden im noch schöneren Bezirk Küste. Von mir einen schönen guten Morgen an dieser Stelle. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, ich darf mit Euch jetzt in das Gebiet Arbeitsrecht gehen im Bereich der EntschlieÙung 1. Das Sachgebiet Arbeitsrecht bündelt acht Anträge, die die IG Metall dazu auffordern, auf den Gesetzgeber einzuwirken, Befristungen ohne Sachgrund neu zu regeln, das Insolvenzrecht zugunsten der Beschäftigten zu ändern und einiges mehr. Ein weiterer Antrag beschäftigt sich mit dem Datenschutz für Beschäftigte.

Kolleginnen und Kollegen, wir wissen natürlich, dass es insbesondere unsere politische Kraft ist, die unsere Mitglieder in solchen Situationen, in Krisensituationen schützen kann: hoher Organisationsgrad, starke betriebliche Strukturen, gute tarifliche Regelungen. Dennoch wollen und brauchen wir in Deutschland eine gute arbeitsrechtliche Grundlage, bei der auf Augenhöhe verhandelt wird. Wir haben deshalb als Antragsberatungskommission auch hier besonderes Augenmerk auf die folgenden Anträge gelegt.

Der Antrag 1.046 ist aufgerufen. Wir empfehlen den Antrag zur Annahme.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön, Michael. - Wer möchte der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.047.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Antrag der Verwaltungsstelle Völklingen. Hier lautet unsere Beschlussempfehlung Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Michael. - Zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Gerfried Lauer von der Verwaltungsstelle Völklingen, Bezirk Mitte, mit der Delegiertennummer 175.

**Gerfried Lauer, 175**

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist schon gefallen: Gerfried Lauer von der Verwaltungsstelle Völklingen. Ich sage immer noch „Verwaltungsstelle“. Mir hat einer gesagt, Verwaltungsstelle würde bedeuten, dort würden Mitglieder verwaltet. Dann müsste man ja annehmen, wenn wir jetzt Geschäftsstelle werden, dass wir mit den Mitgliedern Geschäfte machen. Aber das nur am Rande. (Beifall)

Erst einmal möchte ich der Antragsberatungskommission dafür danken, dass sie den Antrag 1.046 zur Annahme empfohlen hat, und Euch allen danke ich für Eure Zustimmung.

Ein paar Worte zu dem Ganzen, was dort geschehen ist: Also, ich stehe heute hier als Betriebsratsvorsitzender eines der betroffenen Betriebe des Unternehmens Whitesell. Der eine oder andere hier im Raum hat mit dem Thema Whitesell, glaube ich, auch zu tun gehabt.

Ich fange einmal an mit Guido Lesch von unserer Verwaltungsstelle, Markus Eulenschbach, weil ein Standort in Neuwied ist, die Silke Nötzel vom Bezirk, Nihat Öztürk vom Standort in Neuss, Heidi Scharf vom Standort in Schwäbisch Hall - Christiane Benner hatten wir auch mit eingeschaltet -, Heiko Reese, ehemaliger Bevollmächtigter von Neuss und so weiter. Also, dieses Thema Whitesell hat viele beschäftigt.

Aber lasst mich kurz darüber erzählen, was dort abgelaufen ist. Mittlerweile ist unser Standort in Beckingen an einen Konkurrenten verkauft worden. Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, um Euch die Hintergrundinformationen zu geben. Es handelt sich um einen industriepolitischen Skandal, wo wir als IG Metall alles dafür tun müssen, dass sich solche Machenschaften in Deutschland nicht durchsetzen.

Wir haben als Unternehmen seit 2009 drei Insolvenzen hinnehmen müssen. Wir sind ein Automobilzulieferer aus dem Bereich der Verbindungselemente. Wir sind

2009, wie viele andere Zulieferer auch, in die Insolvenz gerutscht. Die Fortführung ging an sich ganz problemlos, und wir hatten einen Investor aus Indien gefunden. Das Problem war nur, dass er den Kaufpreis nicht bezahlt hat und wir somit in die zweite Insolvenz kamen.

Auch hier lief alles so weit reibungslos. Die Fortführung war möglich, und wir hatten sogar in der Insolvenz Gewinn eingefahren. Dann wurde der amerikanische Investor namens Whitesell gefunden. Auf dem Papier machte er einen guten Eindruck und erschien als strategischer Investor, der in Amerika auf dem gleichen Markt ist. In Wahrheit hatte er aber ganz andere Interessen - nach einem Modell, das man in amerikanischen Eliteuniversitäten lernen kann. Das Ziel war, in sehr kurzer Zeit so viel Profit wie möglich aus dem Unternehmen herauszuziehen.

Als Automobilzulieferer sind die Kunden, insbesondere die OEMs, für unser Überleben unerlässlich. Was hat Whitesell getan? Nach der Übernahme zu Beginn 2014 ist er hergegangen und hat durch Androhung und Umsetzung von Lieferstopps Preiserhöhungen von durchschnittlich 40 Prozent erpresst. Teilweise waren es 200 bis 300 Prozent, um die die Preise erhöht wurden. Er hat ihnen gesagt: „Wenn Ihr die Teile nicht wollt, schickt sie zurück, oder Ihr akzeptiert die Preise“, was dazu geführt hat, dass viele aus der Not heraus diese Preise akzeptieren mussten. Aber was glaubt Ihr, wie lange die OEMs noch bei uns geblieben sind? Nach fünf Monaten - längstens nach zwölf Monaten - sind alle großen Kunden ausgestiegen.

Was kam dann? Die Insolvenz. Aber ohne Kunden und - noch schlimmer - ohne verwertbares Eigentum an Grundstücken, Maschinen, Patenten und so weiter. Dies hat Whitesell auch getan: Er hat sich vor der Übernahme oder während der Übernahme in luxemburgische Holdings ausgelagert. Somit waren in Deutschland nur noch die Arbeitnehmer in der GmbH, die letztlich auch in die Insolvenz gegangen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war alles kein Zufall, sondern ein geplantes, auf maximalen Profit ausgelegtes Vorgehen - wohl wissend, dass das Unternehmen, das Whitesell gerade gekauft hat, dadurch vernichtet wird. Dies ist der Skandal! Dagegen müssen wir kämpfen, damit ein solches Vorgehen in Deutschland keine Schule macht! (Beifall)

Juristisch waren wir diesem Vorgehen komplett ausgeliefert. Wir haben unseren Protest lautstark auf die Straße getragen, haben die Politik mobilisiert und eine große Solidarität erfahren. Aber Mister Whitesell war nicht zu beeindrucken. Er hat sich gegen alle gestellt: gegen die eigene Belegschaft, die Kunden und die Politik. Dann machte er sich aus dem Staub, und die dritte Insolvenz war mit ganz schlechten Rahmenbedingungen unumgänglich.

Man muss sich vorstellen: Sucht mal einen Interessenten, wenn keine Kunden mehr da sind! Das Anlagevermögen ist in Luxemburg, und nur die Mitarbeiter sind in der GmbH. Und die Jacobs Krönung - und da ist auch der Skandal - ist, dass es hier in Deutschland möglich ist, dies so zu tun.

Eine Sache ist: Wir galten als neues Unternehmen - das zweite Mal schon; bei Ruia waren wir es schon, bei dem Inder, und auch bei Whitesell -, was zur Konsequenz hatte, dass wir keinen Anspruch auf Sozialplan hatten. Und das vor dem Hintergrund, dass in Beckingen - wir waren 400 Mitarbeiter - in Gänze 250 abgebaut werden mussten. An den anderen Standorten war es nicht anders. Der Neusser Standort wurde geschlossen. In Neuwied und in Schrozberg wurde auch über die Hälfte der Mitarbeiter abgebaut, und das, wie gesagt, alles ohne Sozialplan.

Schlimmer noch: Durch die Tatsache, dass der Insolvenzverwalter keine Masse hatte, hatte er Masseunzulänglichkeit erklärt, und die Mitarbeiter sind innerhalb von drei Tagen aufs Arbeitsamt geschickt worden und haben Arbeitslosengeld bekommen. Und das ist, wie gesagt, nach deutschem Recht möglich! Das ist der zweite Skandal, weil Whitesell dies so in Deutschland tun kann. (Beifall)

Daher ist unser Anliegen mehr als wichtig und brisant: Lasst uns gemeinsam an dem Antrag und dem beschriebenen Begehren arbeiten, unsere Kompetenz im Umgang mit den Insolvenzen maßgeblich zu verbessern und einen bundesweiten Austausch dazu zu organisieren! Unser industriepolitischer Skandal darf sich in Deutschland nicht wiederholen! Aus diesem Grunde bitte ich Euch eindringlich darum.

Ich habe auf einer großen Demonstration in Beckingen vor über 1.000 Menschen gesagt und an dieser Stelle versprochen, dass ich alles tun werde, dass dieser Skandal in Deutschland nicht mehr stattfindet. Das ist mein Appell. Uns hilft er nicht mehr. Es kann aber viele andere Unternehmen in Deutschland treffen, wenn das Schicksal macht. Von daher meine Bitte: Stimmt unserem Antrag zu! - Danke schön. (Beifall)

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön, Gerfried. - Michael.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Ja, das kann man inhaltlich alles nur so unterstützen, was der Kollege gesagt hat. Vielleicht noch ein bisschen detaillierter: Der Antrag der Völklinger zielt ja auf eine Änderung dahin gehend, dass im Rahmen der Fortführung von Unternehmen dem Erhalt von Arbeitsplätzen größtmögliche Priorität eingeräumt wird, genau wie es in

der EntschlieÙung beschrieben ist. Darüber hinaus wird der Vorstand aufgefordert, eine Expertengruppe einzusetzen. So verstehen wir das auch. Insofern können wir gut bei unserer Empfehlung bleiben: Annahme als Material.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer möchte der Empfehlung folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen so angenommen.

Dann rufe ich den Antrag 1.048 auf.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen befasst sich mit der Novellierung des Insolvenzrechts. Auch dieser Antrag ergänzt unsere EntschlieÙung. Insofern empfehlen wir Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung folgen? - Danke. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe den Antrag 1.050 auf.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen bereits in den nächsten thematischen Block. „Eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege“.

Der erste Antrag in diesem Block ist von der Verwaltungsstelle Ludwigsfelde. Das Antragsbegehren zielt auf die Einrichtung einer Bürgerversicherung unter Einbeziehung der Beitragspflicht für alle Einkommensarten. Insofern ergänzt auch dieser Antrag unsere EntschlieÙung. Wir empfehlen Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer möchte ihr folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe den Antrag 1.052 auf.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.052 der Verwaltungsstelle Wolfsburg legt noch einmal den Schwerpunkt auf die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Wir empfehlen auch hier die Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Michael. - Zu dem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Benjamin Stern von der Geschäftsstelle Wolfsburg, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, mit der Delegiertennummer 271.

**Benjamin Stern, 271**

Danke schön. - Wie gerade schon erwähnt: Mein Name ist Benjamin Stern. Noch ganz kurz zu meiner Person: Ich bin stellvertretender Betriebsratsvorsitzender des Gemeinschaftsbetriebs der Autovision und Autovision Zeitarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Thema paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung das Wort ergreifen. Um die gerechte Finanzierung aller gesetzlich Versicherten und Versicherungen sieht es seit Jahren nicht gut aus. In den Jahren von 1975 bis 2009 sind die Beiträge der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung von 10,5 Prozent auf 15,5 Prozent angestiegen. Dies ist das eine.

Mit Einführung des Gesundheitsfonds im Jahre 2009 verabschiedete sich die Bundesregierung zudem von der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Mit der Bildung des Gesundheitsfonds sollte eigentlich die Deckungslücke bei den gesetzlichen Krankenkassen geschlossen werden. Tatsächlich ist der Anteil an der Finanzierung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestiegen. Hierzu kamen zusätzliche Kosten wie zum Beispiel die Praxisgebühr. Ich denke, die meisten können sich noch gut daran erinnern.

Damit haben sich die Grundlagen der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung komplett verändert. Die gesetzlichen Krankenkassen können seitdem nicht mehr ihre Beiträge selbst festlegen, vielmehr wurde ein einheitlicher Beitragssatz von derzeit 14,6 Prozent für alle Versicherten festgelegt.

Seit dem 1. Januar 2015 gelten nun andere Bestimmungen. Die 14,6 Prozent werden zwar paritätisch zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aufgeteilt, Krankenkassen können jedoch einen Zusatzbeitrag erheben. Die Arbeitgeber sind aber fein raus. Sie müssen zukünftig steigende Kosten im Gesundheitswesen nun

nicht mehr mitfinanzieren. Die allermeisten Krankenkassen erheben bereits heute einen Zusatzbeitrag.

Aus Prognosen geht hervor, dass dieser sich bereits bis 2019 verdoppeln könnte. Leidtragende sind somit nur wir Arbeitnehmer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das widerspricht eindeutig dem ursprünglichen Prinzip der paritätischen Finanzierung. Die Arbeitnehmer zahlen schon heute mehr Geld in die Krankenversicherung als die Arbeitgeber.

Durch die Abkehr von der paritätischen Finanzierung wird auch das System der Selbstverwaltung der Krankenkassen infrage gestellt. Unsere Forderung muss daher lauten: Her mit einer realen paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen, damit nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Rentnerinnen und Rentner belastet werden, sondern alle wieder zu gleichen Teilen! (Beifall)

Ich bitte Euch an dieser Stelle um Eure Aufmerksamkeit, setzt ein Signal! Stimmt bitte für die Empfehlung, damit der Vorstand hier auch weiß, dass wir wieder eine paritätische Bezahlung haben wollen und dafür kämpfen wollen, dass die Gleichheit fortgeführt wird und nicht die Abwärtsspirale, wie sie momentan passiert! - Danke schön. (Beifall)

#### **Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Ich danke Dir, Benjamin. - Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört: Annahme als Material zur Entschließung. Wer möchte dieser Empfehlung folgen? - Danke. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war, wie Benjamin auch schon angeregt hat, einstimmige Unterstützung dieses Antragsanliegens.

Ich rufe auf den Antrag 1.054, den Antrag 1.055 und den Antrag 1.056.

#### **Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Kolleginnen und Kollegen, da mit dem Antrag des Frauenausschusses beim Vorstand zwei andere Anträge zur Erledigung empfohlen werden, zwei Worte mehr dazu. Unsere Beschlussempfehlung lautet: Annahme in geänderter Fassung.

Das Antragsbegehren zielt auf die Verbesserung der Situation zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Der Gesetzgeber hat zum 1. Januar 2015 bereits Verbesserungen vorgenommen. Allerdings besteht auch aus unserer Sicht weiterer gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Empfohlen wird die Annahme mit Änderungen. Das unübersichtliche Nebeneinander von Pflegezeitgesetz und Familienpflegezeitgesetz

sollte beendet und eine einheitliche gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Das war im Koalitionsvertrag vorgesehen, wurde aber bisher nicht umgesetzt.

Auch bei der Pflegezeit gilt eine gesetzliche Beschränkung hinsichtlich der Beschäftigtenzahl, die ebenfalls aufgehoben werden sollte.

Da der Antrag des Frauenausschusses alle Einzelforderungen zum Thema Weiterentwicklung des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes umfasst, wird vorgeschlagen, ihn mit den Änderungen zur Beratungsgrundlage für die nachfolgenden Anträge zu machen. Daher lautet die Beschlussempfehlung: Annahme in geänderter Fassung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Michael.

Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe den Antrag 1.057 auf.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.057, Kolleginnen und Kollegen, befasst sich mit den Sozialwahlen im Jahr 2017 und fordert die IG Metall in ihrer Gesamtheit auf, die Sozialwahlen 2017 als politisches Handlungsfeld zu besetzen, sich mit geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für die Selbstverwaltung der verschiedenen Träger zur Wahl zu stellen. Das Antragsbegehren wird von uns ausdrücklich befürwortet. Insofern lautet die Beschlussempfehlung: Annahme.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte dem folgen? - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.058.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.058 der Verwaltungsstelle Frankfurt am Main fordert den Vorstand auf, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für die Selbstverwaltung der verschiedenen Träger zu suchen und ergänzt insoweit den Antrag 1.057, über den wir

gerade abgestimmt haben. Insofern empfehlen wir hier: Annahme in geänderter Fassung. Die Änderung, die wir da vorgenommen haben, die wir empfehlen, dient der begrifflichen Darstellung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Michael. - Wer möchte dem folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.059.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Kolleginnen und Kollegen, bei den Anträgen, die jetzt folgen, bewegen wir uns ins nächste Themenfeld. Wir kommen zum Thema Altersversorgung. Es geht uns natürlich vor allen Dingen darum - so auch die Passagen in unserer EntschlieÙung dazu -, die Altersvorsorge nicht vollständig zu privatisieren, sondern eben gesellschaftspolitisch deutlich zu machen, dass hier einer der Grundpfeiler für gutes und menschenwürdiges Leben für die künftigen Generationen liegt, Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben dazu mehrere Anträge. Der erste ist der der Verwaltungsstelle Völklingen. Die Beschlussempfehlung lautet: Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Michael. - Zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor. Das Wort hat jetzt Ferdinand Weidig, Geschäftsstelle Völklingen, Bezirk Mitte, mit der Delegiertennummer 177.

**Ferdinand Weidig, 177**

Guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen. Mein Name ist Ferdinand Weidig, Sekretär Verwaltungsstelle Völklingen, Bezirk Mitte, unter anderem auch zuständig für den Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz und Schwerbehinderte.

Kolleginnen und Kollegen, Hans-Jürgen Urban hat am Montag gesagt, die IG Metall macht keinen Frieden mit der Rente mit 67. Das ist gut so. Gerade als Völklinger hat mir diese klare Position sehr gut gefallen. Und, lieber Hans-Jürgen, ich glaube, allein diese Aussage hat Dir schon 450 Stimmen gebracht. (Heiterkeit - Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir waren als Verwaltungsstelle Völklingen damals mit die Ersten, die groß gegen dieses Rentensenkungsprogramm mobilisiert haben und über 8.000 Kolleginnen und Kollegen während der Arbeitszeit auf die Straße gebracht haben.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch heute als IG Metall klar und deutlich unser Nein gegen die Rente mit 67 kundtun. Denn wenn wir das nicht machen, dann werden diejenigen, die heute schon die Rente mit 70, 75 oder vielleicht auch 80 fordern und uns das alles noch als Flexi-Rente verkaufen wollen, eventuell Oberwasser bekommen.

Kolleginnen und Kollegen, das darf nicht passieren. Wir als IG Metall müssen uns bei der Rentenfrage die Meinungshoheit in der Bevölkerung sichern. Kolleginnen und Kollegen, dieses Feld dürfen wir nicht anderen überlassen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir fordern hier einen flexiblen Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Das ist vom Grundsatz her richtig und natürlich wichtig, aber ich gebe zu bedenken: Was nutzt unseren Kolleginnen und Kollegen ein flexibler, womöglich früherer Ausstieg aus dem Erwerbsleben, wenn dann die Rente nicht zum Leben reicht?

Kolleginnen und Kollegen, immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind heute schon gezwungen weiterzuarbeiten, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Anfang der Woche war zu lesen, dass immer mehr Rentnerinnen und Rentner Minijobs haben. Kolleginnen und Kollegen, die meisten von denen, die arbeiten nicht aus Spaß an der Freude, sondern weil sie es müssen, weil sie das Geld brauchen. Kolleginnen und Kollegen, sich neben der Rente noch was hinzuzuverdienen, das können aber auch nur diejenigen, die gesundheitlich noch halbwegs dazu in der Lage sind.

Was ist aber mit denjenigen, die krank, ja, schwerbehindert sind? - Kolleginnen und Kollegen, immer mehr Beschäftigte, die heute 60 oder älter sind, haben bereits eine anerkannte Schwerbehinderung. Und die Tendenz ist hier stark steigend.

Kolleginnen und Kollegen, Hans-Jürgen und Detlef Wetzel haben gesagt: Die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren ist ein Erfolg der IG Metall und ein Schritt in die richtige Richtung.

Viele unserer Kolleginnen und Kollegen profitieren hiervon. Es ist richtig, Kolleginnen und Kollegen: Das ist unser gemeinsamer Erfolg.

In dem Zusammenhang muss aber ebenfalls daran erinnert werden, dass auch das Rentenalter für Schwerbehinderte angehoben worden ist, nämlich auf 65. Wir alle wissen, dass die wenigsten es schaffen werden, halbwegs gesund bis 67 arbeiten zu können. Diejenigen, die aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen auch noch schwerbehindert geworden sind, werden es erst recht nicht schaffen, länger zu arbeiten, sprich: bis 65.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, wäre es im Zuge der Rente mit 63 allemal richtig und wichtig gewesen, für diejenigen, die krank und schwerbehindert sind, einen abschlagsfreien Zugang mit 61, 60 oder, wie wir es in unserem Antrag formuliert haben, mit 62 zu fordern und durchzusetzen. Das ist nicht erfolgt. Deshalb müssen wir unsere Forderung „weg mit der Rente mit 67“ ergänzen um die Forderung: auch weg mit der Rente mit 65 für Schwerbehinderte. (Beifall)

Noch einmal: Was nutzt ein früherer Rentenzugang mit einer Armutsrente auf Sozialhilfeniveau? Nichts. Deshalb müssen als Erstes die rentenmathematischen Abschläge abgeschafft werden, hier insbesondere bei den Erwerbsminderungsrenten.

Detlef Wetzels hat es gesagt: Unser neuer Vorstand wird nicht zuletzt die Frage von Altersarmut angehen und mit dafür sorgen müssen, dass das Rentenniveau nicht abgesenkt, sondern angehoben wird, und zwar - das ist der Punkt - auf ein Niveau, das ein anständiges Leben ermöglicht, heute und in der Zukunft. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, also: Rentenniveau rauf - klar -, und zwar kräftig und natürlich paritätisch finanziert. Ali Yener aus dem Bezirk Mitte hat uns vorgerechnet, was ein durchschnittlicher Rentner nach 45 Versicherungsjahren heute an Rente erhält. Ali hat gesagt, es seien etwa 1.300 Euro. Da gehen noch die Versicherung und die Sozialversicherungsbeiträge ab. Was übrig bleibt, ist nicht üppig.

In dem Zusammenhang muss man natürlich auch wissen, dass schon heute und erst recht in der Zukunft die wenigsten diese 45 Versicherungsjahre zusammenbekommen werden. Deshalb muss die Frage der zukünftigen Alterssicherung neu gedacht werden, allerdings nicht in Richtung der privaten Versicherungswirtschaft, sondern in Richtung der Stabilisierung des gesetzlichen Rentensystems. Auf Riestern zu setzen bringt überhaupt nichts. Die Finanzierung unserer Rentenkasse muss breiter aufgestellt werden. Deshalb: alle rein ins System, dann ist eine anständige Rente auch finanzierbar. (Beifall)

Eine Rente, die die Lebensleistung würdigt und den erarbeiteten Lebensstandard sichert, muss unser gemeinsames Ziel sein.

Kolleginnen und Kollegen, der Auftrag an unseren neu gewählten Vorstand und an uns alle muss auf diesem Gewerkschaftstag sein, das Rententhema in der öffentlichen Diskussion wieder als Topthema zu setzen. Wir müssen unsere Forderung „weg mit der Rente mit 67, weg mit der Rente mit 65 für Schwerbehinderte, keine Privatisierung der Altersversorgung, Stärkung der gesetzlichen Rente“ deutlich formulieren und auf der Straße gegebenenfalls auch gegen die drohende Altersarmut demonstrieren, wenn es erforderlich ist. (Beifall)

Noch einmal: flexibler Altersausstieg - klar, was sonst, aber dann bitte mit einer Rente, die den Lebensstandard heute und in Zukunft sichert, eine Rente, von der man leben kann, für alle, auch und gerade für Schwerbehinderte. Das ist das Gebot der Stunde. Lasst uns gemeinsam hierfür streiten.

In der EntschlieÙung 1, der unser Antrag zugeordnet worden ist, sind wesentliche Aspekte, die ich gerade angesprochen habe, nicht oder nicht ausreichend enthalten. Deshalb bitten wir Euch, unserem Antrag 1.059 in der vorliegenden Form zuzustimmen und nicht als Annahme als Material zur EntschlieÙung abzuhandeln. Ich bitte Euch darum, nicht, weil ich heute Geburtstag habe, sondern weil es richtig und wichtig ist. - Vielen Dank. (Beifall)

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Ferdinand.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Kurz zur Erwiderung. Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch an den Kollegen zum Geburtstag. Witich RoÙmann hat gestern in seiner Einleitung darauf hingewiesen - es eignet sich, hier noch einmal darauf hinzuweisen -: Die Annahme als Material zur EntschlieÙung heißt für uns, dass die EntschlieÙung in aus unserer Sicht sehr sinnvollen Weise ergänzt wird.

In diesem konkreten Fall haben die Völklinger beispielsweise noch einmal sehr detaillierte Vorschläge zum Thema betriebliche Altersvorsorge gemacht, zum Thema flexibler Ausstieg, zur Stabilisierung des Rentenniveaus, zur Ausweitung auf alle Beschäftigten und zur Verbesserung der betrieblichen Altersvorsorge. Das alles sollte berücksichtigt werden. Es werden konkrete Vorschläge gemacht, wie das Gesetz an welcher Stelle geändert werden soll.

Wir sagen: Diese detaillierten Forderungen sollten als Material bei der politischen Positionierung der IG Metall, die mit der EntschlieÙung erst ihren Auftakt hat, Berücksichtigung finden, auch im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge. Gefordert

wird abschließend - dazu hat der Kollege eben Stellung genommen -, eine bundesweite Kampagne zu initiieren. Mit der Annahme als Material zur Entschließung wird der Vorstand entsprechend beauftragt.

Deshalb bleiben wir bei unserer Empfehlung: Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag 1.059 gehört. Wer möchte dieser Empfehlung folgen? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde Eurer Empfehlung gefolgt.

Ich rufe auf den Antrag 1.060.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.060 befasst sich ebenfalls mit den Bereichen der Sozialversicherung. Der Antrag kommt aus der Verwaltungsstelle Bremen. Wir empfehlen auch hier die Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte der Empfehlung folgen? - Danke. Wer ist dagegen oder enthält sich? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.063.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Kolleginnen und Kollegen, es steht das nächste Sachgebiet an, und zwar das Sachgebiet der Bildung innerhalb der Entschließung 1. Wir meinen damit die Bildung als gesellschaftspolitische Aufgabe. So habt Ihr in den Delegiertenversammlungen vor Ort dieses Thema ja auch aufgenommen.

Wir haben diesem Thema mehrere Anträge zugeordnet, und zwar als Erstes den bereits aufgerufenen Antrag der Verwaltungsstelle Esslingen. Der Antrag fordert, eine mittlerweile schon sehr alte Forderung der IG Metall und der DGB-Gewerkschaften wieder auf allen Ebenen zu diskutieren. Es geht um die Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage. Sie ist nach wie vor Beschlusslage der IG Metall. Insofern lautet unsere Beschlussempfehlung zu diesem Antrag: Annahme.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Michael. - Wer möchte der Empfehlung folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.064.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.064 der Verwaltungsstelle Eisenach zielt darauf ab, dass sich die IG Metall für eine Verstärkung der gesellschaftspolitischen Bildung an Schulen einsetzt. Das schließt die Einflussnahme auf die Politik - ich zitiere - ebenso ein wie die Verstärkung eigener Aktivitäten an Schulen.

Hier lautet unsere Beschlussempfehlung ebenfalls Annahme.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte dem folgen? - Danke. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.065.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.065 mit dem Titel „Bildungsrepublik verwirklichen“ kommt aus der Verwaltungsstelle Krefeld. Hier empfehlen wir die Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer möchte dem folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.066.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Dieser Antrag aus der Verwaltungsstelle Ostbrandenburg, einfach betitelt mit „Bildung“, enthält eine ganze Reihe von Forderungen zur beruflichen, aber auch zur allgemeinen Bildung.

Den Vorstand fordert auf, personelle und materielle Ressourcen auch für dieses Feld zur Verfügung zu stellen. Insofern lautet unsere Empfehlung Annahme als Material an den Vorstand.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Michael. - Wer möchte der Empfehlung folgen? -Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.067.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.067, betitelt mit Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, kommt von der Verwaltungsstelle Gaggenau. Hier empfehlen wir Euch die Annahme in geänderter Fassung. Die abgeleiteten Forderungen, die unter den laufenden Nummern 1 und 2 aufgeführt sind, sind aus unserer Sicht sinnvoll und entsprechen auch der Linie der IG Metall. Der Punkt 4 ist aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit. Der Unterpunkt 3 enthält aus unserer Sicht eine Abweichung von der bisherigen Linie des Berufsbildungsausschusses. Den würden wir daher nicht mittragen. Insofern lautet unsere Empfehlung Annahme in geänderter Fassung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer möchte ihr folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung in geänderter Fassung beschlossen.

Ich rufe dann auf den Antrag 1.068.

**Michael Hehemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.068 aus der Verwaltungsstelle Cottbus befasst sich mit dem Thema Sponsoring an Schulen nur noch mit verbindlichen Standards und zielt darauf ab, die Bundesregierung und die Kultusministerkonferenz dazu zu bewegen, geschaffene Standards auch einzuhalten. Wir empfehlen die Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön, Michael. - Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig wurde der Empfehlung gefolgt.

Vielen Dank, Michael. - Es gibt jetzt einen Wechsel bei den Sprechern. Nun ist Witich Roßmann dran.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Kolleginnen und Kollegen, meinen Namen habe ich gestern schon genannt, Witich Roßmann von der IG Metall in Köln-Leverkusen. Wo Köln liegt, brauche ich, glaube ich, nicht zu sagen. Da, wo gefeiert wird, ist klar!

Wir kommen jetzt zum Block Europapolitik und globale Handlungsfelder der IG Metall. Wir haben diesem Antragsgebiet insgesamt 21 Anträge zugeordnet. Einige davon sind schon gestern mit der Entschließung als erledigt befunden worden.

Wir steigen ein mit Anträgen, die sich für eine Stärkung der internationalen Gewerkschaftsarbeit aussprechen und sich für ein friedliches und soziales Europa einsetzen. Es geht aber auch um solche Fragen wie die Abwehr von Produktionsverlagerungen im Zuge der Internationalisierung und um die Sicherung von Arbeitnehmerrechten in Europa. Innerhalb dieses Blocks bilden jetzt die Anträge zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA einen ganz gewichtigen Bereich. Insgesamt wurden dazu 15 Anträge eingereicht. Das ist einer der größten Antragsblöcke, die uns auf diesem Gewerkschaftstag vorliegen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir steigen jetzt in die Beratung ein.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Damit rufe ich auf den Antrag 1.069.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag 1.069 der Verwaltungsstelle Darmstadt fordert, dass wir zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit noch stärker den Austausch von Delegationen fördern, zum Beispiel auch den Austausch von Rednern beim 1. Mai. Wir haben das in Köln gemacht und haben eine ausgesprochen tolle Erfahrung gemacht. Wenn eine französische Kollegin auf der 1.-Mai-Feier spricht, dann wird Europa viel näher.

Wir empfehlen Annahme als Material an den Vorstand, weil man bei solchen internationalen Treffen mit Dolmetschern, mit Kooperationen genau prüfen muss, wie das organisiert werden kann, dass es auch finanzierbar bleibt. Die Abstimmung, wie man das konkret macht, muss der Vorstand noch koordinieren. Deswegen ist unsere Empfehlung Annahme als Material an den Vorstand.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Witlich. - Wer dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.070.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da empfehlen wir auch Annahme als Material zur EntschlieÙung. Lest den einfach durch; einfach unterstützenswert. (Beifall)

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.071.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Die Verwaltungsstelle Gelsenkirchen hat, wie viele andere Verwaltungsstelle, sehr leidvolle Erfahrungen gemacht mit Produktions- und Standortverlagerungen, obwohl die Betriebe an den einzelnen Standorten bei uns rentabel sind, also nur um noch mehr Rentabilität irgendwo anders zu erzielen. Sie verlangt mehr Möglichkeiten, um Verlagerungen zu erschweren, wenn sie aus reinen Rentabilitätsbetrachtungen erfolgen. Wie man das macht, welche rechtlichen Änderungen in Gesetzen vorgenommen werden müssen, ist in dem Antrag noch nicht detailliert ausgearbeitet. Deswegen unsere Empfehlung Annahme als Material zur EntschlieÙung, weil das nach unserer Ansicht ein ganz wichtiger Gesichtspunkt ist.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Witlich. - Das Wort hat Ugur Coskun aus der Geschäftsstelle Gelsenkirchen, Bezirk Nordrhein-Westfalen, Delegiertennummer 038.

**Ugur Coskun, 038**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Ugur Coskun. Ich bin Betriebsratsvorsitzender und komme, wie gesagt, aus der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen, vielen als Schalke mehr bekannt als als Gelsenkirchen. Ich möchte zu unserem Antrag

eine betriebliche Realität, sozusagen eine Stimmungslage, darstellen, und nicht nur die im Antrag genannten wirtschaftlichen Fakten wie der volkswirtschaftliche Schaden oder die Gewinnmaximierung oder die EU-Subventionen.

Kolleginnen und Kollegen, die aktuelle Lage der EU, insbesondere der Zusammenhalt, ist ins Wanken geraten. Durch den Konkurrenzkampf der Menschen und die Existenzangst der EU durch Verlagerung entfernen sich die Menschen in den Ländern voneinander. Das ist milde ausgedrückt. Ich hätte auch andere Ausdrücke hier verwenden können. Das ist betriebliche Realität. Dem müssen wir als IG Metall entgegenwirken. Also gleiche Standards in allen EU-Staaten. - Glück auf, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Ugur. - Ihr habt die Empfehlung zum Antrag 071 gehört. Wer möchte dieser Empfehlung folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.072.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Für ein soziales Europa; das ist auch wieder ein Antrag der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen. Hier ist es so, dass wir eine Kleinigkeit geändert haben. Guckt Euch das unter Beschlussempfehlung in Eurem Tablet oder in den ausgedruckten Unterlagen an. Ihr seht dort, dass wir nur eine Kleinigkeit geändert haben, um diesen wichtigen Antrag annahmefähig zu machen. Das Anliegen, dass IndustrieALL European Trade Union - die haben eine sehr gute Homepage - ihre Homepage auch auf Deutsch zugänglich macht, ist ein wichtiges Anliegen, das wir unterstützen. Aber das kann nur IndustrieALL selber mit seinem Budget entscheiden, ob das so geht. Deshalb fordern wir den Vorstand auf, sich bei IndustrieALL dafür einzusetzen. Damit ist der Antrag annahmefähig, und wir müssen ihn nicht ablehnen.

Wir bitten um Annahme in geänderter Fassung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Wer möchte dem folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.073.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Ihr habt in den Verwaltungsstellen große Bündel von dem kleinen Flyer „Europa neu begründen“ bekommen. Der ist in vielen Betrieben verteilt worden. Deswegen sagen wir: Das, was in dem Antrag gefordert wird, ist durch die Praxis der IG Metall schon erfolgt. Darauf können die Antragsteller eigentlich besonders stolz sein. Und deshalb lautet unsere Beschlussempfehlung: Erledigt durch Praxis.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön, Witich. - Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer möchte ihr folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.074.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Darin geht es auch noch einmal um die Solidarität mit Griechenland. Dieser Antrag ist kurz vor Antragsschluss geschrieben worden. Dementsprechend konnte er die ganzen Auseinandersetzungen, die es gegeben hat und die uns auch den Sommer über bewegt haben, den Druck der Europäischen Kommission und der Troika auf die neue griechische Regierung, noch gar nicht berücksichtigt haben. Vielmehr sind in dem Antrag noch Hoffnungen und Forderungen ausgedrückt. Wir empfehlen diesen Antrag als Material zur EntschlieÙung, weil er auf das Thema Griechenland und europäische Austeritätspolitik intensiver eingeht, als das die EntschlieÙung machen konnte. Der Antrag erweitert also den Inhalt der EntschlieÙung. Wir empfehlen deshalb Annahme als Material zur EntschlieÙung. Auf die aktuelle Situation werden wir noch einmal am Ende dieses Blocks mit einem Initiativantrag zu dem Thema zurückkommen.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Witich. - Wer möchte der Empfehlung folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.075.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Dieser Antrag kommt aus der Geschäftsstelle Düsseldorf-Neuss. Wir empfehlen Annahme als Material zur EntschlieÙung. Auch hier wird das Antragsbegehren der EntschlieÙung noch einmal erweitert, dass sich die IG Metall unter anderem für die Einhaltung von Sozialstandards als Bedingung von Freihandelsabkommen einsetzt.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön, Witich. - Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Antrag 1.076.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Hier empfehlen wir Annahme als Material zur Entschließung.

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Zu diesem Antrag liegen uns drei Wortmeldungen vor. Als Erster hat das Wort Robert Sadowsky von der Geschäftsstelle Gelsenkirchen, Bezirk NRW, Teilnehmernummer 3/005.

**Robert Sadowsky, 3/005**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nur zu einem Punkt im Zusammenhang mit TTIP etwas sagen. Ich sehe als eines der größten Probleme - und ich glaube, viele von uns bezeichnen das zu Recht als eines der größten Probleme - diese speziellen Schiedsgerichte zum Investitionsschutz an. Da soll ein Unternehmen, das im Ausland investiert hat, diese Schiedsgerichte anrufen können, wenn der Profit nicht so ausfällt, wie die sich das vorgestellt haben.

Diese Möglichkeit sollen sie dann haben, wenn zum Beispiel höhere Ausgaben für Umweltschutz oder Löhne wegen Mindestlohn-Erhöhungen entstehen, weil entsprechende Gesetze beschlossen wurden. Dann sollen denen Steuermittel in den Rachen geworfen werden. Das ist eine Unterhöhlung der Demokratie; das darf es durch TTIP nicht geben. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.

Jetzt frage ich mich aber, Kolleginnen und Kollegen: Wo ist denn der große Unterschied, und wo ist der große Vorteil, wenn richtige Richter diese Dinge entscheiden sollen? Ich finde, es kommt darauf an, nach welchen Kriterien entschieden wird. Und auch der netteste und qualifizierteste Richter kann ja nicht anders entscheiden, als diese Kriterien es vorgehen, die dann wahrscheinlich in dem Freihandelsabkommen beschrieben werden. Dann wird auch in diesem Fall aus Steuermitteln der Profit garantiert. Das will ich nicht, und das macht die Sache auch nicht besser, wenn diese netten Richter das entschieden haben.

Ich finde, dass die Verhandlungen um TTIP von vornherein den falschen Zielen folgen und nicht den schönen Zielen für freien und fairen Welthandel. (Beifall) Ich

habe eben nicht die Hoffnung, dass aus diesem traurigen Arschloch ein fröhlicher Pfurz kommt. (Heiterkeit - Beifall)

Deswegen sollte unsere Forderung sein und bleiben: Stoppt TTIP! - Ich danke Euch. Glück auf! (Beifall)

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Robert. - Das Wort hat nun Michael Erhardt, Geschäftsstelle Frankfurt am Main, Bezirk Mitte, Delegiertennummer 130.

**Michael Erhardt, 130**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bitten Euch, der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zu folgen und den Antrag in Urfassung anzunehmen oder einen anderen Antrag, der genau die Position, die der Robert gerade vorgetragen hat, entsprechend festschreibt.

Die Kanzlerin hat ja gestern in fast allen Fragestellungen eigentlich IG Metall-Positionen vertreten. Da habe ich mich gefragt: Ist die nun Mitglied? Hat der Jörg sie gefragt? Ich weiß es nicht genau.

Es hat nur eine einzige Ausnahme gegeben, und das war die Ausnahme Freihandelsabkommen. Da ist mein Eindruck der, dass in der Politik die Nerven inzwischen relativ blank liegen. Von der Kanzlerin ist gesagt worden, bisher seien uns die Freihandelsabkommen doch egal gewesen, denn es sei doch nur um Zölle gegangen. Warum regen wir uns jetzt eigentlich auf? Bei diesem Freihandelsabkommen gehe es doch um viel mehr - das ist richtig -, und das sei ein großer Vorteil. So hat sie gesagt. Aber das ist genau der Punkt. Das ist kein Vorteil, sondern ein sehr, sehr großes Risiko.

Eines muss man auch einmal klar sagen. Wir reden darüber nicht erst seit gestern. Ich habe mal nachgeschaut. Die Verhandlungen haben am 28. November 2011 begonnen. Seitdem sind nun vier lange Jahre vergangen. Da fragt man sich natürlich: Wer sitzt da eigentlich zusammen, und worüber reden die?

Wir sind hier das Parlament der Arbeit, und wir entscheiden. Viele Helferinnen und Helfer machen uns dabei das Leben leicht. Das finde ich großartig, das fühlt sich toll an.

Wenn ich mir jetzt angucke, wer denn eigentlich über diese Freihandelsabkommen entscheidet, egal ob es der Bundestag ist oder ob es das Europäische Parlament ist,

dann muss man zunächst feststellen, dass denen das Leben extrem schwer gemacht wird. Die kriegen nicht einmal Zugang zu den Dokumenten, sondern nur ausgesuchte Leute haben Zugang. Die dürfen nicht einmal Kopien mitnehmen, müssen Handys abgeben. Die Geheimverhandlungen sind ein bisschen aufgemacht worden, aber in diesen vier Jahren sind im Wesentlichen Wirtschaftsvertreter zusammengesessen. Das macht extrem misstrauisch, und das ist nicht erledigt mit der neuen Handelskommissarin. Es ist zwar ein bisschen besser geworden, aber eben nur ein bisschen.

Wenn wir dann darüber reden, worüber diese Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertreter überwiegend sprechen, dann reden wir über Standards. Die Kanzlerin hat diese klar benannt.

Aber da gibt es diesen großen Irrtum, dass dann die Illusion kommt, die Standards könnten ja auf dem jeweils höchsten Niveau auch vereinheitlicht werden. Insoweit habe ich große Zweifel. Ob das dann in der Summe zu Gerechtigkeit und mehr Gerechtigkeit im Welthandel führt, wie das am Sonntagabend an anderer Stelle gesagt worden ist, habe ich auch meine Zweifel.

Wenn wir versuchen, uns das vorzustellen, dann gibt es in den USA in der Tat Regelungen, die besser sind als bei uns. Beispielsweise gibt es in den USA Regionen, in denen der Mindestlohn höher ist als 8,50 Euro. Ihr glaubt doch nicht im Ernst, Kolleginnen und Kollegen, dass die Angleichung der Standards dazu führen wird, dass die Bundesregierung sagt: Okay, irgendwo in einer Region in den USA ist der Mindestlohn umgerechnet 11 Euro. Deshalb heben wir den Mindestlohn auch auf 11 Euro an. Das glaube ich im Leben nicht. Denn es geht letztendlich um die Förderung des Handels, es geht um mehr Geschäfte. Da wird die Wirtschaft schwer etwas dagegen haben, weil es teurer ist.

Das gilt selbstverständlich auch für alle anderen Standards, beispielsweise für die Umweltstandards, aber eben auch für andere. Wenn man auf dem höheren Niveau angleicht, dann wird es teurer, und das wird die Wirtschaft nicht wollen. Deswegen wird ein Druck entstehen, Kolleginnen und Kollegen, diese Standards nach unten anzugleichen. Das kann nicht in unserem Interesse sein. In diesem Punkt sollten wir dagegen sein, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das Märchen, dass dabei mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand herauskommen, ist doch auch längst widerlegt. Es gibt inzwischen Studien aus den USA, die sagen, es koste Arbeitsplätze in der Europäischen Union. Die Zahl 600.000 wurde da genannt. Ich kann das genauso wenig überprüfen wie die Studien, die auf zehn Jahre im Voraus minimale Wohlstandsgewinne prognostizieren. Es ist, glaube ich, sehr unklar, ob dabei überhaupt etwas herauskommt.

Mein Eindruck ist: Es geht nicht um mehr Wohlstand. Es geht um mehr Wettbewerb. Es geht um mehr Kohle, um mehr Profit. Das ist aber sicher nicht die allererste Zielsetzung der Gewerkschaften.

Wenn wir über künftige Standards reden, dann reden wir darüber, dass im Rat für regulatorische Kooperation zukünftige Standards gleich so gestaltet werden sollen, dass sie möglichst wirtschaftsfreundlich sind. Ihr glaubt doch nicht im Ernst, Kolleginnen und Kollegen, dass in einem solchen Rat dann 50 Prozent Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sitzen wie in einem mitbestimmten Aufsichtsrat. Da sitzen dann wieder diese Wirtschaftsheinis zusammen und werden klüngeln, und es wird im Zweifel zu unseren Lasten gehen. Das können wir uns nicht gefallen lassen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Zu der Tatsache, dass Unternehmen klagen können, wenn ihnen Standards nicht passen, hat Robert schon genug gesagt. Darüber gehe ich an dieser Stelle hinweg.

Das Entscheidende ist: Was machen wir damit? Wir haben bisher Bedingungen gestellt, Kolleginnen und Kollegen. Wir haben beispielsweise die Bedingung gestellt, die USA sollen die ILO-Kernarbeitsnormen anerkennen. Das hat Jörg klar gesagt. Was machen die Amis? Die machen nichts. Nicht eine der Bedingungen ist auch nur ansatzweise erfüllt. Die handeln nach dem Motto: Was juckt es den Mond, wenn ihn der Hund anbellt?

Da sage ich: Wenn da null Bewegung drin ist, wenn die Malmström sich heute hinstellt und sagt, das CETA-Abkommen mit Kanada, in dem diese ganzen Sauereien stehen, werde nicht aufgeschnürt, das werde alles so gemacht, dann sage ich, Kolleginnen und Kollegen: Jetzt langt's! Ihr sagt seit vier Jahren: Stoppt diese Verhandlungen! Dann stoppt sie jetzt endlich. Ein Stoppschild muss aufgestellt werden. (Beifall) Dann muss man halt mal anhalten, und dann reden wir über diese Bedingungen. Dann reden wir darüber, ob sie erfüllt werden oder ob sie nicht erfüllt werden.

Deswegen bitte ich Euch, Kolleginnen und Kollegen: Lehnt an dieser Stelle ausnahmsweise, wirklich nur ausnahmsweise einmal, die Empfehlung der Antragsberatungskommission ab. Wir können auch gerne den Kölner Antrag beschließen, wenn Du das so willst, Witich. Da ist auch in Ordnung. Da wird nämlich auch gefordert, die Verhandlungen zu stoppen, und der Vorstand wird aufgefordert, eine Kampagne zu machen. Das ist auch eine gute Idee. Das können wir alles machen. Aber lasst uns ein klares Signal geben: Stoppt diese Verhandlungen. Die Kanzlerin wird schon darüber hinwegkommen und weiter mit uns reden, Kolleginnen und Kollegen. - Vielen Dank. (Starker Beifall)

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Michael. - Als Nächster hat das Wort Ali Arslan, Geschäftsstelle Mittelhessen, Bezirk Mitte, mit der Delegiertennummer 133.

**Ali Arslan, 133**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich grüße Euch. Mein Name ist Ali Arslan. Ich arbeite bei Bosch Thermotechnik in Mittelhessen in Lollar. Ich bin dort Betriebsrat und Vertrauenskörperleiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in 2016 wird die IG Metall 125 Jahre alt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen den damaligen Großmächten waren damals ganz anders als heute. Ich möchte nur ganz kurz daran erinnern, dass vor genau 101 Jahren der Erste Weltkrieg ausgebrochen war, und zwar zwischen zwei Gruppen von Staaten. Ich will die Staaten nicht alle aufzählen. Deutschland und England als führende Großmächte haben sich gegenseitig erbitterte Kämpfe geliefert. Mal gewann der eine ein paar Meter, mal der andere. Das ging halt so weiter.

In der jetzigen modernen Zeit sieht das ganz anders aus. Die Machtverhältnisse haben sich geändert. Die Staaten, die erbitterte Feinde waren, haben sich in der Europäischen Gemeinschaft vereinigt und zusammengeschlossen, wirtschaftlich und militärisch. Die anderen Großmächte sind dieses Mal die USA und Kanada auf dem amerikanischen Kontinent sowie Russland, China, Indien und Japan in Asien. Die Kriege wurden in die sogenannten Drittstaaten verlagert. Davon profitieren natürlich alle Großmächte, vor allem die USA, Deutschland und Russland.

Kolleginnen und Kollegen, die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus hat ihren Höhepunkt erreicht seit seiner Entstehung in der Zeit der Sklaverei, abgesehen davon, dass die Sklaverei immer noch nicht abgeschafft wurde.

Die Kapitalmächte haben in ihren eigenen Ländern alle erdenklichen Ausbeutungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Die Privatisierung ist überall vollzogen. Sogar die alltäglichen Bedürfnisse der Menschen wie zum Beispiel Wasser, Strom und andere wurden privatisiert. Das Kapital braucht jeden Tag mehr Profit.

Die Verhandlungen über TTIP, CETA und TISA, also über Freihandelskommen, bedeuten: noch freier, noch mehr Möglichkeiten, die Menschen auszubeuten, ohne Skrupel. Kolleginnen und Kollegen, dabei geht es nicht um die Arbeitnehmerrechte. Ihr habt gehört, der Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel sowie die Bundeskanzlerin Angela Merkel haben es ganz klar betont: Ihr könnt machen, was Ihr

wollt. Die Verhandlungen über die Freihandelsabkommen werden fortgeführt. Dabei ist kein einziges Wort über Arbeitnehmerrechte gefallen.

Weiter verhandeln - diese Meinung vertreten leider auch der Vorstand und die Antragsberatungskommission. Mit dem Motto „Stopp TTIP! Stopp CETA!“ sind wir auf die Straße gegangen. 250.000 Menschen aus allen Städten und Regionen aus ganz Deutschland sowie viele Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen aus Europa haben sich unter diesem Motto zusammengeschlossen: „Stopp TTIP! Stopp CETA!“. Ich glaube kaum, dass nur eine oder einer dieser 250.000 der Meinung war, dass die Verhandlungen unter den derzeitigen Voraussetzungen weitergeführt werden sollen, sodass die Arbeitnehmerrechte in allen Ländern überhaupt keine Bedeutung mehr haben.

Deshalb unterstütze ich den Antrag aus dem Bezirk Mitte, Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte Euch, der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zuzustimmen. Eine andere, eine bessere Welt ist möglich. In dem Sinne wünsche ich Euch einen erfolgreichen Abschluss. - Danke für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

#### **Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Ali. - Als Nächster hat das Wort Edmond Worgul, Geschäftsstelle Wolfsburg, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, mit der Delegiertennummer 274.

#### **Edmond E. Worgul, 274**

Kolleginnen und Kollegen, ich will eine Facette herausgreifen aus dieser ganzen Diskussion, weil es mir um die Frage Investitionsschutz geht. Investitionsschutz ist Unsinn. Unser Grundgesetz regelt aus gutem Grund das Thema Eigentum. Es schützt das Eigentum, verbindet das auch mit dem Grundsatz „Eigentum verpflichtet“. Aber Gewinnerwartungen werden nicht geschützt und sind auch nicht schützenswert. Wenn ein Unternehmen investiert, dann ist es klassisches unternehmerisches Risiko, ob das am Ende zum Erfolg führt oder nicht.

Der Investitionsschutz soll genau dieses Risiko abschaffen. Unternehmen haben Erfolg, wenn Investitionen funktionieren, aber sie müssen auch das Risiko tragen, dass es mal nicht funktioniert. Wenn ich zulasse, dass Erwartungen geschützt werden, dann ist es am Ende des Tages völlig wurscht, ob über dieses Recht ein Schiedsgericht oder ein ordentliches Gericht entscheidet. Es ist Unsinn, Erwartungen zu schützen.

Ihr müsst das Thema einmal zu Ende denken. Ich selber habe mich irgendwann entschieden, nicht Lotto zu spielen, weil ich davon nicht viel halte. Aber wenn ich jetzt

als Privatmann hingehe und morgen anfangen, Lotto zu spielen in der Erwartung, in den nächsten drei Jahren müsse mindestens ein Gewinn von 500.000 Euro dabei herauspringen, dann hätte ich auch gerne ein Investitionsschutzabkommen, das meine Erwartung sichert, weil ich in den nächsten drei Jahren nämlich höchstwahrscheinlich keinen Lottogewinn in der Höhe machen werde. Und dann müssten wir alle dafür zahlen. (Beifall)

Deswegen ist diese Grundsatzregelung allein an der Stelle schon absoluter Unsinn. Aus dem Grunde bitte ich Euch an der Stelle, dass wir einmal wirklich das Verfahren üben: erst dagegen zu sein, um im Anschluss, danach, dafür zu sein. Also, bitte den Antrag, die Empfehlung der ABK, ablehnen, damit Ihr danach dem Antrag zustimmen könnt! (Beifall)

#### **Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Ich danke Dir, Edmund. - Jetzt hat das Wort, wie angekündigt, Michael Brecht von der Geschäftsstelle Gaggenau, Bezirk Baden-Württemberg, mit der Teilnehmernummer 060. Ihm folgt Alfred Löckle.

#### **Michael Brecht, 060**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin, wie gesagt, Michael Brecht. Ich bin Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Daimler; im Badischen sagt man „Benz“. Bei uns hängen im Unternehmen viele Arbeitsplätze eigentlich auch von unserer guten Exportsituation ab. Wenn man jetzt über TTIP und so weiter diskutiert, muss man immer aufpassen, dass man sich da nicht immer unbeliebt macht, wenn man sagt, so ganz dagegen könne man ja eigentlich gar nicht sein; denn wenn der Freihandel gut gestaltet wäre, kann das ja auch eine Chance für unsere Arbeit und Arbeitsplätze in Deutschland sein.

Ich sage es einmal so: Niemand, der hier vorne redet, hat zum Ziel, Arbeitnehmerrechte zu schwächen oder abzubauen, irgendwelche dubiosen Schiedsgerichte einzuführen, die durch die Hintertür dann unter dem Stichwort „Investitionsschutz“ den Arbeitgebern für alle möglichen Dinge freien Lauf lassen. Keiner will das hier in dem Saal, weder die, die dagegen sind - die erst recht nicht -, noch die, die sagen: Lasst uns vernünftig darüber diskutieren: Wie können Freihandelsbedingungen aussehen?

Deswegen sage ich auch - weil wir viele, viele Arbeitsplätze haben, die, wie gesagt, auch deshalb in Deutschland sicher sind, weil wir unsere Produkte und Dienstleistungen in die Welt verkaufen -: Wir sollten als Gewerkschaft nicht kategorisch Nein sagen, sondern wir sollten hier die Diskussion kritisch führen und die Dinge beim

Namen benennen, die nicht gut sind für uns als Gewerkschaft und gegen die wir sind. Aber es tut uns nicht gut, wenn wir immer nur sagen: „Wir sind kategorisch gegen etwas“, weil ich auch nicht glaube, dass das die Meinung jedes einzelnen unserer Kolleginnen und Kollegen ist.

Deswegen: Ich bin für Freihandelsbeziehungen. Aber ich bin auch für Arbeitnehmerrechte. Ich bin dafür, dass wir natürlich die Diskussion hier führen, um zu versuchen, diese Dinge zu gestalten. Ich wehre mich auch gegen irgendwelche Geheimverhandlungen, weil durch solche Dinge natürlich auch viel Unsicherheit, Missmut und Ängste hochgekommen sind.

Aber wir sollten nicht so tun, als wenn alles gut ist, wenn wir Nein sagen. So ist es eben nicht. Ich bin für eine differenzierte Diskussion. Ich bin dagegen, kategorisch Nein zu sein. Unsere Stärke in Deutschland und unsere Arbeitsplätze hängen zu einem Großteil von unseren Erfolgen im Export ab. Wir sollten gucken: Wie können wir den Export für die Zukunft gestalten, mit guten Arbeitnehmerrechten und mit guten Bedingungen?

Von daher bin ich dafür, dass wir der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen und uns hier nicht hinstellen und einfach sagen: „Ich will nicht“, „Ich kann nicht“ oder wie auch immer. Das tut uns nicht gut als Gewerkschaft. Hier sollten wir schon differenzierter diskutieren, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

#### **Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Michael. - Jetzt folgt Alfred Löckle, Geschäftsstelle Stuttgart, Bezirk Baden-Württemberg, mit der Delegiertenummer 465.

#### **Alfred Löckle, 465**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin Alfred Löckle, Konzernbetriebsratsvorsitzender von Bosch, hier aber als Delegierter der Verwaltungsstelle Stuttgart.

Bosch ist ein großes Unternehmen. Wir haben weltweit inzwischen 360.000 Arbeitsplätze und in Deutschland rund 130.000 Arbeitsplätze. Es ist uns in den letzten 10, 15, 20 Jahren gelungen, in Deutschland einen Großteil unserer Fertigungsarbeitsplätze und unserer industriellen Arbeitsplätze zu verteidigen und zu erhalten. Das ist uns nicht deshalb gelungen, weil die Wirtschaft in Deutschland immer so boomt und wir alles, was wir an Fertigungskapazitäten in Deutschland haben, auch in Deutschland absetzen können. Das ist uns nur gelungen, weil Bosch sich ausdehnen konnte und Handel treiben konnte - überall auf der Welt.

Gerade wir mit unseren Arbeitsplätzen in Deutschland profitieren sehr von der Globalisierung. Natürlich gibt es immer wieder Ecken, wo wir uns auseinandersetzen müssen. Natürlich ist das nicht problemfrei. Wir sind keine Sozialromantiker. Wir wissen das gut. Aber wenn man die Zahlen betrachtet, dann leben nicht nur wir, sondern insbesondere die Metall- und Elektroindustrie von einem hohen Exportanteil und damit vom Welthandel.

Ich muss mich jetzt schon sehr wundern über die eine oder andere rhetorische Spitze in dieser Debatte. Da frage ich mich schon: Auf welcher Basis und mit welchem Sachverstand diskutieren wir da? Ich möchte nur plakativ ein paar Stichpunkte aufrufen.

Beispiel: Investitionsschutzabkommen. Das sei Blödsinn. Seit es die Bundesrepublik Deutschland gibt, seit deutsche Unternehmen im Ausland investieren, gibt es ein Hermes-Programm, das Investitionen von Industrieunternehmen absichert und damit auch Arbeitsplätze vor übermäßigen Risiken bei solchen Auslandsinvestitionen absichert. Also, das ist ein Thema, das nicht neu ist durch TTIP, sondern das latent vorhanden ist. (Vereinzelt Beifall)

Mindestlohn-debatte: Auf welchem Niveau wird das wohl herauskommen? Also, Entschuldigung! Wir haben in Europa ein gemeinsames Europa aufgebaut nach dem Zweiten Weltkrieg. Das ist das eigentliche Erfolgserlebnis meiner Generation. Mein Vater ist als Kriegsgefangener halb tot zurückgekommen. Der Bruder meines Vaters, die halbe Familie wurde im Krieg ausgelöscht. Ein friedliches Europa hat angefangen mit einem gemeinsamen wirtschaftlichen Europa. Auch da gibt es natürlich kritische Auseinandersetzung, Kampf um die Inhalte.

Aber Entschuldigung: Es gibt keinen einzigen freien Markt, der so weit in Einzelde tails hineinreguliert ist, wie der europäische Markt - bis hin zu Sozialstandards, Umweltstandards und so weiter. Jetzt frage ich Euch: Wo gibt es in Europa einen einheitlichen Mindestlohn? Anzunehmen, dass ausgerechnet TTIP den einheitlichen Mindestlohn über den Atlantik bringt - also, Entschuldigung -, da fehlt mir der Boden dafür. Das ist eine Fantasiedebatte. Es wird natürlich unterschiedliche Lohnfestlegungen geben, weil Lohnfestlegung auch etwas damit zu tun hat, wie unterschiedlich die Lebensstandards sind, was ein Existenzsicherungsminimum ist, und das ist nun einmal in verschiedenen Ländern unterschiedlich, und da gibt es auch noch Höhenunterschiede in Europa.

Die IG Metall ist die größte Einzelgewerkschaft in der freien Welt. Darauf - das haben wir gestern gefeiert - sind wir gemeinsam stolz. Ich frage Euch ernsthaft: Wollen wir uns als größte Einzelgewerkschaft in der freien Welt herauskatapultieren

aus der Debatte, wie die Globalisierung und nach welchen Regeln die Globalisierung zwischen den verschiedenen Marktzentren fortschreitet? Wollen wir uns ernsthaft herauskatapultieren aus dieser Debatte?

Europa ist immer noch ein großes und mächtiges Wirtschaftsgebiet. Es ist aber nicht mehr das einzige. Die Macht von Europa als Wirtschaftsfaktor ist angegriffen. „Angegriffen“, das meine ich jetzt nicht böse. Das ist normal. Das Recht, Wirtschaft zu treiben und ein gutes Leben zu führen, steht nicht nur den Kolleginnen und Kollegen in Deutschland zu. Das steht auch unseren chinesischen und unseren amerikanischen Kollegen zu. Das steht allen Menschen auf der ganzen Welt zu.

Es gibt andere Gegenden und andere Zentren, die dabei sind, eigene Wirtschaftszonen zu bilden und aufzusteigen. Ein Beispiel ist - ich war jetzt erst in Vietnam - Südostasien: eine Region außerhalb von China mit 600 Millionen Menschen, wo wirtschaftlich investiert wird. Das sind Boomländer, die einen Aufstieg machen. Es wird neue Handelsbeziehungen geben. Es wird Abkommen geben zur Ordnung dieser Wirtschaft. Die werden mit Sicherheit nicht besser, wenn wir uns von der Bühne verabschieden. Der Aufruf, gegen solche Freihandelsabkommen zu sein, ist für mich - da möchte ich auch einmal eine rhetorische Spitze anbringen - ein Rückfall in Zeiten, wo man nach preußischem Muster gehandelt hat.

Zur Ablehnung von irgendwelchen Schiedsgerichten, egal ob mit Berufsrichtern oder nicht. Ja, was wollen wir denn?

Wollen wir wirklich wieder auf das preußische Credo zurückkommen und sagen, der Krieg allein ist die Fortsetzung der Geschäfte mit anderen Mitteln, oder wollen wir in der zivilisierten Gesellschaft bleiben und das dann mit friedlichen Mitteln vor Gerichten austragen, wenn es Streit gibt?

Dann auch noch etwas, was mich fürchterlich aufregt: Ich finde schon, eine blutbeschmierte Guillotine auf einer Anti-TTIP-Demonstration wird nicht dadurch gut, dass es angeblich für einen guten Zweck ist. Und das steht dem Galgen auf der Pegida-Demonstration nicht anders gegenüber. Beides müssen wir ablehnen. Da habe ich von der IG Metall auch noch nichts gehört. Es würde uns guttun, da klar Stellung zu beziehen.

Ich habe die Bitte an die Antragsberatungskommission, genau durchzuprüfen und die Anträge mit Ablehnung zu empfehlen, die konsequent TTIP verhindern und ablehnen wollen und sich auf keine inhaltliche Debatte einlassen wollen. Ich bin für die inhaltliche Debatte, für die konstruktive Auseinandersetzung mit TTIP. - Vielen Dank. (Beifall)

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Alfred. - Jetzt spricht Roland Hamm, Verwaltungsstellen Aalen und Schwäbisch-Gmünd, Bezirk Baden-Württemberg, mit der Teilnehmernummer 057.

**Roland Hamm, 057**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vor allem lieber Alfred, ich bin auch für eine faire, auch sehr, sehr für eine differenzierte Diskussion. Deswegen möchte ich als Allererstes ein Bild aufgreifen, das mich gerade innerlich etwas wütend macht. Ich glaube, wir finden hier im Raum niemanden, der das Symbol einer blutverschmier-ten Guillotine für eine TTIP-Debatte braucht, genauso wenig, wie wir jemanden finden, der den Galgen für Merkel oder andere auf Pegida-Demonstrationen braucht. Das ist nicht unser Niveau in der IG Metall. Da gebe ich Dir hundertprozentig recht. (Beifall)

Zum Rest gebe ich Dir nicht recht, auch wenn ich es ein Stück weit verstehen kann - genauso wie bei Michael Brecht -, dass Ihr als Kollegen aus Betrieben, die in hohem Maße vom Welthandel abhängig sind, ein Stück weit versucht, diese Positionen, die Ihr hier gerade eingebracht habt, einzunehmen. Aber, bitte schön, differenzierte Diskussion hat doch nichts mit der Frage einer klaren und entschiedenen Haltung zu tun, beispielsweise zu TTIP Nein zu sagen, um überhaupt erst mit den Mächtigen dieser Welt in diese Auseinandersetzung gehen zu können. (Beifall - Bravo-Rufe)

Natürlich sind Schiedsgerichte nichts Neues. Natürlich hat Hermes schon immer oder lange, lange Zeit Auslandsinvestitionen abgesichert. Aber, bitte schön, seit es das Instrument der Schiedsgerichte gibt, seit den Neunzigerjahren, haben wir in dieser Welt über 600 Prozesse erlebt, die allesamt nicht für Konsumenten, allesamt nicht für Arbeitnehmerrechte, sondern allesamt immer im Interesse der Konzerne ausgegangen sind. (Beifall - Pfiffe)

Und ich sage Euch ganz ehrlich: Solange sich - heute Morgen habe ich gelesen, Putin hat gesagt „unsere amerikanischen Partner“; so will ich es nicht sagen - die Amis hartnäckig weigern, die ILO-Kernarbeitsnormen anzuerkennen, fehlt hier jede Basis, von Freihandelsabkommen zu reden, weil das Einzige, was dabei frei bleibt, die Machtinteressen der Konzerne sind und nicht unsere Interessen, Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall) Deswegen: Wir melden uns nicht ab von der Bühne. Wir wollen auf die Bühne. Deshalb: Folgt der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht, lehnt TTIP mit einem klaren Signal ab! - Herzlichen Dank. (Beifall - Pfiffe)

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön, Roland. - Jetzt hat das Wort Uwe Meinhardt, Geschäftsstelle Stuttgart, Bezirk Baden-Württemberg, Teilnehmernummer 035.

**Uwe Meinhardt, 035**

Schönen guten Tag, Kolleginnen und Kollegen! Ihr habt jetzt das Vergnügen, heute Vormittag so ein kleines Baden-Württemberg-Meinungsfestspiel zu erleben. (Heiterkeit) So geht es zu bei uns, ja. Wir sind da sehr offen. Das ist insofern auch kein Zufall - das hat ja Roland auch gerade gesagt -, denn bei uns im Ländle sind natürlich die Unternehmen, die extrem stark vom freien Welthandel leben, die extrem stark in die Globalisierung eingebunden sind. Auf der Grundlage des Erfolgs dieser Unternehmen beziehungsweise unserer Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, sind wir natürlich eine sehr, sehr starke und selbstbewusste IG Metall, die auch den einen oder anderen Tarifabschluss gemacht hat.

Ich will trotz alledem ein ganz klein wenig die Schärfe rausnehmen. Roland, wir reden hier wirklich nicht und diskutieren hier wirklich nicht über die Alternative, ob wir jetzt als IG Metall TTIP annehmen oder TTIP ablehnen. Das ist schlichtweg Unfug. Darum geht es nicht.

Wir haben uns auch in Stuttgart - ich selber als Erster Bevollmächtigter auch; ich habe dort gesprochen - im letzten Jahr klar positioniert zu dem Thema TTIP und zu allen kritischen Themen, die in TTIP stecken. Dass wir insgesamt als Metall- und Elektroindustrie gerade auch in Baden-Württemberg extrem vom freien Handel und vom Welthandel leben, muss ich nicht mehr betonen. Das ist schon gesagt worden.

Ich möchte einen weiteren Punkt einfach noch einfügen, den wir nicht vergessen dürfen: Wir alle haben geklatscht und fanden es großartig, als bei der Begrüßung hier an diesem Rednerpult der Oberbürgermeister von Frankfurt erklärt hat, warum das hier eine so weltoffene Stadt ist, mit so einem hohen Migrationsanteil. Er hat erklärt, dass es nämlich eine Stadt ist, die über den Handel entstanden ist, über Handel und Wandel, eine Messestadt, die seit Jahrhunderten ein Ort ist, an dem sich Handelswege kreuzen. Über Handel und Wandel entsteht auch Kultur, Kolleginnen und Kollegen. Darüber entsteht, dass sich Menschen kennenlernen, miteinander zu tun haben.

Ähnliches hat mir Bernd Kruppa erklärt, als wir letztes Jahr im Juli in Leipzig waren und er uns die Messe Leipzig gezeigt und voller Stolz erklärt hat, welche Geschichte hinter der Messestadt Leipzig steckt, an diesen internationalen Handelskreuzungspunkten. Deswegen wären wir doch bescheuert, Kolleginnen und Kollegen, und zwar

rein aus zivilisatorischen Gesichtspunkten, wenn wir auch nur den Anschein erwecken würden, als würden wir uns als satte und reiche IG Metall in diesem Fliegenschiss von Land, in Deutschland - gemessen an der Weltkarte -, einsortieren, einordnen wollen mit unserem bequemen Reichtum und sagen, mit dem Rest der Welt wollen wir nichts zu tun haben.

Wir haben uns hervorragend positioniert zu dem Thema Flüchtlinge. Das sollten wir auch weiterhin tun. Ich meine aber auch, wir dürfen uns nicht gleichzeitig - auf gar keinen Fall - gegen das Thema Handel und Freihandel aussprechen. Es ist nichts zu sagen gegen freien Handel, der für die Entwicklung der Menschheit und in der Menschheitsgeschichte eine große Rolle gespielt hat.

Zu den anderen Themen haben wir uns klar positioniert. Wir haben uns zum Thema Schiedsgerichte positioniert. Dort gibt es erste kleine Erfolge dieser Positionierung. Wir haben uns in einer Deutlichkeit positioniert zum Thema der ILO-Kernarbeitsnormen und deren Anerkennung durch die USA, in einer Deutlichkeit - das sage ich jetzt persönlich als Uwe Meinhardt -, die ich fast ein wenig anmaßend finde, weil sie unterstellt, das amerikanische Volk wäre kein freiheitsliebendes, das von uns sozusagen befreit werden müsse. Die Geschichte spricht eine andere Sprache, vor allen Dingen die Geschichte des letzten Jahrhunderts. (Vereinzelt Beifall) Wir haben nicht das Recht, den USA und den Amerikanern zu sagen, sie wären irgendwie zu dumm, um das Wort „Freiheit“ buchstabieren zu können.

Dennoch ist es richtig, dass wir Bedingungen stellen, und ich meine, es wäre verkehrt, wenn wir uns aus einer Konfrontation, die aus der Dynamik eines Gewerkschaftstages entsteht, aus der Debatte herauskatapultieren - denn das wäre das Ergebnis -, indem wir einfach sagen: Stoppt TTIP! Der Rest ist uns egal! - Wir sollten weiterhin klare Bedingungen formulieren und mit diesen Bedingungen die Auseinandersetzung vorantreiben. - Vielen Dank. (Beifall)

**Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Uwe. - Witich, bitte!

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe am Anfang zu dem Antrag eher nichts gesagt - das habt Ihr gemerkt -, weil ich jetzt erst einmal die Debatte haben wollte, damit man weiß, welche Argumente alle kommen, und man präzise darauf antworten kann.

Ihr habt ja wahrscheinlich von uns als ABK bisher den Eindruck bekommen, dass wir sehr locker mit Euch diskutieren. Das ändert aber nichts daran, dass wir sehr, sehr präzise sind, wenn es um die Anträge geht, und wir schon überlegen, warum wir bestimmte Beschlussempfehlungen machen.

Der Uwe Meinhardt hat jetzt noch einmal gesagt, worum es in der Debatte nicht geht. Es geht nicht um den sofortigen Stopp der Verhandlungen und nicht um die Forderung „keine Beteiligung der IG Metall“, weil Ihr die Anträge, die das gefordert haben, gestern alle schon negativ erledigt habt.

Sie sind eigentlich alle in den Erledigungen zur Entschließung enthalten, weil sie eine völlig andere Position als unsere Entschließung vertreten. Diese Debatte haben wir gestern beendet. Ich habe schon gestern gesagt: Jede Verwaltungsstelle und die Delegierten sind klug genug zu erkennen, wenn der Antrag das Gegenteil dessen beinhaltet, was in der Entschließung steht. Ich stehe auch heute dazu: Diese Debatte ist durch.

Es gibt auch keine Debatte über die Frage, dass die IG Metall die Inhalte des Freihandelsabkommens ablehnt, wie sie jetzt formuliert sind. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission - das muss ich schon jetzt sagen - zwei Anträge weiter den Antrag aus Nordhessen, der alles das, was jetzt von den Rednern zur Begründung einer Annahme des Frankfurter Antrags gesagt worden ist, beinhaltet. Diesen Antrag könnt Ihr Euch angucken.

Der Frankfurter Antrag hat uns sehr viel Mühe bei der Frage bereitet: Welche Beschlussempfehlung sollen wir aussprechen? Es sind nämlich sehr viele unterschiedliche Elemente enthalten. Ein ganz wichtiger Aspekt ist beispielsweise: Wir verlangen eine Garantie, dass für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens dieselben Arbeitsstandards und -rechte gelten wie für andere Beschäftigte im Zielland. Wenn diese besser sind, gelten die des Entsendelandes.

Dieser Aspekt steht in keinem anderen Antrag. Wir haben gesagt: Das geht über die anderen Anträge hinaus. Das war einer der Gründe für die Aussage: Wir wollen das unterstützen.

Wenn Ihr diesen Antrag Punkt für Punkt durchgeht, seht Ihr, dass er am Anfang die Aufforderung enthält: Wenn bis zum Gewerkschaftstag nicht wesentliche Kritikpunkte zu Änderungen im Vertragstext geführt haben, soll es zu einem Stopp kommen. Das ist ein Prüfauftrag. Wir haben aber noch kein Gutachten. Die Vorstandsabteilung ist im Augenblick dabei, genau zu begutachten: Was ist an Fortschritten passiert, was ist nicht passiert?

Die Verhandlungen zu CETA sind abgeschlossen. Wir müssen uns dafür oder dagegen aussprechen. Wir müssen sagen: ratifizieren oder nicht ratifizieren. Da geht es gar nicht mehr um Verhandlungen.

In diesem Antrag stehen viele Forderungen, bei denen wir hätten sagen müssen: erledigt durch Praxis. Dort steht: Die IG Metall wird die Bewegung zum Stopp der Verhandlungen unterstützen. Wir werden in unseren Gremien und in den Betrieben gegen die Freihandelsabkommen diskutieren. Wir beteiligen uns an der selbstorganisierten europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA.

Für den ganzen Antragsblock zu TTIP gibt es folgenden Tatbestand. Ihr habt das im Frühjahr eingereicht. Bis Ende März mussten die Anträge eingereicht werden. Das hat dazu geführt, dass in der Entschließung eine deutliche Ablehnung des jetzigen Stands steht und wir die Kriterien deutlich wiederholt haben. Das hat dazu geführt, dass im Grundsatzreferat von Jörg Hofmann und in den Ausführungen des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann eine entschiedene Position gegen das, was im Augenblick an Inhalten verhandelt wird, formuliert wurde.

Das hat dazu geführt, dass schon im Vorfeld alle Anträge, die beinhalten, wir müssen uns zusammen mit anderen Bündnispartnern an der Bewegung gegen TTIP beteiligen, sozusagen erfüllt wurden, und zwar mit der Demonstration in Berlin mit einem hervorragenden und von uns überhaupt nicht erwarteten Ausmaß. Mit dem, was wir gemacht haben, haben wir schon einen Teil der Antragsforderungen erfüllt. Wir haben trotzdem nicht gesagt: Die Anträge sind erledigt durch Praxis.

In dem Frankfurter Antrag steht auch: Wir werden die Politikerinnen und Politiker mit unseren Positionen konfrontieren. Wer TTIP und CETA durchwinkt und sich über unsere Bedenken und unsere Kritik hinwegsetzt, ist für uns nicht wählbar. Wenn wir das ohne weitere Einschränkung einfach annehmen, würden wir erstmalig auf einem Gewerkschaftstag als Einheitsgewerkschaft keine konkrete Wahlempfehlung abgeben und das an ein einziges Kriterium binden. Das wäre schon ein sehr tief greifender Eingriff.

Ich habe gesagt: Wir sind eine Organisation, die sich ernst nimmt. Wer sich ernst nimmt, winkt nicht einfach Anträge unter einem Aspekt durch, sondern guckt genau und präzise, was beschlossen werden soll. Es könnte nämlich sein, dass morgen ein Artikel erscheint mit der Schlagzeile: Die IG Metall wird keine Politiker mehr unterstützen. Das wäre ein Problem.

Am Anfang steht ein Prüfauftrag. Am Ende des Antrags steht kein Prüfauftrag mehr, sondern es heißt: Wir müssen jetzt einen Schritt weitergehen, die Verhandlungen müssen gestoppt werden.

Das kann man unterschiedlich interpretieren. Wenn sich das auf CETA bezieht, wo alles durchverhandelt ist, muss man in der Tat eine Entscheidung dafür oder dagegen treffen. Das ist durchverhandelt. Bezieht sich das auf das andere, ist das schon eine problematische Aussage.

Zusammenfassend lautet meine Aussage: Wir stimmen jetzt nicht über unsere Position zu TTIP und CETA ab. Nach dem, was Euch die Antragsberatungskommission vorschlägt, wollen wir einen der Anträge, der sehr umfassend und klar unsere Forderungen inhaltlich deutlich macht, aber gleichzeitig ermöglicht, dass wir die Politik des Protestierens und Intervenierens fortsetzen können, annehmen. Das ist der Antrag aus Nordhessen. Es gibt auch einen Antrag aus Mittelhessen, den wir mit Änderungen zur Annahme empfehlen.

Ich habe jetzt deutlich gemacht, aus welchen Gründen wir diese andere Empfehlung gegeben haben, nämlich Material zur Entschließung. Wir stimmen allen Bedenken, die von den Rednern vorgetragen wurden, zu.

Ich glaube, das Präsidium hatte vor, jetzt eine Pause zu machen. Dann habt Ihr Gelegenheit, den Antrag noch einmal ganz präzise durchzulesen, den nordhessischen Antrag durchzulesen. Wir können auch noch einmal über unsere Empfehlung präzise nachdenken. (Beifall)

#### **Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums**

Das finde ich gut, Witich. Wir machen es genau so: Wir machen jetzt eine Pause bis 11.20 Uhr. Ich glaube, wir brauchen alle ein bisschen Sauerstoff ins Gehirn.

Die Baden-Württemberger mögen bitte einmal kurz zur Bühne kommen, weil ein Foto gemacht werden soll.

(Unterbrechung des Kongresses: 10.58 Uhr)

•

(Fortsetzung des Kongresses: 11.22 Uhr)

#### **Ulrike Jacob, Sprecherin des Präsidiums**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre schön, wenn Ihr jetzt die Diskussionen einstellen würdet, damit wir mit der Antragsberatung weitermachen können.

So, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist es jetzt so weit. Wir setzen unsere Antragsberatung fort. Erst einmal von mir aus einen schönen guten Tag. Wir haben einen Rollenwechsel vorgenommen.

Ich rufe den Antrag 1.076 erneut auf und bitte die Antragsberatungskommission, eine Empfehlung auszusprechen.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

In Euren Unterlagen habt Ihr eine Empfehlung. Wir haben in der Zwischenzeit nach dem, was ich Euch gesagt habe, überlegt, was das für die Beschlussempfehlung bedeutet. Deswegen haben wir jetzt eine geänderte Beschlussempfehlung. Sie lautet: Annahme als Material an den Vorstand. Damit ist gewährleistet, dass die Prüfaufträge, die in dem Antrag enthalten sind, auch durchgeführt werden, damit auch die zusätzlichen Elemente, die in dem Antrag enthalten sind, in die weiteren Dokumente, die der Vorstand dazu verfasst, hineinkommen. Damit ist aber auch erreicht, dass die Sachen, die ich vorhin erwähnt habe, nicht unmittelbarer Inhalt werden, weil wir sie nicht beschließen können, da sie nicht mit unseren einheitsgewerkschaftlichen Positionen übereinstimmen.

Ich glaube, damit sind wir nicht weit weg von der Intention des Antragstellers. Zumindest ist das meine Meinung. Ich hoffe, dass das in der Pause allen klar geworden ist und dass Ihr dem jetzt so folgen könnt. Es geht jetzt nicht um die Abstimmung darüber, dass wir ganz entschieden gegen die jetzigen Inhalte von TTIP sind.

Unsere Empfehlung zu diesem Antrag lautet also Annahme als Material an den Vorstand.

**Ulrike Jacob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön, Witich. - Ihr habt die veränderte Empfehlung gehört. Sie lautet Annahme als Material an den Vorstand. Wir können über den Vorschlag der Antragsberatungskommission abstimmen.

Wer kann der Empfehlung folgen? - Wer kann der Empfehlung nicht folgen? - Das sind nur wenige. Wer enthält sich möglicherweise? - Das sind noch weniger. Dann ist dieser Empfehlung gefolgt worden. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Dann rufe ich auf den Antrag 1.077.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Einfach Annahme als Material zur Entschließung. Das ist ein zusätzlicher toller Gedanke, dass das mal neu definiert wird. Das ist auch etwas, was zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgen muss.

**Ulrike Jacob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer dieser Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer teilt diese Auffassung nicht? - Niemand, oder wenige. Wer enthält sich? - Dann ist mit wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung dieser Empfehlung gefolgt worden. Danke schön.

Ich rufe dann auf den Antrag 1.087.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Ich habe gestern in dem Referat von Jörg Hofmann gehört, wie er entschieden dafür plädiert hat, dass Gemeingüter wie Wasser und Umwelt und Luft nicht privatisiert werden dürfen, dass das eine Grundorientierung von uns ist. Gerade die Frage der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wird zusätzlich zu allen anderen Kritikpunkten an TTIP noch besonders betont. Das ist ein Anliegen, das auch gerade unsere Kolleginnen und Kollegen bei Verdi in hohem Maße umtreibt. Deswegen empfehlen wir diesen Antrag zur Annahme.

Das ist auch unserer Meinung nach ein Antrag, mit dem jeder in jede Versammlung gehen und seine entschiedene Gegnerschaft zu TTIP deutlich zum Ausdruck bringen kann. Deshalb also unsere Empfehlung Annahme.

**Ulrike Jacob, Sprecherin des Präsidiums**

Auch hierzu vielen Dank. - Ihr habt die Empfehlung gehört, Kolleginnen und Kollegen. Wer dieser Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es gegenteilige Auffassungen? - Ganz wenige. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag mit überwältigender Mehrheit gegen Stimmen, die aus meiner Verwaltungsstelle gekommen sind, angenommen.

Wir machen dann weiter, und ich rufe auf den Antrag 1.079. Bitte schön.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da ist der zusätzliche Aspekt gemeinsames Handeln mit den DGB-Gewerkschaften, IndustrieALL European Trade Union sowie dem Europäischen Gewerkschaftsbund. Deswegen Annahme als Material zur EntschlieÙung, damit eine Erweiterung der EntschlieÙung.

**Ulrike Jacob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Auch diese Empfehlung habt Ihr gehört. Ich bitte diejenigen, die dieser Empfehlung zustimmen können, um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Wer enthält sich? - Das ist mit einer Gegenstimme, wenn ich das richtig gesehen habe, so angenommen worden. Danke schön.

Dann rufe ich jetzt auf den Antrag 1.080.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Dieser Antrag stimmt im Wesentlichen auch mit der Empfehlung überein. Ab Zeile 16 wird aber noch einmal sehr kritisch zum geplanten Regulatory corporation Body, zum Gremium zur regulatorischen Zusammenarbeit Stellung genommen. Was das ist und warum wir das kritisieren, hat der Michael Erhardt eben in seinem Plädoyer sehr deutlich gemacht. Damit haben wir auch diesen Aspekt zusätzlich zur EntschlieÙung ausführlich darin. Deswegen ausdrücklich Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Ulrike Jacob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Auch hier meine Frage: Wer kann dieser Empfehlung folgen? Ich bitte um das Kartenzeichen. - Wer möchte dieser Empfehlung nicht folgen? - Niemand. Enthält sich jemand? - Diese Empfehlung ist einstimmig angenommen worden. Danke schön.

Dann kommen wir zum Antrag 1.081.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Den empfehlen wir als Material an den Vorstand anzunehmen. In dem Antrag werden umfangreiche Informations- und Aufklärungskampagnen zu Inhalten gefordert, die wir auch für sehr unterstützenswert halten. Wie diese Kampagnen organisiert werden, wie das umgesetzt wird, auf welchen Ebenen das gemacht wird, muss im Vorstand abgestimmt werden. Deswegen Annahme als Material an den Vorstand.

**Ulrike Jacob, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank. - Auch diese Empfehlung habt Ihr gehört. Wer ihr folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sieht gut aus. Wer ist gegen diese Empfehlung? - Niemand. Wer Enthält sich? - Ich sehe auch hier niemanden. Damit ist auch dieser Empfehlung einstimmig gefolgt worden. Vielen Dank.

Dann rufe ich auf den Antrag 1.082.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Das ist ein Antrag der Verwaltungsstelle Köln-Leverkusen. Beschlussempfehlung Annahme als Material an den Vorstand.

**Ulrike Jacob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Auch die Empfehlung habt Ihr gehört. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung so folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. Wunderbare Übung. - Wer ist dagegen? - Niemand. Wer Enthält sich? - Dann ist auch dieser Empfehlung einstimmig Folge geleistet worden.

Dann kommen wir zum Antrag 1.083.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Auch hier empfehlen wir Annahme als Material an den Vorstand, weil in diesem Antrag eine umfassende Bündnisarbeit gefordert wird. Die können wir in dem Antrag in Einzelheiten nicht festlegen; das bedarf einer sorgfältigen Abstimmung und Überprüfung. Eigentlich ist das auch schon erfolgt. Wir empfehlen Annahme als Material an den Vorstand.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer ihr folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön, Kolleginnen und Kollegen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig so angenommen. Vielen Dank.

Dann rufe ich auf den Antrag 1.084.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Wir empfehlen Annahme in geänderter Fassung. Es sind zusätzliche Aspekte darin enthalten, die Ihr seht, wenn Ihr in die Beschlussempfehlung schaut. Ihr seht aber auch, dass wir aus dem Antrag einen Passus gestrichen haben, damit er annahmefähig ist. Wir hielten die Inhalte für so wertvoll, dass wir den Antrag zur Annahme bringen wollten. Aber gleichzeitig ist eine Passage enthalten, die einen direkten Stopp der Verhandlungen zum Inhalt hat, was wir ja vorher auch nicht beschlossen haben. Ihr könnt den Antrag aber insgesamt annehmen, wenn Ihr unserer Beschlussempfehlung „Annahme in geänderter Fassung“ folgt.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt die Empfehlung gehört. Somit kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es gegenteilige Auffassungen? - Einige wenige. Gibt es Enthaltungen. - Ich sehe nur wenige. Danke schön. Dann ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission auch hier Folge geleistet worden.

Dann kommen wir zum Antrag 1.085. - Bitte schön, Witich.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

In diesem Antrag ist die Forderung nach einer umfassenden Informations- und Aufklärungskampagne enthalten. Das ist im Wesentlichen auch schon angelaufen, seitdem die Beschlüsse gefasst worden sind. Aber das ist hinsichtlich der Dimension auch eine Sache, bei der der Vorstand hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs Entscheidungen treffen muss. Deshalb empfehlen wir Annahme als Material an den Vorstand.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer dieser Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer hat dazu eine andere Auffassung? - Ich sehe niemanden. Wer enthält sich? - Dann ist auch dieser Empfehlung nachgekommen worden.

Dann rufe ich auf den Antrag 1.086.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

In diesem Antrag ist eine Reihe ganz konkreter Vorschläge enthalten, die aufgegriffen werden. Ich möchte daran erinnern, dass wir einen Video-Podcast mit Detlef

Wetzel gemacht haben. Wir haben Erklärungen der IG Metall und der Betriebsräte der Automobilindustrie zu dem Thema abgegeben. Viele der Forderungen, die in dem Antrag enthalten sind, sind also schon erfüllt. Aber es gibt darüber hinaus noch gute Anregungen. Deshalb empfehlen wir die Annahme als Material zur Entschlie-ßung.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank. - Auch diese Empfehlung habt Ihr gehört, Kolleginnen und Kollegen. Wenn Ihr diese teilt, dann bitte ich Euch um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es andere Auffassungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist das so einstimmig angenommen. Habt vielen Dank.

Wir kommen dann zum Antrag 1.091.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Dieser Antrag gehört zum Antragsblock „Gleiche Rechte und Chancen“, der 31 An-träge umfasst und ein Schwerpunkt unserer Beratungen war.

Eure Delegiertenversammlungen und auch der Frauenausschuss haben Anträge zu den Themen Entgeltgerechtigkeit für Frauen und deren Beteiligung in den Mitbe-stimmungsgremien gestellt.

Mehrere Anträge fordern bessere Rechte und Chancen für Migranten hinsichtlich der mehrfachen Staatsangehörigkeit, des kommunalen Wahlrechts sowie der dua-len Berufsausbildung. Zahlreiche Anträge setzen sich für die Inklusion und generell einen höheren Stellenwert der Behinderten- und Teilhabepolitik der IG Metall ein. Auch die engagierte Fortsetzung unserer Aktion „Respekt!“ wird eingefordert.

Alles dieses gehen wir jetzt Antrag für Antrag durch. Wollt Ihr die einzeln aufrufen?

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Ja. Dann rufe ich zunächst auf den Antrag 1.091.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Okay. - Dieser Antrag trägt den Titel „Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten“. Die Beschlussempfehlung lautet Annahme.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. Das ist zwar eindeutig. Ich frage Euch aber trotzdem: Wer dieser Empfehlung Folge leisten möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sieht sehr gut aus. Gibt es andere Auffassungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Auch das ist nicht der Fall. Danke schön. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Wir werden also künftig auf die Besten nicht verzichten.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Genau. (Beifall)

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Wer auf die Besten nicht verzichten will, der muss das auch steigern. Deshalb trägt der Antrag 1.092 den Titel „Steigerung der Frauenanteile auf allen Ebenen“. Auch hier können wir nur die Annahme empfehlen.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Gilt das auch für den Antrag 1.093?

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Ja.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Für beide Anträge empfiehlt Ihr also Annahme. Dies muss ich formal festhalten.

Zum Antrag 1.092 gibt es eine Wortmeldung, die wir natürlich gerne hören würden, bevor wir zu einer Abstimmung kommen.

Ich gebe Bertina Murkovic aus der Verwaltungsstelle Hannover, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Delegiertenummer 244, das Wort. - Bitte schön, Bertina.

**Bertina Murkovic, 244**

Schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei Volkswagen Nutzfahrzeuge in Hannover und spreche selbstverständlich für den Antrag und danke Euch schon vorab für das Zuhören.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Arbeitswelt war und ist bis heute kein Selbstläufer. Sie wird es auch in Zukunft nicht werden, wenn wir nicht verbindliche Ziele und Maßnahmen zur systematischen Steigerung der Frauenanteile auf allen Ebenen von Unternehmen und öffentlichen Institutionen etablieren.

Konkret heißt das, dass wir Ziele von der Berufsausbildung bis ins Topmanagement und auf jeder Ebene dazwischen etablieren. Es kann nicht angehen, dass bei den gewerblich-technischen Auszubildenden beispielsweise der Frauenanteil seit einigen Jahren mehr als 20 Prozent beträgt - das ist gut -, der Anteil bei den Meisterinnen aber nach wie vor bei nur fünf Prozent liegt.

Die gleichberechtigte Entwicklung auf allen Ebenen ist ein Thema. Echte Gleichberechtigung setzt voraus, dass tatsächlich die Qualifikation darüber entscheidet, ob jemand eingestellt wird oder sich weiterentwickelt. Der Anteil von Frauen bei den Hochschulabsolventinnen spricht eine deutliche Sprache: über 50 Prozent!

Der Zugang zu den Arbeitsfeldern ist die eine Sache. Aber genauso entscheidend ist, dass Frauen ebenso wie ihre Kollegen Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt bekommen beziehungsweise sich diese auch nehmen, auch berechtigterweise nehmen, und auch eine individuelle Förderung erfahren, und zwar immer auf der Grundlage ihrer Fähigkeiten und Leistungen.

Dass das bisher aus verschiedenen Gründen nicht überall selbstverständlich ist, zeigen die Zahlen. Es würde heute zu weit führen, all die Gründe aufzuführen, warum Frauen in männerdominierten Bereichen oder Hierarchieebenen trotz exzellenter Qualifikation das Nachsehen haben. Ein Stichwort dazu: Gleiche besetzen Gleiche. Oder: Männer stellen Männer ein. Oder anders ausgedrückt: die homologe Reproduktion.

Echte Gleichberechtigung stimmt dann, wenn Durchlässigkeit nach oben besteht und gelebt wird. Das haben wir auch am Dienstag mit unseren Wahlen zum Ausdruck gebracht. Eine echte Gleichberechtigung stimmt dann, wenn berufliche Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen und Männer auch private Interessen berücksichtigen und nicht ein Entweder-oder generieren. Es muss selbstverständlich werden, dass talentierte Frauen in den Blick genommen werden.

Um das zu erreichen, braucht es Maßnahmen, die Gleichberechtigung herstellen, und es braucht Mechanismen, die das Erreichen von Zielen bewerten und Erfolge wie Misserfolge deutlich machen. Ein Kommitment, das hohe Standards setzt, Frauen in der Arbeitswelt gleichberechtigt zu beteiligen, muss verbindliche Ziele aufzeigen, etwa über eine Quotenregelung auf allen Unternehmensebenen.

Für die systematische Steigerung der Frauenanteile auf allen Ebenen von Unternehmen und öffentlichen Institutionen können wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter uns stark machen und diesem wichtigen Thema unsere starke Stimme geben. Die IG Metall hat längst erkannt: Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten. - Danke schön. (Beifall)

Lieben Dank. Noch ein kleiner Hinweis: Besucht doch einmal den Stand des Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Dort könnt Ihr Kontakt mit unserer erfolgreichen und sympathischen Quothilde aufnehmen. - Danke. (Beifall)

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Bertina. - Die Empfehlung wird sich ja nicht verändern.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Du hast das so begründet. Jetzt müssen wir einfach bei der Empfehlung bleiben.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Das klingt schlüssig. Dann machen wir das doch. Ich frage Euch trotzdem, wie sich das gehört, Kolleginnen und Kollegen: Wer dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sieht sehr gut aus. Gibt es andere Auffassungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Damit kommen wir zu den Anträgen 1.094 und 1.095. Ich bitte die ABK wieder um ihre Stellungnahme.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Wir wollen zeigen, dass wir auch kleinlich sein können. Deswegen empfehlen wir Annahme in geänderter Fassung. Die Änderung besteht lediglich darin, dass wir

Wert darauf legen, dass wir weiterhin - das Wort soll eingefügt werden - uns dafür einsetzen, weil wir das schon länger machen. Das ist also keine große Veränderung.

Worum geht es? Es geht darum: Wir haben als Arbeitnehmervertreter schon lange dafür gesorgt, dass Frauen in den Aufsichtsratspositionen der Arbeitnehmerbank vertreten sind. Das Kapital hat sich da sehr zurückgehalten. Die Kapitalseite würde, wenn das Gesetz einfach weiter so bestehen bleibt, praktisch von der hohen Quote unserer Arbeitnehmerinnen auf den Aufsichtsratsbanken profitieren. Wir wollen, dass beide Bänke getrennt betrachtet werden, sodass auch die Arbeitgeber zu einer entsprechenden Quote auf ihrer Seite gezwungen werden.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Dann kommen wir auch zur Beschlussfassung über diese Empfehlung. Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es andere Auffassungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe wenige. Fast einstimmig ist dann dieser Empfehlung gefolgt worden. Damit ist der Antrag 1.094 entschieden, und der Antrag 1.095 ist durch die Annahme von Antrag 1.094 erledigt.

Ich rufe auf den Antrag 1.096. - Witich, Du hast wieder das Wort.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

„Faires Entgelt für Frauen“ heißt der Antrag. Wir empfehlen Annahme als Material zur Entschließung.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. Bevor wir zur Abstimmung kommen, bekomme ich den Hinweis, dass es eine Wortmeldung gibt. Die Kollegin macht sich bereits auf den Weg. Das ist ganz toll. Es ist Alexandra Ebert aus der Geschäftsstelle Dortmund im Bezirk NRW mit der Delegiertennummer 018. - Bitte schön, Du hast das Wort.

**Alexandra Ebert, 018**

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ich bin zum einen Betriebsrätin, und zum anderen gehöre ich ehrenamtlich zum Frauenausschuss beim Vorstand.

Wir sind in Deutschland mit einem Gender Pay Gap von 22 Prozent immer noch bei den Schlusslichtern in Europa. Als Metaller und Metallerinnen wissen wir auch, das ist nachgewiesen: Da, wo es Tarifverträge gibt, ist die Entgeltlücke geringer. Wir

machen eine gute Eingruppierungspolitik in den Betrieben, und wir als Betriebsräte und Betriebsrätinnen sorgen dafür, dass gleichwertige Tätigkeiten auch gleichwertig bezahlt werden. Dafür stehen wir. Im Großen und Ganzen stimmt die Linie.

Der Frauenausschuss hat den Antrag 1.096 an den Gewerkschaftstag gestellt, weil wir mit der Initiative „Auf geht's - faires Entgelt für Frauen“ genauer hingeguckt haben. Wir haben auch in unseren Betrieben eine unterschiedlich hohe Entgeltlücke festgestellt. Die lag meist nicht in der direkten Eingruppierung.

Wir haben aber zum Beispiel gefragt: Bekommen junge Frauen mit abgeschlossener Ausbildung das gleiche Entgelt wie ihre Kollegen? Erhält die Kollegin zeitgleich mit ihrem Kollegen die Leistungszulage? Wann und unter welchen Umständen erhalten die Männer Zulagen, wann die Frauen? Wie viele Männer und wie viele Frauen sind überhaupt in welcher Entgeltgruppe? Was ist mit den Müttern, die aus Elternzeit kommen?

Wir haben festgestellt: Eine solide Datenbasis hilft dem Betriebsrat zu erkennen, ob der Grundsatz der Entgeltgleichheit im Betrieb eingehalten wird. Der Betriebsrat kann dann sehen, wo der Handlungsbedarf liegt.

Aber das Thema ist noch in zu wenigen Betriebsräten auf der Tagesordnung. Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit - das ist ein Grundsatz in unserer IG Metall. Unser Antrag fordert deshalb sehr konkret, dass sich alle Ebenen der Organisation in den unterschiedlichen Handlungsbereichen diesem Thema stellen.

Wir möchten nicht, dass dieser Antrag als Material in eine EntschlieÙung eingeht, sondern wir wollen, dass aus diesem Antrag ein wirklicher Handlungsauftrag für uns alle wird. Der Antrag ist an vielen Stellen sehr viel weitgehender als die EntschlieÙung. Daher möchte ich die ABK bitten, ihre Empfehlung noch einmal zu überdenken. Ansonsten würde ich Euch bitten, liebe Delegierte, der Empfehlung der ABK nicht zuzustimmen und in letzter Konsequenz unseren Antrag anzunehmen. - Vielen Dank. (Beifall)

#### **Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön, Alexandra, für Deinen Wortbeitrag. - Jetzt bin ich gespannt auf die Antwort der Antragsberatungskommission.

#### **Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Darüber würde ich gerne noch einmal kurz mit meiner Antragsberatungskommission nachdenken wollen.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Dann macht das. Braucht Ihr eine kurze Pause?

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Nein.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Also eine kleine Arbeitspause.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Jetzt sind wir Euch eine Antwort schuldig. Warum haben wir für den Antrag, dessen Inhalt ja in hohem Maße unterstützenswert ist, Annahme als Material zur Entschlie-ßung empfohlen? Im Antrag findet sich die Formulierung: „Der Vorstand, die Be-zirksleitungen, die Tarifkommissionen und die Verwaltungsstellen werden beauf-tragt“. Die Tarifkommissionen sind gewählte Gremien unserer Organisation. Sie können nicht einfach, sozusagen per Auftrag, gezwungen werden, irgendetwas um-zusetzen, weil sie als gewählte Gremien eine eigene Entscheidungsmacht haben. Deswegen konnten wir den Antrag nicht zur Annahme empfehlen.

Könnt Ihr uns folgen, dass wir in diesem Satz das Wort „beauftragt“ ersetzen durch „aufgefordert“ und dass wir unten die Formulierung „dass die Ergebnisse aus die-sen Studien umgehend ersetzt werden müssen“ durch die Formulierung „angepasst werden können“?

Also, das müsste dann heißen: „Die Ergebnisse müssen den entsprechenden Gre-mien“, also zum Beispiel den Tarifkommissionen, „zur Verfügung gestellt werden, damit die Regelungen und Formulierungen angepasst werden können.“ Dann wür-den die zwei Gründe, warum wir das als Material zur Entschlie-ßung empfohlen ha-ben, wegfallen, und wir können Euch die Empfehlung geben: Annahme in der in diesen zwei kleinen Sachen geänderten Fassung. Das ist jetzt unser Vorschlag nach der kurzen Beratung. (Vereinzelt Beifall)

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön für die Erläuterung und die neue Empfehlung. - Die habt Ihr jetzt ge-hört, Kolleginnen und Kollegen. Damit kämen wir jetzt auch zur Beschlussfassung über diese Empfehlung. Ich frage Euch auch hier, wer dieser Empfehlung in der neuen Form folgen kann. Den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt

es andere Auffassungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist Eurer Empfehlung einstimmig nachgekommen worden. Vielen Dank! (Beifall)

Damit kommen wir zum Antrag 1.097.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da geht es eigentlich um das gleiche inhaltliche Antragsbegehren. Bloß, hier geht es darum, dass es entsprechend operationalisiert wird, dass Bildungsveranstaltungen und Materialien zum Thema Entgeltgerechtigkeit zur Verfügung gestellt werden, damit die Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen noch differenzierter erfasst werden kann. Also, wir sollen alle praktisch geschult werden darin, die richtigen Methoden zu lernen, wie man tatsächlich die Entgeltlücken entdeckt, damit man dann auch etwas dafür tun kann, dass sie geschlossen werden.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Wir kommen noch nicht zur Beschlussfassung. Denn es liegt uns zu diesem Antrag eine Wortmeldung vor, und zwar von Barbara Ziller aus der Verwaltungsstelle - ich sage mal „Verwaltungsstelle“, mal „Geschäftsstelle“; wir üben das jetzt - Neustadt aus dem Bezirk Mitte mit der Delegiertennummer 156. - Bitte schön, Du hast das Wort.

**Barbara Ziller, 156**

Hallo, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz zu meiner Person: Ich bin Barbara Ziller. Ich arbeite bei Daimler in Wörth, Verwaltungsstelle Neustadt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche zu dem Antrag mit der Nummer 1.097: „Entgeltgleichheitsgesetz“. Ihr wisst alle, dass in Deutschland Frauen im Durchschnitt immer noch 22 Prozent weniger verdienen als Männer. Damit belegt Deutschland den drittletzten Platz im europäischen Vergleich. Nur in Österreich und Zypern ist der Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern deutlich größer. In Betrieben mit Tarifbindung ist der Unterschied deutlich geringer; da liegt er bei 8 Prozent. Das ist schon deutlich besser, aber noch nicht gut.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Entgeltgleichheit ist Transparenz. Das heißt: Wie sieht es konkret im Betrieb aus? Wie viele Frauen, wie viele Männer sind in welchen Entgeltgruppen? Gibt es eine Entgeltdifferenz? Wie hoch ist sie? Was sind die Ursachen dafür?

Der zweite wichtige Schritt ist dann, auf der Grundlage der Analyse verbindliche Maßnahmen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber mit dem Ziel der Erreichung der Entgeltgleichheit zu vereinbaren. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir rufen nicht immer nach dem Gesetzgeber. Hier hat der Gesetzgeber aber eine Verantwortung, der er sich stellen muss. Wir fordern ein Entgeltgleichheitsgesetz, das seinen Namen auch verdient. Wir fordern ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Unternehmen verbindlich verpflichtet, mindestens einmal im Jahr einen nach Geschlechtern differenzierten Entgeltbericht vorzulegen, der hinreichend Aufschluss über die Verteilung der Entgeltgruppen gibt. Dieser Bericht ist dann die Grundlage für die Vereinbarung verbindlicher Maßnahmen mit dem Ziel, die Entgeltlücke zu schließen.

Die Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgesetzes ist Auftrag für uns alle. Wir Frauen versprechen Euch: Wir lassen nicht locker! (Vereinzelt Beifall) Unterstützt unsere Forderung nach einem Entgeltgleichheitsgesetz, und stimmt für die Empfehlung der ABK. - Danke. (Beifall)

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön, Barbara. - Dann können wir direkt zur Beschlussfassung über diese Empfehlung kommen, Kolleginnen und Kollegen, die Witich ja vorhin schon gemacht hat. Wer für die Annahme der Empfehlung der ABK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wunderbar. Gibt es andere Auffassungen? - Es gibt weniger andere Auffassungen. Gibt es Enthaltungen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist dieser Empfehlung so nachgekommen. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Dann kommen wir jetzt zum Antrag 1.098.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da geht es darum, dass wir dem Fachkräftemangel auch durch wirkungsvolle, aktive Frauenförderung begegnen. Dem können wir nur zustimmen. Das ist ein zusätzlicher Aspekt; er geht über die Entschließung hinaus, erweitert die Entschließung. Deswegen: Annahme als Material zur Entschließung.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Ihr habt die Empfehlung gehört, Kolleginnen und Kollegen. Kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer das genauso sieht, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist diese Empfehlung einstimmig so angenommen worden.

Dann kommen wir zu den Anträgen 1.099, 1.100 und 1.101.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der erste Antrag ist der Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg: „Mehrstaatigkeit und kommunales Wahlrecht“. Eigentlich sollten wir in einer Situation sein, dass wir solche Anträge gar nicht mehr stellen müssen. Aber da das immer noch nicht verwirklicht ist, müssen wir diese Anträge weiterhin stellen.

Der Zwang zur Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit ist für viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen eines der Haupthindernisse bei der Einbürgerung. Erleichterte Einbürgerungen sind jedoch erforderlich, um mehr Migrantinnen und Migranten eine Position gleicher Rechte zu verschaffen. Das ist sozusagen eine stetige Aufforderung, dass wir da auch noch die letzten Schranken wegschaffen. Deswegen: uneingeschränkte Annahme dieses Antrags als Empfehlung der Antragsberatungskommission.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Ihr habt die Empfehlung gehört, Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte Euch um das Kartenzeichen, wenn Ihr dieser Empfehlung so folgen könnt. - Danke schön. Gibt es andere Auffassungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist auch dieser Empfehlung einstimmig nachgekommen worden. Habt vielen Dank.

Dann rufe ich jetzt den Antrag 1.102 auf.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da lautet die Beschlussempfehlung: Annahme in geänderter Fassung. Es geht darum, das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Nicht-EU-Ländern an ihrem Hauptwohnsitz zu ermöglichen. Das Antragsbegehren unterstützen wir. Die Änderungen, die wir gemacht haben, dienen der begrifflichen Klarstellung. Das war die Voraussetzung dafür, dass wir die Annahmeerempfehlung in geänderter Fassung schreiben können. Also, die Änderungen sind nur dazu da, dass es annahmefähig gemacht wird.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. - Auch hier gilt: Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer ihr so nachkommen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. - Gibt es andere Auffassungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der

Fall. Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen, Kolleginnen und Kollegen.

Dann kommen wir jetzt zum Antrag 1.103. - Bitte, Witich.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Das ist der Antrag der Verwaltungsstelle Wolfsburg: „Europäische Staatsbürgerschaft“. Das Antragsbegehren liefert eine Anregung zur Stärkung des Rechtsstatus der EU-Unionsbürgerschaft. Er erweitert die EntschlieÙung deutlich. Der Aspekt war da nicht drin. Deswegen: Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank. - Bevor wir hier zur Beschlussfassung kommen, möchte ich ankündigen, dass es eine Wortmeldung gibt von dem Kollegen Eddy Worgul aus Wolfsburg, aus dem Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, mit der Delegiertennummer 274. - Eddy, Du hast das Wort. Bitte schön. - Er heißt richtig Edmond.

**Edmond E. Worgul, 274**

Aber „Eddy“ ist völlig in Ordnung; so werde ich schon seit vielen Jahrzehnten gerufen. - Der Hinweis der Antragskommission war eben gerade genau der richtige. Der Antrag ist zur „Annahme als Material“ empfohlen. Aber aus unserer Sicht ist es eben eine deutliche Erweiterung. Deswegen müsste es eigentlich „zur Annahme“ genannt werden.

Ich zitiere jetzt einmal aus dem Antrag: „Die IG Metall setzt sich deshalb zusammen mit den europäischen Gewerkschaften für die Weiterentwicklung des bestehenden Rechtsstatus des Unionsbürgers zu einer Europäischen Staatsbürgerschaft ein.

Damit sollen Bürgerinnen und Bürger der EU-Staaten das Recht erhalten, neben ihrer nationalen Staatsbürgerschaft eine gemeinsame EU-Staatsbürgerschaft zu bekommen.“ Damit geht aus unserer Sicht der Antrag der Geschäftsstelle Wolfsburg sehr deutlich über das hinaus, was in der E 1 steht. Denn in der E 1 steht in Absatz 6 geschrieben, dass eine Mehrstaatlichkeit generell zugelassen sein soll. Das ist gut, aber das greift eben zu kurz.

Die soeben zitierte Option sollte die IG Metall aus unserer Sicht weiterverfolgen.

Da es an der Stelle jetzt aber keinen Sinn macht aus unserer Sicht, eine große Kontroverse zu entfachen, bitte ich Euch einfach - ich denke einmal, das ist deutlich geworden, wohin wir damit wollen -, dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission, das als Material zu nehmen, weil damit die Entschließung auf jeden Fall auch entsprechend ergänzt ist, zu folgen. Da - wie gesagt - einen formalen Streit vom Zaun zu brechen, wäre der Sache nicht angemessen. Deswegen, bitte, der Empfehlung der ABK folgen! (Vereinzelt Beifall)

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. Die Empfehlung haben wir gehört. Du hast sie bekräftigt. - Dann kommen wir jetzt auch direkt zur Abstimmung. Kolleginnen und Kollegen, wer der Empfehlung der ABK und auch der ausdrücklichen Bitte von Eddy Folge leisten möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es andere Auffassungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Eddy, dann hast Du es geschafft, die Empfehlung ist einstimmig so angenommen worden. - Vielen Dank.

Dann kommen wir jetzt zum Antrag 1.104. Bitte schön, Witich.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Die Verwaltungsstelle Krefeld fordert die weitere Unterstützung der Initiative Respekt. Wir unterstützen ja als IG Metall diese Initiative sehr nachhaltig mit Ressourcen. Deswegen ist aber auch die Fortführung der Initiative Respekt natürlich ein ressourcenträchtiges Projekt, und deswegen empfehlen wir: Annahme als Material an den Vorstand.

Aber ich möchte doch noch einmal sagen - auch im Namen der Antragsberatungskommission -, die Initiative Respekt hat wirklich tolle Ergebnisse geleistet, eine hervorragende Öffentlichkeitsarbeit. Dass jetzt eine der ersten Botschafterinnen, die ganz maßgeblich die Initiative Respekt gefördert hat, als neue Bundestrainerin für die Nationalmannschaft der Frauen vorgesehen ist, ist doch auch eine ganz tolle Sache. Vielleicht kriegen wir dann noch mehr Öffentlichkeitsarbeit für unsere Initiative. Allein das würde sich schon lohnen, um die Initiative fortzusetzen. (Beifall)

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön. Schon jetzt große Zustimmung. - Dann machen wir das jetzt auch formal: Ich bitte Euch um das Kartenzeichen, wenn Ihr der Empfehlung so folgen könnt. - Danke schön. Gibt es andere Auffassungen? - Nein. Okay, es gibt keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist auch das einstimmig, Kolleginnen und Kollegen. Vielen Dank.

Dann rufe ich auf den Antrag 1.105. Bitte, Witich.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Die Nachbarverwaltungsstelle von Krefeld ist Aachen. Die ist auf die gleiche Idee gekommen. Deswegen auch die gleiche Empfehlung: Annahme als Material an den Vorstand.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Das ist einfach, das ist die gleiche Übung wie eben, Kolleginnen und Kollegen. - Wer das so teilt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es andere Auffassungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist auch das einstimmig. Habt vielen Dank.

Dann kommen wir zur Beantragung 1.106. Bitte, Witich.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da empfehlen wir Annahme in geänderter Fassung. Der ist sehr kategorisch in seinen Forderungen einer personellen und finanziellen Ausstattung dieser Aufgabe, nämlich die Kontinuität der antirassistischen Arbeit der IG Metall sicherzustellen. Da ist auch sehr kategorisch drin: „Die IG Metall hat für diese oben genannten Aktivitäten finanzielle Mittel einzubringen.“

Wir haben in der Änderungsempfehlung daraus einen Prüfauftrag gemacht. Damit kann der gesamte Antrag dann auch zur Annahme in geänderter Fassung empfohlen werden. Das wäre unsere Empfehlung.

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Ja, vielen Dank für die Empfehlung. - Bevor wir zur Abstimmung kommen, Kolleginnen und Kollegen, hören wir noch einen Wortbeitrag von dem Kollegen - ich hoffe, ich spreche den Namen richtig aus - Grashei, Robert, aus Landhut im Bezirk Bayern, Delegiertennummer 051. Bitte, Robert, Du hast das Wort.

**Robert Grashei, 051**

Ja, Danke. Der Name ist Robert Grashei. - Kolleginnen und Kollegen, heute Abend sollte in Landshut eine Veranstaltung von der AfD stattfinden. Die wollten da ihre Hetze gegen Flüchtlinge fortsetzen mit Beatrix von Storch. Ein großes Bündnis von Gegendemonstranten hat es geschafft, dass diese Veranstaltung abgesagt wurde.

(Beifall) Die AfD hat sich dann noch bemüht, kurzfristig ein anderes Lokal zu finden. Auch dort hat der Wirt gesagt, nein, für die AfD stellt er keinen Raum zur Verfügung. (Beifall)

Deswegen möchte ich an der Stelle noch einmal für den Antragsteller ein paar Beispiele darstellen, weil diese Entscheidung und dieser Prozess ganz, ganz wesentlich ist. Mit der Kampagne „Kein Platz für Rassismus“ kann man das in der Folge ja sehr gut darstellen und sagen: Es gibt auch keinen Raum für Rassismus.

Das kommt nicht von ungefähr, dass es uns in Landshut gelungen ist, dieses Bündnis so aktiv zu machen. Darin stecken 30 Jahre Arbeit. Die IG Metall Landshut ist ein Akteur dieses Netzwerks in den Interkulturellen Wochen, und wir bringen uns nicht nur ideell mit Beiträgen ein, sondern wir bringen auch finanzielle Leistungen und machen es für viele andere, kleine Organisationen, Verbände erst möglich, in dieser Frage mit uns Seit an Seit mitwirken zu können.

Ich mache auch keinen Hehl daraus, dass es manchmal notwendig ist, an der Stelle vielleicht einmal seine eigenen Positionen etwas zurückzunehmen, um eben Bündnisarbeit erst möglich zu machen. Denn das hat sehr viel damit zu tun, dass man nicht dominant auftritt, sondern dass man gemeinsames Verständnis für unsere Arbeit gegen Rassismus auf den Weg bringt. (Vereinzelt Beifall)

Ich sage einmal Folgendes ganz selbstkritisch an der Stelle. Auch wenn an vielen Werkstoren und Betriebseingängen mittlerweile das Schild „Respekt - Kein Platz für Rassismus“ hängt, muss man doch zur Kenntnis nehmen: Trotzdem findet in den Werkshallen, Gebäuden Rassismus statt. Deswegen fordere ich an dieser Stelle ein, dass wir eben die antirassistische Arbeit innerhalb der IG Metall zu einer kontinuierlichen Aufgabe machen.

Im Grunde genommen ist das so was wie Bildungsarbeit. Wir müssen jedes Jahr, jeden Monat, jeden Tag dafür sorgen, dass eben Aufklärung stattfindet, und wir müssen mit dafür sorgen, dass in dieser Aufklärung eine Kontinuität drin liegt. Dann kann man solche Veranstaltung wie die der AfD und andere erfolgreich verhindern.

Wir müssen die Auseinandersetzung, die Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen - ich sage ganz bewusst auch „Kolleginnen und Kollegen“ - führen, weil es nicht wenige gibt, die solche Auffassungen teilen. Schaut Euch nur die Debatten in den sozialen Netzwerken an.

Ich möchte auch noch einmal die Gelegenheit nutzen, Euch an den Bayernstand einzuladen. Denn ich glaube schon, dass es in Bayern eine ganz große Herausforderung ist, eine klare Haltung gegen Rassisten zu zeigen. Ich finde es bedrohlich, wenn

der Ministerpräsident unseres Bayern von Notwehr spricht in Zusammenhang mit der Bewältigung der Flüchtlingsaufgabe. Ich finde es schlimm, wenn der sogenannte Heimatminister Söder die Errichtung von Zäunen um Bayern einfordert. Und es ist auch schlimm, dass der Generalsekretär der CSU, der Scheuer, den Familiennachzug von Flüchtlingen aussetzen will. (Vereinzelt Beifall) All das hat nichts mit Humanismus zu tun, all das hat auch nichts mit der Geschichte der CSU zu tun.

Es gab eine tolle Veranstaltung in Bayern. „Mia san ned nur mia“ haben Künstlerinnen und Künstler zugunsten von Flüchtlingen eingefordert und haben dabei ein Wahlplakat von 1946 der CSU präsentiert. Darauf steht: „Vertriebene, Eure Not ist unsere Sorge.“

Das, was die CSU-Politik heute ist, Kolleginnen und Kollegen, ist ein klarer Schlag ins Gesicht von dieser Verantwortung. Die heutigen Flüchtlinge sind doch nichts anderes als Botschafterinnen und Botschafter von Elend, Hunger und Krieg. Deswegen muss es unsere Aufforderung sein, unsere Pflicht sein, gegen die bayerische Achse des Bösen Seehofer, Söder und Scheuer aktiv zu sein. (Beifall - Pfiffe)

Wir versuchen das auch mit plakativen Botschaften. - Hier seht Ihr ein neues bayerisches Wappen. Wir haben die blauen Rauten ersetzt gegen bunte, weil wir sagen: Bayern ist bunt. Diesen Button könnt Ihr bei uns am Bayernstand für 2 Euro kaufen zugunsten der Flüchtlingshilfe. - Vielen Dank. (Beifall)

#### **Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Kollege Grashei. - Damit kommen wir unmittelbar zur Abstimmung über den Antrag 1.106. Wer dem Antrag und damit der Empfehlung der Antragsberatungskommission Folge leisten kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wunderbar, danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist auch diesem Antrag einstimmig nachgekommen worden. Das ist super.

Damit kommen wir zum Antrag 1.107. Bitte, Witich.

#### **Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da empfehlen wir Annahme als Material zur Entschließung, weil damit deutlich Aspekte gesetzt werden. Das ist einer der Anträge, bei denen ich sage: Lest ihn Euch in der Mittagspause durch. Wenn Ihr berücksichtigt, dass dieser Antrag bis Ende März geschrieben sein musste, als wir noch nicht dieses ganz große Drama hatten, merkt Ihr, wie toll die Nordhessen gearbeitet haben, mit welcher Sensibilität sie die

Probleme, die wir seit dem Sommer in Deutschland kennen, als Forderung aufgegriffen haben.

Deswegen empfehlen wir die Annahme als Material zur Entschließung. Vieles von dem, was in dem Antrag steht, ist Gegenstand unserer Flüchtlingsresolution geworden, die der Vorstand der IG Metall ausgearbeitet hat. Ich habe mir auf meinen Zettel geschrieben: Lest sie und nutzt sie. Aber nehmt sie erst einmal an.

#### **Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Ich glaube, das tun wir gleich, wenn wir den Kollegen gehört haben, der sich zu diesem Thema zu Wort gemeldet hat. Das ist der Kollege Nihat Öztürk von der Verwaltungsstelle Düsseldorf-Neuss, Bezirk Nordrhein-Westfalen, Delegiertennummer 3/004. Bitte schön, Nihat, Du hast das Wort.

#### **Nihat Öztürk, 3/004**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich diesen Antrag ausdrücklich unterstützen möchte. Wir brauchen mehr Solidarität statt neue Mauern in Europa. Aber wie sieht es tatsächlich aus? Welchen Stellenwert hat Solidarität in der Europäischen Union? Dazu möchte ich ein paar kritische Anmerkungen machen.

Vor einigen Monaten konnten sich die EU-Staaten nicht einmal darüber einigen, 120.000 Flüchtlinge gerecht zu verteilen. Aber sie konnten sich sehr schnell einigen auf den Einsatz von modernster Technik, Waffen, den Bau von Mauern, Zäunen und Stacheldraht, um die Flüchtlinge von den Grenzen abzuhalten. In diesem Jahr werden wahrscheinlich über 1 Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen. 1 Million Flüchtlinge bei 500 Millionen Einwohnern in Europa sind sage und schreibe 0,2 Prozent. Selbst 5 Millionen sind sage und schreibe 1 Prozent.

Das heißt, wir haben ein Problem der Solidarität in Europa. Schon während der Griechenlandkrise und jetzt während der Flüchtlingskrise erleben wir, dass wir uns von unseren eigenen Werten weit, weit entfernen. Die EU konnte sich sehr schnell einigen, das Kosovo, Albanien und Montenegro zu sicheren Staaten zu erklären. Oder schaut Euch diese Figuren an. David Cameron ist nur eingefallen, Kampfhunde nach Calais zu schicken, um die Einreise von Flüchtlingen nach England zu verhindern.

Und der Exministerpräsident von Polen sprach vor einem Millionenpublikum davon, dass die Flüchtlinge Cholerabakterien und Parasiten mitbringen. Viktor Orbán

hat die Flüchtlinge zum alleinigen Problem von Deutschland erklärt und versucht, das ganze Land mit Stacheldraht, Mauern und Zäunen zu sichern.

Nun erleben wir seit vorgestern, dass Slowenien das Militär gegen die Flüchtlinge einsetzt.

Nun - Robert sprach darüber - diskutieren wir in Deutschland über die Einrichtung von Transitzonen. In Wahrheit sind Internierungslager gemeint. (Vereinzelt Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Flüchtlinge sind keine Kriegsgefangenen, die man in Internierungslagern zusammenpfercht, sondern Menschen, die vor Krieg und Terror fliehen und dringend unsere Hilfe brauchen. Deswegen müssen wir Nein sagen. (Beifall)

Wenn diese wenigen Beispiele irgendwann einmal den Geist von Europa bestimmen, dann wird - das ist meine Befürchtung - Europa keine gute Zukunft haben, sondern Europa wird, wenn es nach Orbán und anderen geht, als die hässliche Fratze in der Weltgesellschaft und der Weltgemeinschaft wahrgenommen. Ein Europa im Geiste von Orbán, Söder und anderen hat mit der Aufklärung und der humanistischen Tradition in Europa nichts, aber wirklich gar nichts zu tun.

Wenn wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa retten wollen, wenn wir von einem Europa träumen, das Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle will, und wenn wir ein solidarisches und lebenswertes Europa aufbauen wollen, dann geht wirklich kein Weg daran vorbei, diesen Ungeist zu bekämpfen und die Orbánisierung Europas aktiv zu bekämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Anmerkung erlaube ich mir noch. Ich habe dieser Tage ständig - auch von Sigmar Gabriel - gehört, dass wir die Ängste und Befürchtungen der Menschen ernst nehmen sollten und dass wir diese Menschen mit ihren Sorgen nicht der AfD und Pegida überlassen sollen. Ich finde, recht hat er. Ja, es gibt viele berechnete Ängste: Angst vor Arbeitslosigkeit, vor sozialem Abstieg, vor Armut, insbesondere Altersarmut, Angst vor der Zukunft. Diese Ängste gibt es zweifellos. Wer aber solche Ängste als Vehikel missbraucht, um gegen Minderheiten und Flüchtlinge zu hetzen, wer solche Ängste missbraucht, um Demokratie und Menschenrechte lächerlich zu machen oder gar unsere Bundeskanzlerin und Sigmar Gabriel sozusagen an einem Galgen abzubilden, will meines Erachtens nur Hass säen und Pogromstimmung erzeugen. (Beifall)

Die Menschen, die solche Ängste benutzen, haben eine faschistoide Gesinnung, eine braune Gesinnung. Wir müssen laut und deutlich sagen, dass wir mit diesen

Menschen nicht reden werden, nicht reden können, denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. (Lebhafter Beifall)

Letzte Anmerkung, eine Frage nur. Ich warte noch immer darauf, dass mir jemand erklärt, warum Menschen in Sachsen oder Thüringen, wo der Anteil von Migranten und Flüchtlingen unter 4 Prozent liegt, so viel mehr Angst vor Flüchtlingen und Überfremdung haben als die Menschen hier in Frankfurt, in München, Stuttgart oder Köln. Das kann ich nicht nachvollziehen. - Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

**Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Nihat, für Deinen Wortbeitrag. - Damit kommen wir unmittelbar zur Abstimmung über den Antrag. Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wer dieser Empfehlung Folge leisten kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es andere Auffassungen? - Nicht. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Damit ist diesem Antrag einstimmig stattgegeben worden.

Damit kommen wir zum Antrag 1.108. Witich, Du hast das Wort.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Dieser Antrag kommt aus der Geschäftsstelle Hannover. Wir schlagen Euch die Annahme in geänderter Fassung vor. Wir mussten Folgendes korrigieren. In dem Antrag steht, dass seit 2012 circa 20.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. Niemand weiß, wie viele Menschen tatsächlich im Mittelmeer ertrunken sind. Die offiziellen Angaben, auf die wir uns beziehen müssen, lauten: circa 20.000 seit dem Jahr 2000. Das haben wir korrigiert.

Wir haben auch die Aussage, dass die IG Metall eine Aufklärungskampagne entwickeln soll, korrigiert. Es soll vielmehr heißen: stellt die IG Metall in Kooperation mit anderen Bündnispartnern Materialien und Informationen in jeglicher Form zur Verfügung.

Ich glaube, damit werden wir dem Anliegen des Antrags aus Hannover gerecht. Unsere Beschlussempfehlung lautet: Annahme in dieser leicht geänderten Fassung.

**Ulrike Jacob, Sprecherin des Präsidiums**

Ihr habt es gehört, Kolleginnen und Kollegen, es ist Annahme empfohlen. Wer dieser Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es

andere Meinungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist das einstimmig beschlossen. Vielen Dank.

Dann kommen wir vor der Mittagspause zu unserem vorläufig letzten Antrag. Ich rufe auf den Antrag 1.109.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da geht es um die Unterstützung von Geflüchteten beim Arbeitsmarktzugang. Annahme in geänderter Fassung ist unsere Empfehlung. Die Änderungen, die wir gemacht haben, dienen einfach einer klareren Strukturierung des Antragsbegehrens. Da hat sich auch im Laufe der Zeit zwischen Antragstellung und dem Gewerkschaftstag etwas beim Arbeitsmarktzugang geändert. Das haben wir entsprechend präzisiert in unserer geänderten Fassung. Das Grundanliegen wird damit vollständig unterstützt. Wir bitten um Annahme dieses Antrags in der von uns geänderten Fassung.

**Ulrike Jacob, Sprecherin des Präsidiums**

Danke schön, Witich. - Wer dieser Bitte nachkommen möchte, den bitte ich jetzt unmittelbar um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es andere Auffassungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir es vor der Mittagspause geschafft, auch diesen Antrag einstimmig anzunehmen.

Noch ein paar organisatorische Dinge, bevor wir jetzt in die wohlverdiente Mittagspause entschwinden.

Es gibt einmal die Bitte, dass wir uns um verschwundene Taschen kümmern. Es gibt Delegierte, die vermissen Taschen mit persönlichen Inhalten, und es gibt die Bitte, für den Fall, dass mal jemand etwas verwechselt hat oder an Euren Tischen Taschen frauen- oder herrenlos umherirren, diese mitzunehmen und sie im Fundbüro bei der Kongressleitung abzugeben, damit die Kolleginnen und Kollegen, denen die Taschen gehören, entsprechend darüber informiert werden können. Guckt Euch also bitte einfach um, ob da etwas steht, was Euch nicht gehört, und dann bringt es bitte runter.

Dann soll ich noch darum bitten, Euch daran zu erinnern, dass Ihr Eure Reisekostenabrechnungen abgibt. Das wäre auch ganz prima, damit die dann auch bearbeitet werden können.

Jetzt zur Pause: Wir haben vorgesehen, dass wir, wenn wir jetzt in die Pause eintreten, uns anderthalb Stunden gönnen und dann um 14 Uhr wieder hier sind. Dann

will der Jörg nämlich die Übergabe des Schecks an Amnesty International vornehmen. Deswegen die Bitte: Genießt die Pause, seid aber um 14 Uhr pünktlich wieder da. Bis später. Habt vielen Dank. (Beifall)

(Unterbrechung des Kongresses: 12.24 Uhr)

•

(Fortsetzung des Kongresses: 14.01 Uhr)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Kolleginnen und Kollegen, wie Ihr seht, haben wir hier im Präsidium mal wieder durchgewechselt und werden das auch weiterhin so handhaben. Schön, dass Ihr wieder vollzählig hier seid.

Ich möchte an dieser Stelle unsere Antragsberatungen kurz unterbrechen und möchte Frau Çalişkan von Amnesty International in unserem Kreis recht herzlich willkommen heißen. Seien Sie uns recht herzlich willkommen. (Beifall)

Wir stehen hier als Gewerkschaftstag in einer guten Tradition. Ich möchte Jörg das Wort erteilen, um dazu einige Worte zu verlieren.

**Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Recht, Gewerkschaften zu bilden und mit Arbeitgebern Arbeitsbedingungen auszuhandeln, ist anerkanntes Menschenrecht. Gleichwohl werden Gewerkschaftsrechte in vielen Ländern dieser Welt mit Füßen getreten. Deshalb gibt es schon seit langer Zeit eine gute Kooperation zwischen der IG Metall und Amnesty International.

Wir freuen uns, dass heute die Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International Frau Selmin Çalişkan bei uns ist und gleich über die aktuelle Arbeit von Amnesty International berichten wird.

Amnesty International nimmt keine staatlichen Gelder an, um unabhängig zu bleiben. Gleichzeitig braucht Menschenrechtsarbeit Geld. Deshalb wollen wir auch auf diesem Gewerkschaftstag diese Arbeit mit einer Spende unterstützen. So ist es guter Brauch auf unseren Gewerkschaftstagen.

Vielen von Euch haben sich an der Spendenaktion beteiligt. Dafür zunächst mein herzlicher Dank. (Beifall) Der IG Metall-Vorstand hat beschlossen, den gesammelten Betrag auf die runde Summe von 60.000 Euro aufzustocken. (Beifall - Pfiffe)

Und so freue ich mich sehr, heute diesen Scheck an Sie, Frau Çalışkan, überreichen zu können. Sie haben viele Jahre in Afghanistan für „medica mondiale“ gearbeitet. Das ist eine Organisation, die traumatisierte Frauen in Kriegs- und Krisengebieten betreut. Auch aus diesem Grund glaube ich, dass hier und heute kaum jemand mehr besser etwas zum Thema Menschenrechte erzählen kann als Sie. Ich möchte Sie bitten, zu mir auf die Bühne zu kommen. (Jörg Hofmann übergibt Frau Çalışkan unter dem Beifall der Delegierten einen Scheck über 60.000 Euro)

### **Selmin Çalışkan, Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland**

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich wirklich, heute hier zu sein. Ich bin total überwältigt von Ihrer Anzahl und davon, dass Sie GewerkschafterInnen sind; denn auch Sie wissen natürlich, wie die Lage in anderen Ländern ist. Darauf werde ich aber später noch zu sprechen kommen.

Wir erwarten Flüchtlinge, und es kommen Menschen. Das ist frei nach Max Frisch, der in den Sechziger Jahren diesen Satz geprägt hat. Der Satz von Max Frisch hieß: „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.“ Dieser Satz hat das Dilemma aufgezeigt, dass die Gesellschaft erst lernen musste, mit Einwanderung von sogenannten fremden Menschen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern Europas umzugehen.

Ich möchte die Parallelen von damals zu heute aufrufen und darauf hinweisen, welche Rolle wir dabei als GewerkschafterInnen und wir von Amnesty International als MenschenrechtsverteidigerInnen spielen.

Allein über 700.000 türkische Arbeitsmigranten und -migrantinnen kamen zwischen 1960 und 1970 nach Deutschland. Meine Eltern waren 1961 unter ihnen. Ich bin stolz auf meine Eltern, wenn ich heute vor ihnen stehe, weil meine Eltern auch ArbeiterInnen waren, dass sie einen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung von Deutschland geleistet haben und dass sie die Courage und den Mut hatten, diesen schmerzhaften Schritt zu machen, alles hinter sich zu lassen, nach Deutschland zu kommen und hier ein neues Leben aufzubauen.

Wir alle haben einen Beitrag dazu geleistet, übrigens auch die IG Metall. Das steht zwar nicht in meinem Manuskript. Aber ich weiß, dass die IG Metall eine der ersten Organisationen war, die in ihren eigenen Reihen Platz gemacht hat für ausländische

ArbeitnehmerInnen, die damals kamen. Dafür wollte ich Ihnen persönlich auch noch einmal danken. (Beifall)

Insgesamt liegt die Zahl von AusländerInnen in der Bundesrepublik heute bei 7,3 Millionen. Und es gibt vier Millionen Eingebürgerte, zu denen ich auch gehöre, und SpätaussiedlerInnen, die nicht mehr in der Ausländerstatistik geführt werden.

Als Gewerkschafter wissen Sie natürlich um die wirtschaftliche Motivation auf beiden Seiten, die damals zu der Einwanderung führten. Als Bürger und Bürgerinnen wissen wir und wissen Sie alle davon, dass es eine große menschliche Aufgabe und Herausforderung ist, die diese Einwanderung mit sich brachte, um damit in der Gesellschaft auch adäquat umzugehen.

Der Unterschied war: Damals war es ein Angebot der Wirtschaft, und heute ist es ein Gebot der Menschlichkeit und der Menschenrechte. Damals war es eine nationale Aufgabe, die sich nur auf Deutschland bezog. Aber heute ist es eine EU-weite Aufgabe, aber auch eine internationale Aufgabe, auch wenn einige Staaten, wie ich finde, es immer noch nicht wahrhaben wollen, dass Menschenrechte in der Sicherheits-, in der Außenpolitik und in der Wirtschaftspolitik als wirklich wichtiges Kriterium für eine nachhaltige Entwicklung in der Welt auftauchen. Das Wort Menschenrechte taucht also nur in Sonntagsreden auf, nur wenn es um Moral geht, aber nicht, wenn es um Werte und um eine Norm geht, die man auch rechtlich erkämpfen können sollte oder erkämpfen muss.

Ein kleines Beispiel ist der Nationale Aktionsplan. Ich hatte eben mit Herrn Berger darüber gesprochen; er fand es interessant. Ich weiß nicht, ob die Gewerkschaften in Deutschland beteiligt sind an diesem Nationalen Aktionsplan zu Wirtschaft und Menschenrechte. Darin geht es zum Beispiel darum, diese Corporate Responsibility Standards festzusetzen für deutsche Unternehmen, die sich im Ausland wirtschaftlich betätigen, die dort Menschen anstellen, manchmal unter sehr schlechten Bedingungen. Ich finde, die Gewerkschaften in Deutschland müssten ein Auge darauf haben, dass diesem Nationalen Aktionsplan ein richtig Gutes Leben eingehaucht wird. Schauen Sie einfach einmal nach. In Mexiko gibt es übrigens auch einen. Ich weiß ja, dass Sie international arbeiten. (Beifall) Von dem Standpunkt aus betrachtet, heißt das: Die Gewerkschaftsbewegung und die Menschenrechtsbewegung haben einige Dinge, die sehr gleich sind, wir haben vieles gemeinsam.

Seit Jahren nutzt Amnesty International auch den 1. Mai, den Tag der Arbeit, immer dazu, um weltweit auf die Situation von verfolgten und inhaftierten GewerkschafterInnen hinzuweisen und Menschen dazu zu animieren, dass sie unsere Eilaktionen, die einige von Ihnen kennen, unterstützen. Ich vermute, dass einige von Ihnen Unterstützer oder sogar Mitglieder von Amnesty International sind.

Zwei Beispiele: Wir haben ein Beispiel aus Myanmar. Da geht es um eine Rettungseilaktion. Diese läuft zu einem Arbeitsrechtsaktivisten in Myanmar.

In knapp drei Wochen, am 8. November 2015, finden in Myanmar Wahlen statt. Für uns ist das Anlass gewesen, den Präsidenten von Myanmar aufzufordern, eine Amnestie zu erlassen und alle gewaltlosen politischen Gefangenen freizulassen. Zu ihnen gehören zwei führende Gewerkschafter, die im September zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt wurden.

Zwei weitere Aktivisten, die sich für Arbeitsrechte einsetzen, stehen gegenwärtig vor Gericht. Und warum? Weil sie streikenden Arbeiterinnen in der Textilindustrie gesagt haben, was ihre Rechte sind.

Für uns als Amnesty ist es sehr, sehr wichtig. Ich sitze hier so vielen Menschen gegenüber, die alle engagiert sind. Sonst wären Sie nicht hier. Bitte, schauen Sie auf unserer Website auf die Eilaktionen. Die laufen bis zum 10. November. Je mehr Unterschriften wir sammeln können, umso mehr ist der Erfolg sicher, dass wir diesen GewerkschafterInnen helfen können. (Beifall)

Ich habe noch ein Beispiel aus Kolumbien vergessen. Das fand ich ziemlich - ich sage das hier vor dem Mikrofon mal so - krass. Gewerkschaftsmitglieder in Kolumbien erhalten regelmäßig Morddrohungen. Am 11. Januar haben ein Gewerkschafter und eine Menschenrechtsverteidigerin im Departamento Atlantico ein Flugblatt von einer paramilitärischen Gruppierung, die sich „Schwarzer Adler“ nennt, erhalten. In diesem Schreiben werden GewerkschafterInnen, Menschenrechtsorganisationen, LandrechtsaktivistInnen - weil das ein großes Thema auch jetzt im Friedensprozess ist - und Rechtsbeistände von Betroffenen zu militärischen Zielen erklärt. In dem Schreiben heißt es wörtlich: „Verlasst das Land, oder versteckt Euch wie die Ratten; denn wir werden Euch erledigen, einen nach dem anderen.“ Das ist das, was in Kolumbien GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen aushalten müssen. Das ist deren Arbeits- und Lebenssituation.

Diese Wortwahl kommt Euch natürlich auch bekannt vor, aber nicht in diesem Kontext, sondern in einem anderen Kontext, nämlich auf Facebook, in Dresden vor der Frauenkirche, in Reichertshofen vor dem geplanten Flüchtlingsheim und auch an vielen weiteren Stellen und Orten in ganz Deutschland, also nicht nur im Osten.

Ganz offen werden nicht nur Einwanderer und Flüchtlinge bedroht, sondern auch Journalisten, Bürgermeister, AktivistInnen, HelferInnen und all jene, die sich für das Recht auf Asyl, das Recht auf Arbeit, auf Bildung, Gesundheit und Unterkunft einsetzen. Tendenz steigend, würde ich sagen. Ich war am Montag auf der Herzstadt-

Hetze-Demo in Dresden, und ich war sehr erschrocken von dem, was ich dort gesehen habe.

Umso mehr freue ich mich, dass ich heute hier bei Euch sein kann; denn ich weiß: Wir stehen angesichts dieser Drohungen Seite an Seite. Ich denke, auch in Bezug auf die aktuelle Bedrohung der Menschenrechte in unserem Land, also auch im Hinblick auf die Unterbringung von Flüchtenden, gibt es sehr viel Unterstützung hier in diesem Raum. (Beifall)

Jetzt müsste eigentlich ein Video kommen. (Einspielung eines Videos - Beifall nach der Einspielung)

Ihr habt es gerade gesehen. Die weltoffenen fortschrittlichen Kräfte, die demokratischen Kräfte in Deutschland organisieren und formieren sich. Unter den Erstunterzeichnern waren natürlich auch Nichtregierungsorganisationen, zum Beispiel auch der DGB. Der gehörte zu den ersten zehn Unterzeichnern. Darüber haben wir uns sehr gefreut.

Wir haben den Aufruf gestartet - 70 Jahre nach Kriegsende, 50 Jahre nach der ersten Masseneinwanderung in Deutschland und 25 Jahre nach der Wiedervereinigung - für ein gemeinsames, breit verankertes Selbstverständnis, nämlich dass Asyl ein Menschenrecht ist, das nicht relativierbar ist. (Beifall)

Aus unserer Sicht gehören Solidarität, Humanität und Mitgefühl zu Deutschland, aber auch zu einem Europa, und unsere Vielfalt macht uns stark darin. Wir gehören zu einem offenen Europa. Das soll dieser Aufruf auch sagen.

Wir begreifen in dem Aufruf das Ankommen von neuen Menschen, die aus der Not zu uns flüchten, auch als Chance. Wir wissen natürlich auch, dass es eine große Herausforderung ist, damit umzugehen. Aber ich denke, wir können damit umgehen.

Wir fordern in dem Aufruf, dass in der Politik, die jetzt gemacht wird, Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben in einer menschlichen und von Vielfalt geprägten Gesellschaft geboten werden müssen. In Deutschland haben wir eine besondere Verantwortung dafür. Zwischen 1960 und 1990 haben wir, finde ich, gute Erfahrungen gemacht. Es gibt einen breiten Erfahrungsschatz. Bei Ihnen, bei der IG Metall, muss ich gar nichts zum Thema Partizipation von Menschen mit Migrationsbiografie sagen. Aber auch in anderen Bereichen der Gesellschaft, auch bei anderen Akteuren gibt es diesen Erfahrungsschatz. Ich finde, den können wir jetzt gut gebrauchen und einsetzen, um das Ankommen von vielen Flüchtenden in Deutschland kompetent und engagiert zu gestalten.

Angesichts der rassistischen Gewalt gegen Schutzsuchende und angesichts von rechtsextremem Populismus, so wie ich das am Montag in Dresden gesehen habe, wollen wir mit diesem Aufruf ein Zeichen der Solidarität setzen. Das große Engagement für die Flüchtlinge in den vergangenen Wochen hat ja gezeigt, dass es immer noch einen breiten Konsens gibt. Aber wir müssen aufpassen.

Für mich geht es um die schnelle Integration - das steht übrigens so in meinem Manuskript; ich hasse das Wort Integration und sage stattdessen immer Partizipation - von Flüchtlingen in gute Arbeit und Ausbildung. Aus unserer Sicht sind menschenrechtliche gute Arbeitsbedingungen und Mindestlohnstandards unverzichtbar. Das sagte auch Annelie Buntenbach, und Herr Hoffmann hat das übrigens noch in den Aufruf hineingeschmuggelt, hat also dafür gesorgt, dass das Thema mit aufgenommen wird. Wir waren dafür natürlich sehr offen, weil es für uns sehr wichtig ist, wie jetzt mit den Ankommenden auch auf dem Arbeitsmarkt umgegangen wird.

Den Aufruf haben bisher mehr als 80 Organisationen unterzeichnet, und es gibt über 13.000 individuelle Unterzeichner. Ich bin heute hier, um dafür zu werben. Es ist eine überparteiliche Initiative. Amnesty hat sie angestoßen. Aber wir stehen in einer Reihe, wie Sie auch auf den Bildern gesehen haben.

Innerhalb dieses Bündnisses wollen wir in der Zivilgesellschaft schauen, ob wir Aktionen zusammen machen können, ob wir gemeinsam Pressearbeit zu verschiedenen Dingen machen können, die in den nächsten Monaten und Jahren noch passieren werden. Vielleicht können wir uns gemeinsam verstärken, um den Udemokraten und den Kleindenkern nicht kampflos das Feld in Deutschland zu überlassen. (Beifall)

Also: Lasst uns dafür sorgen, dass das aufhört und dass wir Menschen in Not weder an den EU-Grenzen noch in Deutschland alleine lassen. Lasst uns weiter zusammen für die Menschenrechte kämpfen - IG Metall und auch Amnesty International -, nicht nur in Deutschland, sondern auch international. - Vielen Dank, dass ich heute bei Ihnen sein durfte und hier sprechen durfte. (Beifall)

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Vielen Dank, Frau Çalışkan, für Ihr Grußwort. Seien Sie versichert, dass die IG Metall für Ihre Arbeit und Ihre Organisation, Amnesty International, eine außerordentlich hohe Wertschätzung hat. - Vielen Dank noch mal. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, bevor wir jetzt weiter mit der Antragsberatungskommission fortfahren, ordne ich gerade mal meine Zettelwirtschaft.

Ich möchte als Erstes darauf hinweisen, dass Ihr weitere Fahrpläne auf Euren Tischen findet. Ihr findet darin auch eine jetzt verteilte Broschüre zu dem Thema Mitbestimmung im Sozialstaat. Ich möchte das zum Anlass nehmen, den Verteilerinnen und Verteilern, die hier fleißige Arbeit verrichten, meinen recht herzlichen Dank zu sagen, auch in Eurem Namen. (Beifall)

Die Broschüre stammt von Heribert Prantl; ihn werdet Ihr kennen von der Süddeutschen Zeitung. Er nennt Mitbestimmung darin „Demokratieverstärkersystem“ und beschreibt nicht nur Entwicklung und Status quo, sondern fordert uns auch ausdrücklich auf, weitere Wege zum Ausbau wirtschaftlicher Mitbestimmung zu entwickeln. Ich glaube, das ist in unserem Sinne. Lest Euch das durch, und legt Euch das nicht nur unter das Kopfkissen!

Ein zweiter Hinweis: Die Kollegin Hertha aus dem Bezirk Küste hat mich gebeten, für das VKL-Projekt „We laugh for kids' life“ zu werben. Das ist ein Projekt, das in Ghana ein Haus für Straßenkinder baut. Hertha weist darauf hin, dass bisher durch den Verkauf der Pixi-Bücher 1.200 Euro für dieses Projekt gespendet wurden. Herzlichen Dank dafür! (Beifall) Für alle, die das Projekt weiter unterstützen wollen, und für alle Pixi-Buch-Fans sei gesagt: Es ist eine neue Lieferung eingetroffen. (Beifall)

Dann möchte ich noch darauf hinweisen, dass Ihr vielleicht auch einmal bei unseren Kolleginnen und Kollegen von der Roadshow vorbeiguckt. Die sind unmittelbar unten im Eingangsbereich, und sie würden sich in der nächsten Pause freuen, wenn Ihr da vorbeikommt.

Letzter Hinweis: Das Präsidium hat gehört, dass es einige Nervosität bei Euch gibt, und zwar dergestalt, dass man zu lange Pausen machen würde und es vielleicht dann nicht ausreichen würde, genügend Diskussionsraum zu haben. Ich möchte Euch versichern, dass das Präsidium alles dafür tut, um im zeitlichen Rahmen dieses Gewerkschaftstages jeder Kollegin und jedem Kollegen zu jedem Sachgebiet die Möglichkeit zu eröffnen, sich hier vor dem Plenum auszutauschen und zu diskutieren. Dafür sind wir schließlich von Euch gewählt, und wir werden das sicherstellen. Vielen Dank. (Beifall)

Dann können wir da einsteigen, wo wir vor der Mittagspause geendet haben.

Ich rufe erneut den Antrag 1.110 auf.

#### **Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt ihn vor Euch liegen. Wir wollten Folgendes dazu sagen: Der Antrag wendet sich gegen Diskriminierungen von Flüchtlingen

durch Vorrangprüfung. Wir haben mit dem Antrag Hannover, dem Vorantrag eben, einen verbesserten Zugang für Flüchtlinge zu Praktika und Qualifizierungen beschlossen.

Es ist seit der Stellung dieses Antrags schon eine ganze Reihe von gesetzlichen Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge in Kraft getreten. Wir haben auch hier auf dem Kongress die Flüchtlingserklärung beschlossen und abgestimmt, mit einer sehr ausgewogenen Erklärung, die gleichzeitig beinhaltet, Arbeitsperspektiven und Berufsperspektiven für Flüchtlinge zu ermöglichen, gleichzeitig aber auch einen Schutz vor Verdrängungsmechanismen am Arbeitsmarkt beizubehalten.

Die Vorrangprüfung ist einer der Schutzmechanismen gegenüber Verdrängungsmechanismen. Neuerdings müssen wir feststellen, dass die Arbeitgeber die ersatzlose Streichung der Vorrangprüfung wollen, weil es ihrem Grundsatz der Deregulierung des Arbeitsmarktes entspricht, aber auch, weil sie sich davon versprechen, mit den Flüchtlingen einen erleichterten Zugang zu billigen Arbeitskräften zu bekommen.

Das Ganze und diese Entwicklung der letzten Wochen hat uns dazu gebracht, dass wir Euch jetzt vorschlagen, diesen Antrag von Berlin - den wir nach wie vor unterstützen in dem Sinne, dass die diskriminierenden Regelungen, die in der Vorrangprüfung auch drin sind, weiter beseitigt werden - nicht so einfach zur Annahme vorzuschlagen, sondern zur Annahme als Material an den Vorstand, damit aus all den Beschlüssen, die wir gefasst haben, und diesem Beschluss zusammenhängend eine Beschlussfassung und ein Statement nach außen gehen, die einheitlich sind.

Das steht zwar so nicht drin, aber es könnte missbraucht werden von den Arbeitgebern, um ihre Position, die sie im Augenblick in der Arbeitsagentur in Nürnberg haben, zu vertreten.

Deshalb würde ich Euch bitten, der geänderten Empfehlung der Antragsberatungskommission - Annahme als Material für den Vorstand - zu folgen.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Wir steigen sofort in die Abstimmung ein. Wer für den Vorschlag der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Recht herzlichen Dank. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag 1.111 auf.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da haben wir mal wieder eine Ablehnung. Der Antragsteller fordert eine Organisationsstrategie für undokumentierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer/Wanderarbeiter. Wir haben auch in Köln das Projekt „Faire Mobilität“ unterstützt, das vom DGB organisiert wird.

Das soll auch nach Möglichkeit weitergeführt werden. Wir lehnen diesen Antrag aber ab, weil er sozusagen über den DGB hinaus das noch mal zum Projekt der IG Metall machen will. Und irgendwo muss man auch mal seine Grenzen erkennen können. Das ist beim DGB gut angesiedelt, denn bei all diesen Betroffenen handelt es sich nicht spezifisch um Beschäftigte im Organisationsbereich der IG Metall, sondern da geht es um Hilfestellungen für alle undokumentierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir haben das in Köln so gemacht, dass wir auch die Ressourcen der IG Metall selbstredend dem DGB bei der Organisation dieses Projekts zur Verfügung stellen. Und so sollte das auch bleiben. In diesem Sinne - nur in diesem Sinne - bitten wir um die Ablehnung dieses Antrags.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Uns liegt eine Wortmeldung vor: Steffi Kaygusuz-Schurmann, Verwaltungsstelle Cottbus, Bezirk Berlin Brandenburg-Sachsen, Delegiertennummer 290. - Bitte.

**Stefanie Kaygusuz-Schurmann, 290**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin ein bisschen aufgeregt, seht mir das bitte nach. Ich komme aus der antragstellenden Verwaltungsstelle in Cottbus, und ich bin selber seit 16 Jahren haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit und an der Schnittstelle Migration und Arbeit tätig.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt unseren Antrag zur Ablehnung, wie Ihr gerade gehört habt. Wir verstehen die Argumentation der ABK und können da auch erst einmal so mitgehen. Ich will aber trotzdem noch ein paar ergänzende Ausführungen machen, die unseres Erachtens sonst unter den Tisch fallen würden, und weil unser Antrag auch an der einen oder anderen Stelle etwas unklar formuliert war und weil Aspekte fehlen.

Das große Defizit von „Fairer Mobilität“ besteht darin, dass es sich nur an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten wendet. Im Blick hat das Projekt nicht die Drittstaatenangehörigen und auch nicht

die vielen geflüchteten Menschen. Diese Personengruppen sind aber ebenfalls besonders gefährdete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund ihres unsicheren Aufenthaltsstatus leichter in Gefahr geraten, Opfer von unsäglichen Arbeitsbedingungen und von Arbeitsausbeutung zu werden. Dazu ein paar kurze Ausführungen.

Wir können nicht auf der einen Seite gleiche und gute Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unsere Branchen fordern und auf der anderen Seite die Augen verschließen vor den Problemen unserer Kolleginnen und Kollegen aus den Drittstaaten. Diese Kolleginnen und Kollegen leben und arbeiten ja oft mit einer legalen Arbeitserlaubnis in Deutschland. Allerdings ist ihr Aufenthalt häufig unsicher, weil dieser in der Regel an eine Arbeitserlaubnis gebunden ist, die wiederum abhängig von einer konkreten Arbeitsstelle ist.

Die Arbeit zu verlieren bedeutet dann auch, das Recht auf Aufenthalt in Deutschland zu verlieren. Aufgrund dessen nehmen diese Menschen schlechtere Arbeitsbedingungen in Kauf und können auf eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit verweisen, Opfer von Arbeitsausbeutung zu werden. In der Regel kennen diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht ihre Rechte, wissen nicht, wer Hilfe und Beratung anbietet, oft müssen sie Schulden bei sogenannten Migrationsagenturen abzahlen und ihre Familien in den Herkunftsländern mitfinanzieren.

Wir können außerdem nicht - wie in dem vorangegangenen Antrag - fordern - das ist jetzt das Dilemma, das gerade erklärt wurde -, dass Geflüchteten ein sofortiger und uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten ist, und gleichzeitig mit den Konsequenzen dieser Forderung nichts mehr zu tun haben wollen. Nicht jeder Asylsuchende in Deutschland erhält auch tatsächlich Asyl. Das hat oft nichts damit zu tun, dass die Menschen nicht asylberechtigt wären, sondern damit, dass die Hürden im Asylverfahren unglaublich hoch sind.

Um dann trotzdem eine dauerhafte Bleibeperspektive zu bekommen, ist der Nachweis einer Arbeitsstelle oft unumgänglich - ein Weg, den viele Asylsuchende, aber auch viele Geduldete gehen. Auch hier ist der Nährboden für schlechte Arbeitsbedingungen gegeben, weil Geflüchtete ebenfalls besonders gut erpressbar über ihren Aufenthaltstitel sind. Dass dies ein generelles und strukturelles Problem ist, beweist die Tatsache, dass Politikerinnen und Politiker nun beginnen, einen zweiten, vom Mindestlohn unabhängigen Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen zu fordern, was - wie wir gerade gehört haben - jetzt die Arbeitsagentur in Nürnberg auch versucht.

Hinzukommt, dass wir außer dem Verweis auf das Projekt „Faire Mobilität“ keine eigenen verbindlichen Handlungsstrategien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten vorweisen können.

Kommt es in unserem eigenen Organisationsbereich zu Fällen von desolaten Arbeitsbedingungen oder Arbeitsausbeutung dieser Menschen, dann gibt es in der Regel zwei Szenarien - die habe ich jetzt ein bisschen zugespitzt -: Erstens: Die Skandalisierung der Situation und eine Mobilisierung von Solidarität scheitert mit dem Verweis auf fehlende Zuständigkeit sowie Unkenntnis der Sach- und Rechtslage. Zweitens: Es findet sich ein Gewerkschafter, der sich eben diesem Einzelfall dann annimmt.

Wir finden, die IG Metall als größte Gewerkschaft kann sich da nicht aus der Verantwortung ziehen. Es wird in Zukunft nicht mehr reichen, dass wir auf das Projekt „Faire Mobilität“ verweisen. Wir brauchen in unserem Vorstand, in unseren Bezirken, in unseren Verwaltungsstellen und in unseren ehrenamtlichen Strukturen eine einheitliche Linie, verbindliche Absprachen und Handlungsstrategien. Es wird nicht mehr genügen, dass wir nur im Einzelfall reagieren.

Es darf nicht sein, dass sich in unserer Gewerkschaft niemand für das Thema verantwortlich fühlt und Beraterinnen und Berater von Betroffenen lediglich auf engagierte Einzelgewerkschafter hoffen können. Wir finden es wichtig, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Drittstaaten sowie undokumentierte und geflüchtete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schulen, zu begleiten, aufzuklären und zu beraten und sie in unsere gewerkschaftliche Solidargemeinschaft aufzunehmen.

Das kann zum Beispiel ganz niederschwellig damit beginnen, dass wir in Sprach- und Integrationskursen auch über Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte sprechen. Das passiert zum Teil schon, und was da manchmal an wirklich gruseligen Geschichten erzählt wird, das könnt Ihr Euch nicht vorstellen.

Aber im Grund geht es auch darum, die vorhandenen Strukturen im DGB, also „Faire Mobilität“, aufzuwerten und aufzustocken, damit wir zusätzlich eine effektive Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen, die geflohen sind oder aus Drittstaaten kommen, gewährleisten können. Wir erwarten, dass unserem klaren Bekenntnis vom Montag jetzt entsprechende Taten folgen. Es kann bei dem Thema nicht bloß bei einer Resolution bleiben. - Danke schön. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Vielen Dank, Steffi. Sei versichert: Von Deiner Nervosität hat man gar nichts gemerkt. - Bitte, Witich!

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Es ist kein weiterer Antrag gestellt worden. Wir bleiben bei dem Antrag.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Okay. Dann kommen wir zur Abstimmung. - Wer der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Danke. Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Gut.

Ich rufe auf den Antrag 1.112 und den Antrag 1.113.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Wir empfehlen die Annahme in geänderter Fassung. Wir haben das ein bisschen präzisiert und annahmefähig gemacht. Einer der besonderen Punkte dabei ist auch die Nutzung des Instruments des anonymisierten Bewerbungsverfahrens, was die Nordhessen hier reinbringen, um Maßnahmen gegen Diskriminierung beim Zugang zu Arbeitsplätzen weiter voranzubringen.

Wie gesagt: Wir haben Präzisierungen unternommen. In dem Sinne können wir Euch auch guten Gewissens die Annahme dieses Antrags empfehlen.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke, Witich. - Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit können wir sofort in die Abstimmungen einsteigen. - Wer der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit einstimmig. Vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag 1.114.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da geht es darum, dass wir mehr dafür tun, dass auch Migranten am dualen Studium beteiligt werden. In der Ausbildung sind Migranten schon in starkem Maße vertreten. Bei diesem neuen, sich massenhaft durchsetzenden Ausbildungsgang des dualen Studiums gibt es da noch ein großes Leck. Der Antrag dient dazu, das zu schließen. Die Änderung dient nur dazu, den Antrag annahmefähig zu machen. Wir empfehlen Annahme in geänderter Fassung.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. - Wer der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. - Gegenprobe! - Keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Ich rufe auf den Antrag 1.115.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da geht es auch um die Chancengleichheit, diesmal in der Sphäre der Weiterbildung. Das ist ein völlig berechtigtes Antragsbegehren und erweitert den gleichen Grundgedanken, der in der Entschließung steckt. Deswegen: Annahme als Material zur Entschließung und damit Erweiterung auch der inhaltlichen Aussagen der Entschließung.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich frage an: Wer der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. So der Antragsberatungskommission gefolgt.

Ich rufe den Antrag 1.116 auf.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Ganz einfach: Annahme. Der Antrag fordert für den Bereich der Behindertenpolitik die Sicherstellung einer intensiven Koordinierung innerhalb der IG Metall-Strukturen vom Vorstand über die Bezirke bis in die Verwaltungsstellen. Das ist angesichts der zunehmenden Bedeutung der Behindertenpolitik und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein wichtiges Anliegen, nicht nur für die Kollegen von Salzgitter-Peine, sondern soll es für die ganze IG Metall sein. Deswegen schlagen wir schlicht vor: Annahme.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung so der Antragsberatungskommission gefolgt.

Ich rufe auf den Antrag 1.117.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Jugendausschuss beim Vorstand hat einen Antrag entwickelt, der auf die Verbesserung der betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zielt. Das Antragsbegehren unterstützen wir. Es wird vorgeschlagen, dass man sich klar gegen die sogenannten Behindertenberufe positioniert. Es gibt in dem Antrag allerdings ein paar Formulierungen, die wir korrigieren und präzisieren mussten, um das wichtige Anliegen tatsächlich beschlussfähig zu machen.

Wir schlagen deswegen vor: mit den Änderungen, die Ihr sehen könnt, Annahme in geänderter Fassung.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Ich frage an: Wer der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine. So der Antragsberatungskommission gefolgt. Vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag 1.118.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

In diesem Antrag geht es um die Novellierung des SGB VI und des SGB IX. Es geht um die Kraftfahrzeughilfe-Verordnung, Hilfsmittel für behinderte Arbeitnehmer. Auch da haben wir präzisieren müssen, um den eigentlich sinnvollen Antrag annahmefähig zu machen. Wir schlagen vor: Annahme in geänderter Fassung.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Wer der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag 1.119.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Das ist ein Antrag des Jugendausschusses. Es geht um die Antidiskriminierung. In diesem Falle wendet sich der Antrag gegen Sexismus und Homophobie. Unsere Beschlussempfehlung lautet: Annahme als Material an den Vorstand.

Es werden eine ganze Reihe praktischer Vorschläge gemacht, was man innerhalb der IG Metall machen kann, um auf das Thema Homophobie und Sexismus aufmerksam zu machen. Das geht von Aufklärungsflyern über Grundlagenseminare bis zu der Frage, wie man sich organisiert, ob es dazu einen bundesweiten Arbeitskreis gibt.

Das sind Dinge, die im Vorstand präzisiert werden müssen. Es muss genau abgecheckt werden, welches die sinnvollsten Formen sind. Deswegen ist für uns die adäquate Beschlussempfehlung: Annahme als Material an den Vorstand. Wir unterstützen das Anliegen, das der Jugendausschuss zum Ausdruck bringt, aber es sind sehr praktische Maßnahmen im Antrag enthalten. Diese müssen im Vorstand koordiniert werden. Ich denke, das geschieht in Zusammenarbeit mit dem Jugendausschuss.

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Hier liegt uns eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Monika Claar, Verwaltungsstelle Mittelhessen, Bezirk Mitte, mit der Delegiertennummer 134. Liebe Monika, Du hast das Wort.

#### **Monika Claar, 134**

Hallo, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich gern kurz zum Antrag Antidiskriminierung äußern und dessen Wichtigkeit hervorheben. Wir, die IG Metall, bilden den Querschnitt der Gesellschaft ab. Auch innerhalb unserer Organisation finden wir leider bewussten oder unbewussten Sexismus oder Homophobie vor. Die Erfahrungen aus unserer Bildungsarbeit bestätigen dies und zeigen, dass wir das Thema grundsätzlich behandeln müssen. Deswegen sollen ein Grundlagenseminar und ein Arbeitskreis entstehen. Sie sollen für die Themen Sexismus und Homophobie und gegen jegliche Diskriminierung sensibilisieren. (Beifall)

Wichtig ist für uns dabei, dass diese Angebote für alle Mitglieder der IG Metall offen sind, egal welche Funktionen sie innehaben.

Wir hätten uns natürlich auch gefreut, wenn die Antragsberatungskommission die Empfehlung auf Annahme gesetzt hätte, können aber auch mit der aktuellen Empfehlung mitgehen. Wichtig ist, dass das Thema auf der zukünftigen Agenda steht.

Auf unserer diesjährigen Jugendkonferenz haben wir diesen Antrag einstimmig beschlossen. Doch das Thema betrifft nicht nur die Jugend, sondern unsere komplette Gesellschaft und damit uns alle, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir als IG Metall

stehen für Vielfalt in unserer Gesellschaft und gegen jegliche Art von Diskriminierung ein.

Deshalb bitten wir Euch, beim Antrag 119 der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu folgen. - Danke schön. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Liebe Monika, danke. - Witich, hast Du noch Anmerkungen? - Nicht. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann können wir gleich in die Abstimmung eintreten. Ich frage an: Wer dem Vorschlag der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Dann ist der Antragsberatungskommission so gefolgt.

Ich rufe auf die Anträge 1.120 und 1.121.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Mirko, das ist der Antrag Deiner Verwaltungsstelle. Er wird jetzt erledigt durch den Frankfurter Antrag.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Ich weiß, es ist der weiter gehende Antrag. Das ist in Ordnung. Ich habe es mit den Kollegen bei uns zu Hause schon besprochen.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Es ist ein etwas außergewöhnlicher Antrag, denn er bezieht sich auf eine weit zurückliegende Angelegenheit, nämlich den sogenannten Radikalenerlass, der in der Bundesrepublik Deutschland in den Siebzigerjahren zu Berufsverboten geführt hat, als viele der Delegierten, die jetzt als junge Delegierte hier sind, noch gar nicht geboren waren. Willy Brandt hat den Radikalenerlass später als einen seiner größten Fehler bezeichnet.

Diese Berufsverbote betreffen den öffentlichen Dienst. Insofern wundert man sich, dass wir uns jetzt damit beschäftigen. Aber es war ein sehr politischer Prozess, der in einer ganzen Generation in Deutschland zu großen Einschüchterungen geführt hat. Indirekt betroffen war damals auch der jetzige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Kretschmann.

Es gibt im Augenblick Diskussionen auch im DGB, die lauten: Man will die Abschaffung dieser Radikalenerlasse - sie existieren noch immer, werden im Augenblick aber nur nicht eingesetzt -, man will, dass die Betroffenen rehabilitiert werden und dass, weil sie alle langsam ins Rentenalter kommen, ihre Rentenversicherungsansprüche geprüft werden für den Fall, dass sie damals eingestellt worden wären, dass sie also entsprechend entschädigt werden.

Der Antrag fordert, dass der Vorstand entsprechende Initiativen einleitet. Wir sind der Meinung, das ist eine Angelegenheit des DGB. Wir haben die Beschlussempfehlung so geändert, dass wir gesagt haben: Der Vorstand wird aufgefordert, entsprechende Initiativen des DGB in den Bundesländern und Bundesbehörden zu unterstützen.

Wir wollen damit ein Signal geben, damit dieser unselige Radikalenerlass endgültig gestrichen wird, damit er sozusagen als Drohpotenzial endlich aus der Welt kommt. (Beifall) Das ist das, was wir als Antragsbegehren hier unterstützen möchten und deswegen zur Annahme empfehlen.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Zu den beiden Anträgen liegt uns eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Dieter Diehl von der Verwaltungsstelle Esslingen, Bezirk Baden-Württemberg, mit der Delegiertennummer 407. Dieter!

**Dieter Diehl, 407**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Dieter Diehl, VK-Leiter bei der Firma Eberspächer in Esslingen. Ich begrüße die Anträge zur Rehabilitierung der von dem Berufsverbot Betroffenen. Ich begrüße diese Anträge, weil ich es wichtig finde, dass Menschen, die sich ein demokratischeres Wirtschaftssystem als den heutigen Kapitalismus vorstellen können, beruflich nicht eingeschränkt werden dürfen. Deshalb würde ich es auch begrüßen, wenn unser neuer Vorstand wie alle andern DGB-Gewerkschaften die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufhebt. Lasst uns die Einheitsgewerkschaft hüten wie unseren Augapfel, wie es uns Willi Bleicher aufgetragen hat. - Vielen Dank. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir in die Abstimmung eintreten. Wer dem Vorschlag der Antragsberatungskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen; vielen Dank auch im Namen der Verwaltungsstelle Heidelberg. (Heiterkeit)

Ich rufe auf den Antrag 1.122.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da geht es um das Antragsbegehren: Die IG Metall wird aufgefordert, Informationsmaterial zur AfD zur Verfügung zu stellen. Das unterstützen wir. Wir haben es ein bisschen präzisiert und bitten Euch, diesen Antrag in geänderter Fassung anzunehmen. Er ist sogar noch ein bisschen aktueller geworden als zur der Zeit der Antragstellung.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Es liegen zu diesem Antrag keine Wortmeldungen vor. Wer der Antragsberatungskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Bei einigen wenigen Enthaltungen so gefolgt.

Ich rufe auf den Antrag 1.123

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag schlägt eine große Brücke zwischen der historischen Aufarbeitung der Zeit des Faschismus und der aktuellen Flüchtlingsproblematik und enthält auch praktische Vorschläge und Konsequenzen für die Bildungspolitik zur besseren Integration von Flüchtlingen. Wir empfehlen Annahme als Material zur Entschließung, weil er die Entschließung noch erweitert.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Jonathan Möller von der Verwaltungsstelle Kiel-Neumünster, Bezirk Küste, Delegiertenummer 212. Jonathan, Du hast das Wort.

**Jonathan Möller, 212**

Moin moin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir, die IG Metall-Jugend, sind der Meinung, dass wir einen klar definierten zukunftsorientierten Antifaschismus brauchen. Wenn wir uns die NS-Vergangenheit anschauen, die weder in der Gesellschaft noch in den Betrieben umfassend aufgearbeitet wurde, müssen wir leider feststellen, dass viele Bürger, Medien, Politiker nichts daraus gelernt haben und immer noch Rassismus und Rechtspopulismus verbreiten.

Ich schäme mich dafür festzustellen, dass öfter noch einen Schritt weitergegangen wird und regelmäßig Erstaufnahmeeinrichtungen in Deutschland niedergebrannt werden. (Beifall) Deswegen ist es wichtiger denn je für uns, dass wir uns im Kampf gegen Rechts zukunftsorientiert aufstellen. Das heißt für uns, dass alle Menschen unabhängig von ihrem rechtlichen Status eine menschliche Asyl- und Geflüchtetenpolitik erfahren. Diese beinhaltet das Recht auf Bildung, Schulbesuche, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Arbeitserlaubnis und gesellschaftliche Partizipationsrechte. Kurz, es geht um ein menschenwürdiges Leben. Darum müssen wir uns aktiv und entschlossen als Menschen und als IG Metall dafür einsetzen.

Dazu gehört auch, dass wir die Ereignisse in der Vergangenheit in ihrer Bedeutung für das Ende von Verfolgung, Unterdrückung und das Leid von Millionen von Menschen in Europa und der ganzen Welt anerkennen. Darum machen wir uns stark für die Anerkennung des 8. Mai als Tag der Befreiung und als gesetzlichen Feiertag in Deutschland. (Beifall)

Um es abschließend mit den Worten von Richard von Weizsäcker zu sagen, der als erstes deutsches Staatsoberhaupt nach dem Zweiten Weltkrieg den 8. Mai 1945 als einen Tag der Befreiung bezeichnete: „Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass. Lernen Sie miteinander zu leben, nicht gegeneinander.“

Vor dem Hintergrund und der Bedeutung der historischen Ereignisse möchten wir die Antragsberatungskommission bitten, noch einmal ihre Beschlussempfehlung zu überdenken und die Empfehlung auf Annahme zu ändern. Sollte die Antragsberatungskommission ihr Votum nicht ändern, möchten wir Euch dennoch bitten, ihr zu folgen. - Danke schön. (Beifall)

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke, Jonathan, für Deinen Beitrag. - Witich.

#### **Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Jetzt ist die Antragsberatungskommission in einer Art und Weise in ihrer Intelligenz gefordert, (Heiterkeit) dass ich fast denke, daran verzweifeln wir. Ich will jetzt einfach sagen: Wenn Ihr auch damit einverstanden seid - so habe ich das verstanden - , dann bleiben wir bei unserer Antragsempfehlung, weil sie bedeutet, diese Inhalte sind sozusagen Inhalt der erweiterten Entschließung. Wir bleiben also bei Material zur Entschließung. Das ist eine positive Annahme. Das müsste Eurem Anliegen Genüge tun. Das habt Ihr auch gesagt, also machen wir es so.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke, Witich. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Somit einstimmig; vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag 1.124.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da empfehlen wir ganz einfach Annahme.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Gut, kurz und schmerzlos. Ihr habt es gehört. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Danke. Enthaltungen? - Somit einstimmig angenommen. Danke schön.

Ich rufe auf den Antrag 1.125 mit den weiteren Anträgen 1.126, 1.127, 1.128, 1.129, 1.130 und 1.131.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich, weil wir jetzt zu einem neuen Block kommen, einige wenige einleitende Worte sprechen. Wir haben in der Antragsberatung schon einen kurzen Passus in der Entschließung zu dem Thema Friedenspolitik und Rüstungskonversion beschlossen. Zu dem Thema liegt neben dem Thema Altersversorgung der größte Block von Anträgen zu diesem Gewerkschaftstag vor, nämlich 24 Anträge, die wir diesem Block zugeordnet haben. In all diesen Anträgen geht es um eine offensive Friedenspolitik der IG Metall, geht es um eine Stellungnahme gegen militärische Interventionen, geht es um einen restriktiven Waffenexport und die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Sicherheitsindustrie durch Ausbau der zivilen Sparten dieser Unternehmen sowie durch Konversion der Rüstungsproduktion.

Wir haben Folgendes gemacht, und das war nicht ganz einfach. Wir haben da sozusagen lange versucht, sehr präzise zu arbeiten und haben festgestellt, dass eine ganze Reihe von Anträgen im Vordergrund eine friedenspolitische Aussage haben, die dies aber in einzelnen Aspekten mit einer Aussage zur Rüstungskonversion verbunden haben.

Wir haben andere Anträge, die sich im Wesentlichen auf das Thema Rüstungsproduktion und Konversion beziehen. Deswegen haben wir in diesem ganzen Block zwei große Anträge, die das wesentliche Anliegen in diesen beiden Bereichen zum Ausdruck bringen, geschaltet.

Aufgerufen worden ist von Mirko zunächst der erste Block, das ist der Block, der mit Antrag 1.125 beginnt. Die anderen Anträge hat Mirko vorgelesen.

Wir empfehlen, diesen Antrag der Verwaltungsstelle Region Hamburg - übrigens dürft Ihr ruhig weiterhin „Verwaltungsstelle“ sagen; bis zum 31. Dezember werde ich das noch machen; (Beifall) der Kollege Scholz hat ja gut begründet, warum das erst zum 1.1.2016 in Kraft tritt, und das haben wir so beschlossen -, wir empfehlen also diesen Antrag aus der Region Hamburg quasi als Antrag für alle friedenspolitischen Anträge zur Annahme.

Dieser Hamburger Antrag - ich bitte Euch, den ganz präzise zu lesen - formuliert eine deutliche gewerkschaftliche Gegenposition zur gegenwärtigen internationalen Politik, die geprägt ist von zahllosen Militärinterventionen diverser globaler wie regionaler Großmächte, die sich ermächtigt fühlen, zugunsten geopolitischer Interessen, zur Sicherung von Rohstoffquellen, zur Unterstützung politisch, ethnisch oder religiös verbündeter Eliten, zur Unterdrückung sozialer und demokratischer Befreiungsbewegungen Kriegseinsätze unter Bruch des internationalen Völkerrechts zu begehen. In Klammern gesprochen: Man hat den Eindruck, jeder fühlt sich im Augenblick berechtigt, aus einem x-beliebigen Grund seine eigenen Düsenjäger, soweit er welche hat, irgendwo in einem Kriegsgebiet in der Welt einzusetzen, ohne Rücksicht auf irgendwelche internationalen völkerrechtlichen Bestimmungen. (Beifall)

Dieser Antrag verweist darauf, dass auswärtige Kampfeinsätze nur legitimiert werden durch ein UNO-Mandat, und verwahrt sich damit gegen den inzwischen weltweiten Bruch des Völkerrechts mit seinen schwerwiegenden Folgen, die jetzt nicht zuletzt als Flüchtlingswellen auf uns zurückschlagen.

Diese Aussage haben wir unterstrichen. Das ist die erste Veränderung, auf die ich Euch aufmerksam machen will. In dem Antrag steht „Rückzug aus allen auswärtigen Kampfeinsätzen“. Hier haben wir eingefügt: „soweit sie nicht durch ein UNO-Mandat legitimiert sind“. Das ist der Grundsatz, der von der UNO nach dem Zweiten Weltkrieg gezogen worden ist. Es wurde ein Völkerrecht geschaffen. Es gibt die Möglichkeit der Intervention, aber die ist restriktiv und begrenzt darauf, dass es ein UNO-Mandat gibt und nur dass es ein UNO-Mandat gibt. Darauf wollten wir noch einmal verweisen. Deswegen sagen wir: „Rückzug aus allen auswärtigen Kampfeinsätzen, soweit sie nicht durch ein UNO-Mandat legitimiert sind.“

Dieser Antrag unterstreicht damit auch, dass die IG Metall Kriege als Mittel der Konfliktbewältigung entschieden ablehnt, und verlangt, an den Kriegsursachen anzusetzen. Er definiert auch das Spektrum der Ursachen - das sind nicht nur die Ursachen für Kriege, sondern das sind auch die Ursachen für Flüchtlingswellen -, indem er sich einsetzt für eine gerechte Entwicklungs- und Außenpolitik, für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung und dass Rohstoff- und Absatzmärkte nicht zum Maßstab der Politik gemacht werden.

Das ist der wesentliche Inhalt des Antrags. Wir sind ihn sorgfältig durchgegangen. Alle Anträge, in denen diese Zielsetzungen enthalten sind, werden damit zur Erledigung empfohlen.

Wir haben den letzten Satz gestrichen, in dem es heißt, dass die IG Metall eine Kampagne zur Rüstungskonversion macht. Für Kampagnen gibt es besondere Anforderungen. Wenn wir dies in dem Antrag belassen hätten, hätten wir Euch vorschlagen müssen, den Antrag als Material an den Vorstand zu überweisen. Aber wir wollten hier eine klare friedenspolitische Aussage der IG Metall haben. Deshalb haben wir diesen Satz gestrichen und haben an dem Punkt, an dem es darum geht, Rüstungsproduktion zu senken, eingeführt, wenn es das Ziel und die Vision der IG Metall ist, dass wir keine Rüstungsproduktion und keinen Rüstungsexport haben. Das kann man nur dann durchsetzen, wenn es weltweit durchgesetzt wird. Deswegen haben wir an dieser Stelle das Wörtchen „weltweit“ eingefügt.

Dies sind unsere Änderungen. Damit dieser Antrag als klares Signal zur Friedenspolitik der IG Metall verabschiedet werden kann, möchten wir Euch bitten, diesen Antrag in der so geänderten Fassung anzunehmen.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Vielen Dank, Witich, für die Erläuterungen.

Zu diesem Antragsblock liegt uns eine Wortmeldung vor. Das Wort hat der Kollege Rolf-Rüdiger Beyer, Region Hamburg, Bezirk Küste, Delegiertenummer 201.

**Rolf-Rüdiger Beyer, 201**

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst kurz vorstellen. Mein Name ist Rolf-Rüdiger Beyer. Ich bin 65 Jahre alt und das erste Mal als Rentner auf einem Gewerkschaftstag.

Bei uns in der Verwaltungsstelle Region Hamburg hat das schon eine gewisse Tradition. Ich hätte mir die Änderungen eher als „Aktionsstelle“ gewünscht und nicht als „Geschäftsstelle“. Tradition ist in der Verwaltungsstelle Hamburg, dass ein Rentner zum Gewerkschaftstag gewählt wird. Leider sind hier nur sechs. Ich würde mir wünschen, dass sich andere Verwaltungsstellen dieser Tradition anschließen.

Ich kann mit den Änderungsvorschlägen der Antragsberatungskommission insgesamt leben, selbst dann, wenn nicht jedes UNO-Friedensmandat Erfolg hatte.

Ich kann auch mit der Streichung ganz am Ende des Antrags leben, wobei ich zunächst bedauert habe, dass dort auch die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung gestrichen wurde. Diese steht aber oben in einem Spiegelstrich drin.

Ich möchte noch eines erwähnen. In Paragraf 2 unserer Satzung steht: „Die IG Metall bekennt sich für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung.“ Damit ist die IG Metall für mich Teil der Friedensbewegung.

Ich bitte Euch, der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu folgen. - Danke schön. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Vielen Dank, Rolf-Rüdiger. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Recht herzlichen Dank. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung einstimmig so beschlossen. Vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag 1.132.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Da sind wir sehr pragmatisch. Wir lehnen den einfach ab, und zwar aus folgendem Grund: Der Antrag fordert ganz strikt, dass es keine gemeinsamen Erklärungen und keine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr gibt. Das war auch noch nie Politik der IG Metall. (Zuruf: Du bist beim falschen Antrag!) - Ich bin beim Antrag 1.132. Aber okay, dann habe ich falsch geheftet. Das macht ja nichts. Bei mir steht bei Antrag 1.132: „Erledigt durch 1.125“.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Witich, im Fahrplan ist der Antrag 1.132 als Einzelantrag aufgeführt.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Okay. Du hast recht. Das steht auch im Text so drin. (Heiterkeit) - Dann bin ich zufrieden, dass ich lesen kann.

Die Beschlussempfehlung zum Antrag der Verwaltungsstelle Lörrach zur Friedenspolitik lautet: Annahme als Material zur Entschließung. Das Anliegen des Antragstellers ist Bestandteil der Entschließung. Damit spricht sich die IG Metall für eine aktive Friedenspolitik aus.

Der Antrag der Verwaltungsstelle Lörrach hat darüber hinaus einen Katalog von Fragestellungen für die Friedensdiskussion entwickelt, der wirklich sehr umfassend, hochinteressant und spannend ist und den ich wirklich jedem Delegierten ans Herz legen kann. Ich erinnere mich auch gut daran, dass wir gesagt haben: Diesen Antrag empfehlen wir als Material zur Annahme.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Uns liegt eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Thomas Wamsler, Verwaltungsstelle Lörrach, Bezirk Baden-Württemberg, Delegiertennummer 431.

**Thomas Wamsler, 431**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da habe ich noch mal Glück gehabt. Vielen Dank, Witich, für das Lob zu unserem Fragenkatalog.

Ein paar Bemerkungen noch von mir dazu, auch warum wir diesen Antrag gestellt haben. Wenn ich lese, im Norden Nigerias wurden über 200 Schülerinnen durch die Boko Haram verschleppt, oder wenn ich lese, dass in Mossul im Irak circa 5.000 entführte Frauen ab einem Alter von zwölf Jahren als Sklavinnen gehalten und auf Märkten zum Kauf angeboten werden, dann habe ich so eine Wut in mir und so ein Gefühl der Ohnmacht, dass ich den tiefen Wunsch verspüre, es käme endlich eine amerikanische Fliegerstaffel, um alle zu befreien. (Beifall)

Aber einen Moment später weiß ich: So einfach geht es nicht. Zum Beispiel bewerten führende Militärexperten den Afghanistan-Einsatz als Niederlage. Warum gibt es keine Bomben, die Frieden bringen, in einer Welt, in der die UNO in ihrer ursprünglichen Funktion als Weltgemeinschaft praktisch kaum mehr funktioniert? Das Thema UNO-Einsätze ist auch so ein Thema, über das wir diskutieren könnten.

Die eingangs geschilderten Bilder hinterlassen in mir das Gefühl von Ohnmacht. Sie hinterlassen auch viele Fragen: Was ist der richtige Weg? Was ist zu tun?

Oder ein anderes Thema: Wissen wir, wer unter den Sanktionen gegen Russland, einem Handelskrieg, wirklich leidet? Sind es die reichen Oligarchen, oder ist es am Ende der Kette nicht etwa der sibirische Arbeiter, der jetzt mit seiner Familie in einer verlorenen Trostlosigkeit sitzt, weil seine Arbeitskraft nicht mehr gebraucht wird?

Wenn ich bei diesem Thema an den sibirischen Kollegen denke und dabei die Sanktionen gegen Russland in Frage stelle, gelte ich dann als Putin-Befürworter, was ich nicht sein will? Oder was ist der richtige Weg in dem grauenvollen Krieg mitten in Europa in der Ukraine?

Diese und viele andere Fragen treiben mich um, und ich bin mir sicher, Euch auch. Einige davon - Witich hat sie genannt - haben wir in dem Antrag beschrieben. Es sind Fragen, auf die ich keine Antwort habe oder auf die es viele Antworten gibt.

Als wir den Antrag in unserer Delegiertenversammlung einstimmig beschlossen haben, kamen einige Delegierte auf mich zu und sagten, dass es derzeit keinen Ort gibt, an dem diese Fragen und Ängste einen Raum haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die IG Metall war und - ich hoffe - ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensbewegung. Genau wie als IG Metall sollten diesen Raum anbieten. Das ist wichtig. Das Thema Friedenspolitik ist sicher auch viel wichtiger als die acht bis zehn Zeilen in der Entschließung, in denen dieses Thema benannt wird, wo allerdings von einer Debatte über Friedenspolitik nicht die Rede ist.

Wir haben in unserem Antrag ganz bewusst die Form und den Ort einer solchen Debatte offengelassen. Es ist uns nicht wichtig, wie und wo sie geführt wird, sondern dass sie geführt wird. Wir wollen keinen neuen bürokratischen Arbeitskreis, sondern einen Ort schaffen, an dem Menschen sich mit diesem Thema beschäftigen.

Es ist uns auch wichtig, dass es eine breite Debatte gibt, die sich auch widerspiegelt in der öffentlichen Wahrnehmung der IG Metall als Organisation, die vehement für den Frieden eintritt.

Ich persönlich als Antragsteller würde mich freuen, wenn sich die ABK dazu durchringen könnte, die ersten beiden oder die ersten drei Absätze aus dem Antrag als Antrag anzunehmen. Der Rest ist natürlich Material und auch als solches gedacht.

Ich fände es ein schönes Zeichen, wenn dieser Gewerkschaftstag den Beginn einer neuen breiten Debatte über Friedenspolitik beschließt und damit deutlich wird, dass wir, die IG Metall, es sind, die geeignete Plattformen für solche Diskussionen anbietet.

Falls die ABK dem nicht folgen kann und die Empfehlung Annahme als Material zur EntschlieÙung bestehen bleibt, möchte ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, auffordern, mit der Umsetzung dieses Antrags nach dem Gewerkschaftstag auch wirklich anzufangen und die Forderungen auch wirklich in irgendeiner Weise umzusetzen.

Denn was sind all unsere betriebs- und tarifpolitischen Erfolge wert, wenn Bomben fallen? In Donezk, einer Stadt mit einer ehemals ähnlichen Internetchichte wie Köln, haben sich von heute auf morgen alle Werte verändert. Damit so etwas bei uns nicht passiert, müssen wir damit beginnen, um den Weg zu ringen, damit es nicht geschieht. Beginnen wir damit jetzt. - Vielen Dank. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Thomas, danke für Deinen Beitrag. - Witich, gibt es Veränderungen?

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Das ist ja der gleiche Versuch wie vorher. Das wäre jetzt aber ganz kompliziert. Das, was in Eurem Antrag wirklich wertvoll ist, sind die vielen Fragestellungen. Wenn wir das jetzt trennen, dann fallen die Fragestellungen weg. Annahme als Material zur EntschlieÙung heißt ja: Der ganze Antrag wird vom Gewerkschaftstag angenommen. Eigentlich müsste es also in Eurem Sinne sein, das nicht zu trennen.

Wir bleiben deshalb bei unserer Beschlussempfehlung und empfehlen Annahme als Material zur EntschlieÙung.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Ihr habt es gehört. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Somit einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag 1.135.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Ich habe ja schon angefangen, dazu zu reden. Das setze ich jetzt fort. Es gibt eine Debatte darüber, dass es keine gemeinsamen Erklärungen und keine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr geben soll. Anlass war eine Erklärung von DGB und Bundeswehr vor einigen Jahren. Da gab es Unzufriedenheit. Ich finde, das sollte nicht so weit getrieben werden - das ist auch die Auffassung der Antragsberatungskommission -, dass man jetzt generell erklärt, es dürfe keine gemeinsamen Erklärungen geben.

Wenn zum Beispiel die Bundeswehrführung oder an irgendeinem Standort eine Standortführung eine hervorragende friedenspolitische Resolution mit uns abschließen und in der Öffentlichkeit verkünden will, habe ich nichts dagegen. Das will ich mir auch nicht durch einen Beschluss des Gewerkschaftstages verbieten lassen.

Keine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr kann es gewerkschaftspolitisch gar nicht geben, weil auch die Bundeswehr ein Arbeitgeber ist und Tarifverträgen unterliegt. Unsere Schwestergesellschaft Verdi muss beispielsweise permanent mit der Bundeswehr verhandeln und damit auch mit ihr zusammenarbeiten. Insofern ist es unlogisch. Wenn die Gewerkschaft auch die Interessen der Bundeswehrbeschäftigten vertreten soll, dann muss es auch diese Form der Zusammenarbeit geben. Aus diesem Grund hat Verdi auf seinem Kongress einem solchen Antrag auch nicht zugestimmt. Deshalb bleiben wir bei unserer Empfehlung Ablehnung.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Es liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Wer möchte der Antragsberatungskommission folgen? Den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme und mehreren Enthaltungen ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt und damit der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf den Antrag 1.136 und zusammen damit die Anträge 1.137, 1.138, 1.139, 1.140, 1.141, 1.142, 1.143, 1.144 und 1.145.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Das ist jetzt der Antrag der Verwaltungsstelle Augsburg, den wir als übergeordneten Antrag für alle Anträge zu den Themen Rüstungskonversion, Ausweitung und Ausgestaltung eines geplanten Innovationsfonds für Diversifikationsprojekte begreifen.

Der Antrag beinhaltet sehr konkrete detaillierte Forderungen der IG Metall an die Bundesregierung, an das Bundeswirtschaftsministerium zur Unterstützung der Bemühungen, aus Unternehmen, die schwerpunktmäßig noch mit Rüstungsproduktion befasst sind, Unternehmen zu machen, die vorrangig zivile Produktion betreiben. Dabei geht es darum, dass wir Arbeitsplätze in diesen Betrieben sichern, dass diese Sicherung aber nicht durch Rüstungsproduktion stattfinden soll.

Darüber hinaus wird in diesem Antrag auch eine sehr restriktive Begrenzung der Waffenexporte verlangt und insbesondere ein vollständiges, uneingeschränktes Verbot des Exports von Kleinwaffen. Deren Weiterverbreitung - egal, wohin man sie schickt - ist in keiner Weise zu kontrollieren. Deswegen sagen wir: Es geht nicht darum, dass sie bestimmten Auflagen unterliegen, sondern wir verlangen generell das vollständige Verbot des Exports von Kleinwaffen.

Durch die Änderungen im Antragstext, die sehr umfassend sind, ist es uns gelungen - zumindest glauben und hoffen wir das -, alle die Forderungen, die in den anderen Anträgen enthalten sind, in einem Antrag zu bündeln, sie in diesen einen Antrag zu integrieren, um Euch dann für diesen Antrag Annahme in geänderter Fassung vorschlagen zu können.

Damit hätten wir hier dann auch den Aspekt im Mittelpunkt: restriktivere Begrenzung der Waffenexporte und Konvergenz und Diversifikation im Bereich der Sicherheits- oder Rüstungsindustrie.

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Vielen Dank. - Es liegen mehrere Wortmeldungen vor. Als Erster erhält das Wort der Kollege Michael Leppke, Verwaltungsstelle Augsburg, Bezirk Bayern, mit der Delegiertennummer 325, und bereit hält sich bitte der Kollege Bernd Herbich.

#### **Michael Leppke, 325**

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vielen Dank, dass ich die Möglichkeit habe, hier noch ein paar Sätze zu dem Antrag zu sagen. Witich, hätte ich gewusst, dass Du das schon so gut zusammenfasst, hätte ich gesagt: Na ja, muss man mal schauen. - Aber zwei, drei Aspekte möchte ich noch einmal darstellen.

Der Name ist schon genannt worden, nämlich Michael Leppke, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Augsburg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sich um die Wehrtechnik - um die Rüstungsindustrie, wie es ja auch genannt wird - Gedanken zu machen, ist nicht einfach, gerade für

uns als IG Metall. Dennoch finde ich es richtig und gut, dass die ABK den Weg gewählt hat, diese beiden Anträge - den vorherigen und diesen - zu nehmen. Denn wir müssen zwei Sachen schaffen:

Das eine ist das Thema Friedenspolitik, was ja auch einer meiner Vorredner gesagt hat; Stichwort: einen Teil der Friedensbewegung abbilden. Gleichzeitig müssen wir aber auch mit Blick in die Satzung - Paragraf 1, Paragraf 2 - schauen: Wir sind eine Gewerkschaft, und wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder. Die Kolleginnen und Kollegen der wehrtechnischen und der sicherheitstechnischen Industrie sind auch Mitglieder der IG Metall.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Meinung, wir dürfen uns bei diesem schwierigen Thema nicht wegducken. Wir müssen uns der Herausforderung stellen: nüchtern und sachlich, ohne emotionale Aufregung. Wir müssen auch darüber reden, dass wir Beschäftigte und auch sehr viele Mitglieder in diesem Bereich haben.

Wir haben in Augsburg einige Unternehmen, die unter anderem auch in der wehrtechnischen und sicherheitstechnischen Industrie sind. Wir haben Airbus Helicopters in Donauwörth. Eurocopter kennt jeder; die machen Rettungshubschrauber, aber auch militärische Produkte. Manchmal kann man den einen für etwas „Gutes“ - in Führungsstrichen - benutzen, und manchmal eben auch für etwas anderes, wobei man die Frage: „Was ist gut und was schlecht?“ auch einmal in Ruhe diskutieren muss. UN-Friedensmissionen sind genannt worden. Das Thema Bundeswehr hatten wir eben auch. Ich glaube, darüber müssen wir uns auch klar werden: Es ist nicht alles Schwarz und Weiß, worüber wir reden.

Wir haben auch andere Betriebe wie Premium Aerotec. Das war noch vor einigen Jahrzehnten ein rein militärischer Betrieb. Es ist jetzt ein Betrieb mit über 80 Prozent zivilem Anteil an Airbus-Produkten; das muss man auch sehen. Ein anderes Beispiel ist Renk. Die machen Getriebe für Militärfahrzeuge, inzwischen aber auch für Windenergie und auch für das Thema Prüfstände für Automobil.

Wichtig ist mir dabei, Kolleginnen und Kollegen - deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet -: Das sind eben alles Betriebe, die gut, sehr gut organisiert sind, die bei jeder Tarifrunde, bei jeder Aktion - wie kürzlich zum Thema Werkverträge - draußen gewesen sind. Das sind unsere Kolleginnen und Kollegen, um die wir uns in der Verwaltungsstelle bzw. Geschäftsstelle in der IG Metall Augsburg kümmern.

Insgesamt - darauf will ich noch hinweisen - haben wir etwa 80.000 Beschäftigte in der wehrtechnischen Industrie in Deutschland. Wenn wir auch die mittelbaren Beschäftigten dazunehmen - Zulieferer, die übrigens auch Automobilzulieferer sein

können -, dann sind wir glatt bei 200.000 Kolleginnen und Kollegen. Nicht alle sind leider Mitglieder; aber da arbeiten wir dran.

Wichtig ist auch für uns: Natürlich unterliegt diese Industrie Beschränkungen, und zwar politischen Beschränkungen. An der Stelle ist auch ganz klar: Es gibt seit 25 Jahren einen Strukturwandel. Er ist politisch motiviert. Er ist gewollt. Das hat leider oftmals sehr wenig mit Konversion zu tun; das muss man leider auch so sagen. Da ist man wesentlich weniger weit, als man sich das einmal vorgestellt hat. Eigentlich hat vieles davon nicht geklappt.

Deswegen hat die Politik auch eine große, große Verantwortung. Wir dürfen nicht einfach zusehen, wie die Politik bestimmte Beschränkungen macht, bestimmte Vorgaben macht - wie beim Thema Unternehmenskooperation oder Fusionen -, und dann zuschauen, wie unsere Kolleginnen und Kollegen im Regen stehen. Deswegen heißt es nicht: „Wir wollen mehr“ oder irgend so etwas. Nein, wir stehen für Frieden und Abrüstung. Wir wollen aber die Politik in die Pflicht nehmen, hier zu handeln, hier zu gestalten, damit die Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen auch weiter bestehen bleiben.

Wir wollen mit diesem Antrag, dass die Branchenarbeit fortgesetzt wird. An der Stelle vielen Dank an Detlef Wetzels, Jörg Hofmann und vor allen Dingen Jürgen Kerner, der ja auch dieses Thema - neben anderen Themen - angetrieben hat, weil unsere Kolleginnen und Kollegen in der wehrtechnischen Industrie noch mehr als bisher die IG Metall als ihre Heimat betrachten. Das ist etwas ganz Wichtiges. Wir sind sehr gut organisiert in diesem Bereich. Deswegen wollen wir auch, dass das fortgesetzt wird.

Erste Erfolge haben wir. Die Politik hat gesagt, sie wird einen Fonds einrichten. Sie wird Geld geben für sogenannte Diversifikationsprojekte. Das ist nicht die reine Konversion. Das ist aber auch mehr. Das heißt also wirklich, mehr Hineingehen in neue Themen, in zivile Themen. Da wollen wir das Ganze als IG Metall mitgestalten.

Lasst es mich noch einmal klar sagen - Witich hat das gesagt -: Die IG Metall unterstützt ganz klar eine weltweite Abrüstung und eine Waffenhandelskontrolle. Die IG Metall will eine restriktivere Genehmigungspraxis von Waffenexporten durch die Bundesregierung, abgestimmt mit den europäischen Partnern, und es geht uns darum, auch eine Endverbleibkontrolle auf die politische Agenda zu setzen. Das ist und bleibt unsere gemeinsame Anschauung, auch die der Kolleginnen und Kollegen in der wehrtechnischen Industrie, Kolleginnen und Kollegen.

Wichtig ist auch: Die IG Metall hat die Branchenarbeit schon ein gutes Stück vorangebracht. Wir wollen da auch weitermachen. Wir wollen das Ganze weiter tun. Insofern unterstützen wir den Beschluss des Vorstands vom Oktober, hier zu einer neuen Initiative zu Konversion und zu Diversifikation zu kommen. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Schritt, um unsere Kolleginnen und Kollegen in der Industrie mitzunehmen.

Ich würde mir wünschen, nach Hause zu unseren vielen Tausend Mitgliedern, auch in dieser Branche, gehen und sagen zu können: Wir stehen für Frieden und Abrüstung. Aber wir machen diesen ganzen Wandel nicht über den Kopf der Beschäftigten in der wehrtechnischen Industrie hinweg, sondern zusammen mit ihnen. Es ist Eure Heimat, genauso wie die Heimat aller Mitglieder der IG Metall, und das wollen wir gemeinsam probieren.

Insoweit, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich um Zustimmung, um Annahme des Antrages in der geänderten Fassung. Bitte lest Euch das eventuell - wenn Ihr es nicht schon getan habt - durch! Da sind noch ganz, ganz viele neue Aspekte und Konkretisierungen drin. Ich danke Euch. Alles Gute und Glück auf! - Danke. (Beifall)

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Michael, vielen Dank. - Das Wort hat der Kollege Bernd Herbich, Verwaltungsstelle Augsburg, Bezirk Bayern, Delegiertennummer 324, und es hält sich bitte die Kollegin Heide Scharf bereit.

#### **Bernd Herbich, 324**

Kolleginnen und Kollegen! Wir sind die einzige Verwaltungsstelle im Bundesgebiet - in der Stadt Augsburg -, die einen fest definierten und immer arbeitsfreien Friedenstag hat. Wir haben nämlich das Augsburger Friedensfest. Ich lobe mir das sehr, insbesondere weil dann natürlich arbeitsfrei ist.

Die IG Metall-Verwaltungsstelle Augsburg ist auch von den Industrien geprägt, die dort sind. Sie hat ein sehr starkes Engagement in dem Bereich der militärischen Industrie. Ich komme aus einem Betrieb - Premium Aerotec -, der da sehr wohl mit sprechen kann.

Ich kann Euch von einer Erfahrung berichten, die wir Mitte oder Anfang der Neunziger-Jahre hatten: Auslauf der Tornado-Produktion. 2.500 Beschäftigte sind in ein sogenanntes Konversionsprojekt gegangen - wir haben das „PUR“ genannt - und wollten dort dann als Betriebsrat mit den Beschäftigten versuchen, eine Umstellung

zu erreichen. Leider hat das nicht so richtig funktioniert. Wir sind dann - von ehemals 2.500 Beschäftigten - bei ungefähr 1.400 Beschäftigten geendet. Das heißt, wir haben da erhebliche Probleme gehabt. Aber die Lehre daraus war, dass man sich nicht mit irgendwelchen versenkbaren Garagen oder sonstigen Traumprojekten beschäftigen kann, weil die Kolleginnen und Kollegen natürlich hochqualifizierte Flugzeugbauer waren.

Das hat nicht nur etwas mit Fertigung zu tun, sondern das hat natürlich auch etwas mit Stolz und mit der Ansicht zu tun: Man will einen qualifizierten, einen guten Arbeitsplatz nach wie vor erhalten. Auf der anderen Seite will man natürlich auch integriert sein in den Gesamtkonzern.

Damit kam für uns eine Reise, und die Reise ging dann los. Als Betriebsrat haben wir uns sehr umfangreich damit beschäftigt: Wie kann ich eigentlich losgehen? Was kann ich machen? Und insbesondere: Was biete ich denn meinen Kolleginnen und Kollegen an? Wie werde ich auch ernst genommen in dem Betrieb, in dem Unternehmen, auch von der anderen Seite? Das ist nicht ganz so einfach.

Wir haben das dann in einer relativ langen Entwicklung geschafft. Ich kann sagen: Wir sind heute immerhin über 4.000 Beschäftigte. Ich glaube, das ist nicht allzu wenig. Leider sind noch ungefähr 800 unorganisiert. Das heißt, wir kämpfen gerade mit der Zahl 8 - aber vorne, nicht hinten - bei der Frage des Organisationsgrades. Das wird eine Herausforderung. Aber das werden wir auch noch packen.

Wichtig ist, die Kolleginnen und Kollegen mitzunehmen und ihnen qualifizierte Alternativen und Ansagen anzubieten.

Das haben wir geschafft. Das war wiederum nicht ganz einfach. Denn wir haben in der wehrtechnischen Industrie einige Mitarbeiter, die nennen sich auch Betriebsräte, sind allerdings dann etwas fern von uns und marschieren in der Gegend rum und sind als Wehrtechnischer Arbeitskreis in den Ministerien aufgeschlagen.

Leider haben wir über längere Zeit als IG Metall hier keinen qualifizierten Gegenpol gebildet. Wir haben keine inhaltlichen Themen gehabt. Wir sind nicht angetreten und haben gesagt: Wir haben auch Lösungen, wir haben die richtigeren Lösungen, nicht nur Kochtöpfe zu fordern, sondern qualifizierte Umstellung zu erreichen.

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, halte ich es für absolut notwendig und wichtig, dass wir auch hier diese Arbeit fortsetzen, die sich einmal im Bereich der Branche auswirkt, wie wir es hier darstellen, die aber natürlich auch die politische Verantwortung betrifft. Es nutzt nichts, wenn wir uns auf einem Gewerkschaftstag - ich sage es einmal sehr provozierend - resolutorisch entlasten und anschließend etwas

Probleme haben, im Betrieb daheim zu erklären, wie die ganze Chose weitergehen soll.

Wie soll ich denn jemandem erklären, dass er am Monatsende - und das gehört nun einmal auch zur Mitgliedschaft in der IG Metall - den einen oder anderen Euro hofentlich mehr abdrücken muss? Anschließend wollen wir ihm natürlich nicht sagen, wir wollen, dass Du arbeitslos bist, sondern wir wollen, dass wir einen vernünftigen Umgang haben.

Und es war für uns ein langer Prozess und ein schwieriger Prozess. Es war nicht einfach, die Kollegen mitzunehmen. Und wir haben das nicht beteiligungsorientiert gemacht. Wir haben einfach mit den Kollegen geredet und haben die Kollegen auf unsere Seite gezogen. Ob das beteiligungsorientiert war, weiß ich nicht. Macht aber auch nichts.

Die entscheidende Frage ist: Die Kolleginnen und Kollegen haben mitgezogen, und so brauchen wir das. So müssen wir das ansprechen, Kolleginnen und Kollegen. Und das ist die Voraussetzung - ich will niemandem zu nahe treten -: Wie kann ich weitergehen, wie kann ich es machen?

Und das, was ich auch nicht will, Kolleginnen und Kollegen: Ich bin unten reingekommen, und da steht ganz groß das Wort „Wir“. Ich habe das Wort „Wir“ verinnerlicht - und ich mache das seit über 40 Jahren - als IG Metalller. Ich will auch weiter IG Metalller bleiben. Ich will aber auch nicht, Kolleginnen und Kollegen, dass wir unsere Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, in die Schmutzdecke drängen, und ich will auch nicht, dass wir dann irgendwann einmal dahinkommen, dass wir vielleicht die Lokomotivführer der IG Metall werden.

Wir sind IG Metalller. Kolleginnen und Kollegen, wer das anders diskutieren will, ist zu spät dran, der hätte einen Satzungsantrag stellen müssen, nämlich, dass man sagt: Mitglied der IG Metall sind Mitarbeiter der Metallindustrie ohne die in der Rüstungsindustrie und in der Militärindustrie, Kolleginnen und Kollegen. Das haben wir nicht gemacht, ist gut so. Kolleginnen und Kollegen, wir bleiben hier, und wir werden auch um unseren Platz in dieser IG Metall kämpfen. In dem Sinne herzlichen Dank. (Beifall)

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Bernd, vielen Dank für Deinen Wortbeitrag. - Als Nächste hat das Wort die Kollegin Heidi Scharf, Verwaltungsstelle Schwäbisch Hall, Bezirk Baden-Württemberg, Delegiertennummer 068.

**Heidi Scharf, 068**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das waren ja jetzt zwei engagierte Diskussionsanträge, und dazu, glaube ich, muss man auch nichts weiter sagen.

Meine Position und die vieler anderer hier im Saal richtet sich ja nicht gegen die Beschäftigten, unsere Mitglieder, in der Rüstungsindustrie, (Vereinzelt Beifall) sondern wir wollen auch, dass die sichere Arbeitsplätze haben. Das ist doch überhaupt keine Frage. Wir wissen auch, dass Konversion lange dauert, dass man da nicht von heute auf morgen einen Schalter umlegt, und dann ist es auf einmal so. Das ist doch ganz klar. Das ist doch jedem bewusst.

Aber trotzdem ist ja die Frage: Haben wir eine Grundsatzposition dazu? - Ich meine, die Beschäftigten in dieser Industrie - das habt Ihr ja selber gesagt - haben eine sehr, sehr hohe Qualifikation. Und mit diesem hohen Know-how und dieser Qualifikation muss es doch möglich sein, auch in andere Richtungen zu forschen und in andere Richtungen Produkte zu entwickeln, die eben nicht in der Rüstung oder nicht in Kriegen eingesetzt werden. Ich denke, darum geht es doch, dass wir das befördern können.

Der Sigmar Gabriel hat ja auch gesagt, er will das restriktiver handhaben. - Als ich gestern Abend ins Hotel kam und mir die Nachrichten anguckte, wurde da gesagt: Die Rüstungsexporte sind im ersten halben Jahr dieses Jahres um knapp 60 Prozent gestiegen. Und da dachte ich mir, na, irgendwo werden wir ja voll verarscht. Da wird „restriktiv“ gesagt, und dann steigen die Rüstungsexporte um knappe 60 Prozent, Kolleginnen und Kollegen.

Ich glaube, da muss man hingucken. Wir müssen nun mal sehen, dass diese Rüstungsgüter auch aus Deutschland - nicht nur natürlich - in Länder geliefert werden, die eben in Krisen- und Kriegsgebieten sind. Und man kann nicht einfach so tun, als würde man das alles nicht wissen. Dass wir da hinters Licht geführt werden, glaube ich, ist ziemlich deutlich.

Viele von uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sind ja gegen Wiederbewaffnung, gegen Notstandsgesetze und für Frieden und Abrüstung, für Solidarität auf die Straße gegangen. Wir reden auch seit vielen Tagen auf dem Kongress von Solidarität, von humanitärer Hilfe für Flüchtlinge. Das ist gut so. Aber dass Flüchtlinge hierherkommen, hat halt Ursachen. Genau um diese Ursachen geht es.

Wenn wir es endlich schaffen würden zu sagen, es werden keine Rüstungsgüter in die Welt geliefert: Mit was soll man sich dann letztlich in den Ländern die Köpfe einschlagen, Kolleginnen und Kollegen? Ich glaube, Syrien ist bald menschenleer.

Dann werden nur noch die dort sein, die gegenseitig kämpfen. Das Volk ist dann weg, weil die dann auf dem Weg nach Europa sind.

Der Antrag, der jetzt auch in geänderter Fassung vorliegt, hat für mich einfach ein paar Unklarheiten. Deswegen wäre es mir viel lieber, wenn die Antragsberatungskommission ihre Empfehlung ändern würde und man den als Material zur Entschlieung verabschieden würde. Denn darin sind Dinge, die zumindest ich vielleicht anders interpretiere als jemand anders. Er ist daher unklar.

Wenn es dann heißt, die IG Metall setzt sich dafür ein, diesen Dialog zur Entwicklung der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie zu institutionalisieren, dann frage ich: Ja, in welche Richtung denn? - Das steht da nicht drin. Wohin soll sich das entwickeln?

Oder es steht etwas drin von Konsolidierung der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Europa. - Sagt mir auch nichts.

Oder es steht drin: Das gilt zuerst für die Ausstattung der Bundeswehr. Es muss Klarheit geschaffen werden, welche Fähigkeiten künftig benötigt werden, welche Technologien und welche Ausrüstungen beschafft werden sollen. - Ja, ist das unsere Aufgabe, da zu gucken? Also, ich muss sagen: Das geht mir einfach zu weit, und das ist für mich unklar.

Oder es steht drin: Von staatlicher Seite ist die Grundlagenforschung weiterhin zu unterstützen sowie die Vernetzung. - Also, auch Grundlagenforschung in der Rüstungsindustrie, da läuten bei mir alle Alarmglocken.

Und, und, und. So könnte ich jetzt weitermachen.

Deswegen würde ich bitten, weil in diesem Antrag so vieles unklar ist, dass man möglicherweise diese Empfehlung ändert. Das gilt auch, wenn ich sehe, dass der Vorstand am 6. Oktober ein Papier beschlossen hat: Die IG Metall startet eine neue Initiative für Konversion und Diversifikation in wehrtechnischen Betrieben. Dann ist doch schon etwas dadurch erledigt, dass man diese Initiative startet.

Oder ich nenne Euren Branchendialog - den will ja gar niemand infrage stellen - oder die Entschlieung oder den Antrag 1.125. Das ist meiner Meinung nach völlig ausreichend für unsere Positionen und ausreichend dafür, nach Hause gehen zu können - das will ich noch einmal betonen - und den Dialog mit den Kolleginnen und Kollegen weiterhin zu führen.

Ich glaube, vielen, die hier Anträge in diese Richtung gestellt haben, ging es doch darum, dass wir die Debatte wiedereröffnen, dass wir ins Gespräch kommen miteinander, dass wir darüber diskutieren, wie das aussehen kann. Ich glaube, wenn wir das erreichen, dass wir diese Debatte wieder führen, dass wir diese Debatte in den nächsten Wochen und Monaten wieder führen - ob jetzt mal in Eurer Verwaltungsstelle Augsburg oder bei mir in Schwäbisch Hall, ist völlig egal -, dann ist das erreicht, was wir wollten, nämlich nicht einfach zugucken, sondern sich einmischen in die Politik in diesem Land und zu sagen: Wir wollen ein Land sein, das für den Frieden steht, und wir wollen nicht ein Land sein, aus dem auf Dauer Waffen geliefert werden, die dann eben auch dazu führen, dass viele Menschen ihr Leben verlieren.

Deswegen noch einmal meine Bitte, die Empfehlung zu ändern. Wenn dem nicht gefolgt wird, müssten wir gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission, gegen den Ursprungsantrag sprechen. - (Vereinzelt Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke, Heidi, für Deinen Beitrag. - Jetzt folgt der Kollege Wolfgang Räschke, Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, mit der Delegiertennummer 037. - Wolfgang, Du hast das Wort.

**Wolfgang Räschke, 037**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten auch einen eigenen Antrag zur Rüstungskonversion an diesen Gewerkschaftstag gestellt. Und wie alle anderen Anträge zur Rüstungskonversion soll dieser durch den Antrag 1.136 erledigt sein. Das ist immer nicht schön, wenn ein eigener Antrag für erledigt erklärt wird, aber es gibt ja eine positive und eine negative Erledigung.

Ich sage hier deutlich: Hätte die Antragsberatungskommission gesagt, unser Antrag wäre durch den Hamburger Antrag erledigt, hätte ich gesagt, gut, das ist eine positive Erledigung. Denn darin sind viele Punkte ähnlich wie bei uns. Allerdings soll hier die Erledigung über den Antrag 1.136 erfolgen.

Das wäre aus meiner Sicht nicht nur für den Antrag aus Salzgitter-Peine, sondern auch für viele andere Anträge, die hier zur Rüstungskonversion gestellt worden sind, eine negative Erledigung.

Wir haben den Antrag 1.136 etwas näher gelesen und können an dieser Stelle der Antragsberatungskommission nicht folgen. Dort wird nämlich nicht mehr in erster Linie Rüstungskonversion gefordert, sondern in erster Linie wird immer wieder nur

von Diversifikation gesprochen. Rüstungskonversion heißt für mich: Statt Waffen wollen wir nützliche Dinge produzieren. Diversifikation heißt ein Verbreitern der Produktpalette, also weiter Waffen produzieren, aber darüber hinaus auch noch weitere Produkte in die Palette mit aufnehmen.

Kolleginnen und Kollegen, ich sage ganz klar und deutlich: Das ist mir zu wenig. Bei den Positionen der IG Metall müssen wir weiter gehende Forderungen aufbauen. (Beifall) Wenn wir unsere eigene Satzung und unsere Friedenspolitik ernst nehmen, dann kann es nicht nur unser Ziel sein, zusätzlich zu den Waffen andere Dinge zu produzieren, sondern unser Ziel muss sein, statt Waffen nützliche Dinge zu produzieren. (Beifall)

Denn Rüstung tötet. Das ist nicht nur irgendein Spruch aus der Friedensbewegung, sondern das ist ganz konkret und tagtäglich. Wir hatten hier eine hervorragende Aktion der Jugend zur Frage der Flüchtlinge. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es besteht ein Zusammenhang zwischen der Fluchtbewegung und der Rüstungsproduktion. Flüchtlinge willkommen heißen - das ist das eine; dafür zu sorgen, dass die Menschen gar nicht erst flüchten müssen - das ist meines Erachtens genauso wichtig. (Beifall)

Dass die Menschen zurzeit flüchten müssen, liegt in erster Linie daran, dass Kriege stattfinden, dass Waffen zum Einsatz kommen. Hier gilt wieder ganz konkret: Rüstung tötet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eine Vision: Ich will irgendwann einmal eine Welt haben, in der es keine Waffenproduktion gibt. Ich bin kein Traumtänzer; ich werde das nicht heute und nicht morgen erreichen. Ich sage aber umgekehrt: All diejenigen, die mit Waffen Frieden schaffen wollen, sind die Traumtänzer. Ich habe seit 1945 keine kriegerische Auseinandersetzung, keinen Krieg erlebt, der zum Vorteil der Menschen gewesen wäre, denn letztendlich sind mit Kriegen immer Menschen umgebracht worden. (Beifall)

Was mich richtig geärgert und zu diesem Wortbeitrag veranlasst hat, war die Diskussion zum Geschäftsbericht, als ein Kollege hier sprach - ich meine, er kam von Airbus - und erklärt hat: Die Rüstungskonversionsdebatte der Siebziger- und Achtzigerjahre ist gescheitert, weil die Kolleginnen und Kollegen dort immer noch den Eurofighter herstellen und keine Pflugscharen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erstens: Nur weil wir ein Ziel nicht erreicht haben, ist doch nicht das Ziel gescheitert. Ansonsten müssten wir sagen, unsere Sozialpolitik ist gescheitert, weil wir die Rente mit 67 nicht verhindert haben. Das sagt doch auch keiner.

Von daher ist die Rüstungskonversion nicht gescheitert, sondern sie muss wieder neu belebt und gegen die Konzerninteressen durchgesetzt werden. (Beifall)

Es geht zweitens auch nicht darum, Eurofighter und Pflugscharen gegenüberzustellen. Mit der Rüstungskonversion wollen doch auch wir an der Qualifikation, an der Kompetenz der Beschäftigten ansetzen. Es ist auch unser Ziel, dass diese Menschen weiterhin eine gute Arbeit haben, ein gutes Einkommen haben, einen Arbeitsplatz haben. Es geht doch nicht darum, ihnen den Arbeitsplatz wegzunehmen, sondern wir wollen, dass andere Dinge, nützliche Dinge produziert werden. (Beifall)

So viel zu der grundsätzlichen Herangehensweise an diesen Antrag. Ich möchte noch auf zwei Inhalte des Antrags hinweisen, mit denen ich absolute Probleme habe. Witich hat gesagt, dass dort mit aufgenommen wurde, die Lieferung von Kleinwaffen grundsätzlich einzustellen. Ich habe im Antragstext nachgelesen. Dort steht, dass sich diese Formulierung nur auf Krisengebiete bezieht und nicht grundsätzlich gilt. Damit habe ich ein Problem. Wenn wir schreiben, grundsätzlich den Export von Kleinwaffen zu verbieten, halte ich das für richtig. Die Argumentation von Witich ist ja richtig: Der Verbleib von Kleinwaffen kann nicht mehr kontrolliert werden.

Ich weiß nicht, wer von Euch in den letzten Wochen die Dokumentation über Heckler & Koch in Mexiko gesehen hat. Ich fand es erschreckend. Man muss wissen - das hat die Initiative „Ohne Rüstung leben“ errechnet -: Alle 14 Minuten stirbt ein Mensch aus dem Lauf von Heckler & Koch. Hier hat jeder Redner sieben Minuten Redezeit, also: zwei Redner, ein Toter.

Daher bin ich dafür, Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr zu exportieren und dies als Ziel der IG Metall mit aufzunehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Letzter Punkt, die Grundlagenforschung. Heidi hat es schon angesprochen: Wir fordern, dass von staatlicher Seite die Grundlagenforschung weiter zu unterstützen ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da kann ich nicht mitgehen. Wir sollen jetzt auch noch fordern, dass die Forschung bei der Rüstungsproduktion im Grunde genommen staatlich unterstützt wird? Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die Profitraten in der Rüstungsindustrie sind hoch genug, dass die ihre Forschung selber bezahlen können. Dafür müssen wir als Steuerzahler nicht auch noch aufkommen.

Ich finde es richtig, wenn wir fordern: entsprechende staatliche Unterstützung für Rüstungskonversionsprogramme, für die Forschung zur Rüstungskonversion. Das

ist der richtige Ansatz, aber nicht die Unterstützung der Rüstungsproduktionsforschung.

Entweder muss die Antragsberatungskommission etwas ändern oder auch ich plädiere dafür, den Antrag abzulehnen und einen anderen Antrag zur Rüstungskonversion anzunehmen beziehungsweise den Hamburger Antrag, den wir schon beschlossen haben, als Grundlage zu nehmen. Darin sind die wichtigen Punkte enthalten. - Schönen Dank. (Beifall)

### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke für Deinen Beitrag. - Ich rufe auf den Kollegen Achim Hass, Verwaltungsstelle Kiel-Neumünster, Bezirk Küste, mit der Delegiertennummer 210.

### **Achim Hass, 210**

Hallo, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin einer der Betroffenen aus dieser Rüstungsindustrie. Ich komme von HDW in Kiel. Wir gehören zu Thyssen Krupp Marine Systems. Ich bin dort stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. Ich habe in den 35 Jahren auf dieser Werft viele Versuche erlebt, etwas anderes herzustellen, Konversion zu betreiben. Wir sind in den letzten Jahren von allen politischen Institutionen grandios alleingelassen worden. Das letzte Beispiel war 2005, als wir eigentlich bei der Energiewende einsteigen wollten. Wir wollten die Offshore-Windparks mit allem, was dazugehört, beliefern. Meine Kolleginnen und Kollegen in Emden können ein Lied davon singen. Das hat einen tausendfachen Arbeitsplatzabbau nach sich gezogen.

Seit den Neunzigerjahren geht es bei den Werften in den Küstenländern bergab. Wir befinden uns auch dort in einem strukturellen Wandel. Seit 2001 ist jeder vierte Arbeitsplatz verloren gegangen. Werften können heute nur noch in den Nischen oder spezialisiert überleben.

Wir als IG Metall haben eine klare Position - das haben wir öfter gehört -: Der Wandel darf nicht zulasten unserer Beschäftigten gehen. Ich spreche hier nicht nur über uns als Werften, sondern wir haben sehr viele Zulieferer aus ganz Deutschland. Sie kommen aus dem Zulieferbereich für Motoren, Getriebe, Elektronik, Stahl und so weiter. Deshalb brauchen wir eine aktive industriepolitische Begleitung des Wandels dringend.

Die ganzen Jahre - das habe ich bereits gesagt - wollte die Regierung in Berlin davon nichts wissen. Sie hat ihre Verantwortung einfach ignoriert. Das neueste Beispiel ist

folgendes. Das Verteidigungsministerium hat das neue Marineschiff MKS 180 europaweit ausgeschrieben. Da müssen wir gegen staatliche Werften in anderen Ländern antreten, sodass man von vornherein sagen kann: von den Preisen her keine Chance.

Die Staatssekretärin Dr. Suder hat mir persönlich im Sommer in Berlin gesagt: Deutschland kann es sich leisten, diesen Milliardenauftrag ins Ausland zu geben, weil sein Sozialsystem so gut ist. Dass damit viele Kolleginnen und Kollegen auf den Werften ihren Arbeitsplatz verlieren, ist anscheinend einkalkuliert. Das kann doch nicht wahr sein.

Kolleginnen und Kollegen, auch die Manager wollen keine Einmischung, schon gar nicht von IG Metall und Betriebsräten. Ihr Ziel war und ist es, mehr zu exportieren. Selbstverständlich stehen auch wir für Frieden und weltweite Abrüstung. Wir haben schon immer gesagt, dass Waffenexporte nicht vor Menschenrechte gehen dürfen.

Wir haben es jetzt erstmals geschafft, dass sich alle unsere europäischen Schwestergewerkschaften für restriktive Exportbestimmungen aussprechen. Wir verlangen aber auch zugleich, dass der Wandel aktiv im Sinne der Beschäftigten gestaltet wird. Dafür brauchen wir starke betriebsübergreifende Branchenarbeit, die auch die Politik in die Pflicht nimmt.

Mit dem Herrn Gabriel, den wir hier ja gesehen haben, organisierten wir den Branchendialog und den Innovationsfonds für zivile Projekte. Für die Beschäftigten ist es wichtig, dass wir diesen Weg weiter gehen. Deshalb bitte ich Euch um Zustimmung zum Antrag Beschäftigungssicherheit und Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland in abgeänderter Form, der von der Verwaltungsstelle Augsburg eingebracht worden ist, damit wir überhaupt die Chance bekommen, einen Wandel mitgestalten zu können und Arbeitsplätze zu sichern. - Vielen Dank. (Beifall)

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke, Achim, für Deinen Beitrag. Dir folgt die Kollegin Petra Wassermann, Verwaltungsstelle Ulm, Bezirk Baden-Württemberg, Delegiertennummer 476. Petra, Du hast das Wort. Ihr folgt die Kollegin Dorothee Diehm.

#### **Petra Wassermann, 476**

Grüßt Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin auch für nützliche Dinge. Ich bin auch für den Kampf gegen Kriege. Ich bin auch der Meinung, dass Kriege keine Probleme lösen, sondern Probleme schaffen. Eine meiner politischen Heimaten ist die

Auseinandersetzung und der Kampf gegen das Wettrüsten in den 80er-Jahren, in denen ich eine meiner Heimaten auch in den Gewerkschaften gefunden habe, die ja auch nicht immer uneingeschränkt gegen solche Prozesse aufgestanden sind. Ich sage das alles vorweg, weil ich lieber in diesem Fahrwasser bleiben würde. Es ist sehr viel einfacher, damit in der IG Metall-Familie zu bleiben.

Aber ich möchte ausdrücklich vor diesem Hintergrund für die Annahme der ABK-Empfehlung zum Antrag 136 werben. Ich will vielleicht auch ein bisschen versuchen, an mir persönlich diesen Spagat deutlich zu machen, warum ich das tue.

Ich bin seit 2006 hauptamtlich in der IG Metall. Bis ich meinen Arbeitsvertrag bei der IG Metall unterschrieben habe, war ich überzeugte Fahrradfahrerin und habe in meinem Leben bis dahin bestimmt mehr Kilometer mit dem Fahrrad als mit dem Auto zurückgelegt. Das fand ich eine ziemlich heile Welt. Ich habe dann in der IG Metall angefangen, solch ein kleines unbedeutendes Automobilwerk in Sindelfingen zu betreuen, das nun mal Autos herstellt. Natürlich habe ich die Interessen der Beschäftigten dort ernst genommen, und natürlich weiß jeder, der Betreuungsarbeit macht und mit Menschen diskutiert, dass die Kolleginnen und Kollegen in diesen Fabriken nicht einfach nur Sachwalter des Kapitals sind, nicht einfach denen nur hinterherlaufen, sie können sich aber auch nicht davon freimachen. Man muss also die Interessen ernst nehmen.

Seit 2011 bin ich wieder in meiner Heimatstadt Ulm, erst als Zweite, dann als Erste Bevollmächtigte und habe einen Betrieb übernommen, der schon viele verschiedene Namen gehabt hat. Er hat im Moment noch den Namen Airbus; das ist der schöne Teil. Defence and Space ist der hier problematische Teil, wird gerade ausgegliedert, hatte vor Jahrzehnten mal 5.500 Beschäftigte, heute noch 2.500. Die Kollegen vertrete ich heute. Das hat mich nicht daran gehindert, am Antikriegstag gegen Rüstung aufzutreten, und ich habe mir dort auch Kritik eingefangen. Trotzdem sehe ich deren Interessen und deren Nöte.

Worauf ich im Detail kurz eingehen möchte, ist, was es mit der Diversifikation und mit der Konversion so auf sich hat und dass das vielleicht nicht ganz so einfach ist, und dass wir das nicht nur in den eigenen Reihen diskutieren können, sondern auch auf politischer Ebene diskutieren müssen. Deswegen bin ich dankbar für die Politik der IG Metall dort und wünsche mir, dass das mit dem Antrag unterstützt wird.

Die Kolleginnen und Kollegen dort, die die IG Metall-Fahnen seit vielen Jahren hochhalten, haben in den 80er- und 90er-Jahren - eher in den 80er-Jahren - Erfahrungen mit Konversion gemacht. Sie haben zum Beispiel solche Dinge entwickelt, wie sie heute in aller Munde sind: Abstandswarnsensoren. Sie haben sich mit der Spracherkennung für Fahrzeuge beschäftigt, auch vor dem Hintergrund der Konversion.

Alles, was in dieser Richtung zivil entwickelt wurde, wurde dann vom Unternehmen einfach verkauft, weil es in dem Unternehmen keine Basis gab, wie sie nun mal in Ulm, in Grund und Boden und in Technik besteht, um dort eine Großserienproduktion für solche Dinge zu entwickeln, und weil auch die Marktzugänge nicht bestanden haben. Es wurde also durchaus etwas beigetragen zu Konversion und zu friedlichen Produkten, aber eben nicht für die Verbliebenen am Standort Ulm.

Die Kolleginnen und Kollegen - das interessiert jetzt vielleicht eher die Jungens hier unter Euch; ich habe es mir nur erzählen lassen, weil ich in den anderen Raum gehe, wenn da „WC“ draufsteht - haben auch Sensoren für WC-Spülungen entwickelt. Wenn man sich in irgendeiner Autobahnraststätte heute umdreht und einfach weggehen kann und das Ding spült von alleine, dann haben auch die Kollegen des Rüstungsbetriebs EADS daran mitentwickelt. Das haben die auch verkauft, weil das ein Radarstandort ist. Gemacht haben es dann Grohe oder Villeroy & Boch.

Ich will damit nur sagen: Es ist nicht ganz so einfach mit der Konversion, und das auch innerhalb eines Unternehmens, dass dann, wenn man das auch mit entwickelt, auch schon die Jobs für die Menschen, die das entwickelt haben, übrig bleiben, sondern da gibt es ein paar Wanderungsbewegungen.

Wenn man das technisch in den Griff kriegen möchte, wenn man das ökonomisch in den Griff kriegen möchte, und wenn man das mit den Betroffenen diskutieren möchte, dann braucht man dafür alle Zeit der Welt. Dann braucht man dafür die Zeit, das gut in der IG Metall zu tun, und dann braucht man dafür die Möglichkeit, das auch mit politischer Unterstützung zu tun. Wenn wir das nur in den eigenen Reihen diskutieren, dann bleibt es bei der Resolution.

Deswegen möchte ich abschließend noch einmal dafür werben: Gebt den Kollegen mit der Zustimmung im Sinne der Antragsberatungskommission die Zeit, auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen mit Konversion nach vorne zu arbeiten, mit Einfluss auf die Politik, und entzieht ihnen nicht diesen Boden. - Danke. (Beifall)

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke, Petra. - Als nächste Rednerin hat die Dorothee Diehm, Verwaltungsstelle Freudenstadt, Bezirk Baden-Württemberg, Delegiertenummer 401 das Wort.

#### **Dorothee Diehm, 401**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Dorothee Diehm. Ich bin Erste Bevollmächtigte in der Verwaltungsstelle Freudenstadt und betreue dort auch die Betriebe in der Rüstungs- und Wehrtechnik. Ein Betrieb wurde ja von einem meiner

Vorredner bereits genannt. Die Firma Heckler & Koch ist bei uns in Oberndorf. Die Firma Junghans Microtec ist bei uns in Oberndorf und die Firma Rheinmetall Waffe ist bei uns in Oberndorf, Kolleginnen und Kollegen.

Ihr könnt Euch vorstellen, dass es in Anbetracht der Situation insbesondere bei Heckler & Koch auch bei der Auseinandersetzung um das G36-Gewehr für die IG Metall nicht einfach war, dort auch Position zu beziehen. Hinsichtlich der Situation bei Heckler & Koch möchte ich Euch aber sagen, wie sich das derzeit gestaltet.

Die Belegschaft dort geht natürlich durch die Hölle der öffentlichen Meinung, durch das, was die Verteidigungsministerin über das G36 in die Welt gerufen hat. Die Beschäftigten und auch der Betriebsrat standen in der Zeit, in der die Auseinandersetzung öffentlich geführt worden ist, voll auf der Seite der Geschäftsleitung.

Wir als IG Metall sind natürlich von den Mitgliedern auch gefragt worden: Was tut Ihr hier für uns, wie bezieht Ihr Stellung? Das haben wir auch in der Öffentlichkeit getan und haben gefordert, dass sich das Bundesverteidigungsministerium mit dem Betriebsrat und der Unternehmensleitung zusammensetzen muss, um die Situation dort zu regeln.

Ich denke, viele würden jetzt sagen, das interessiert uns nicht, das ist ja wohl ziemlich gut, wenn das G36 jetzt so erkannt wurde; dann ist da schon mal ein Teil weg in der Produktion. Allerdings sehen die Beschäftigten das anders. Wir haben die Situation, dass wir als IG Metall aktuell auch gar keinen Zugang mehr zu den Betriebsräten bekommen, weil die Situation dort so gespalten ist, dass sie sagen: Die IG Metall ist ja sowieso gegen uns. Die Friedenspolitik ist zwar notwendig, aber wir brauchen eine Alternative, wenn wir keine Produktion mehr am Standort Oberndorf haben.

Es ist aktuell so, dass die Mitglieder nicht mehr zu unseren Mitgliederversammlungen kommen. Wir wollen mit der Geschäftsführung darüber reden, wie es am Standort Oberndorf mit der Rüstung und mit der Produktion weitergeht. Wir kommen aber in den Betrieb nicht hinein. Das heißt, dort findet ein Einmauern statt.

Die anderen Betriebsräte am Standort - wir hatten ja einen guten Organisationsgrad - verlangen auch dazu Antworten von der IG Metall, wenn wir zum Thema Frieden und Abrüstung reden und davon, dass in Deutschland keine Waffen mehr produziert werden dürfen.

Bei Microtec, die Zünder produzieren, hinkt die Produktion ebenfalls. Die haben keine oder nur wenig Aufträge. Wenn Ihr sehen würdet, wie der dortige Betriebsratsvorsitzende um weitere Produkte kämpft, dann würdet Ihr nur mit dem Kopf schütteln.

Genau dort müssen wir in der Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen ansetzen. Denn wenn es aus ganz unterschiedlichen Gründen mit der Produktion von Waffen schon schlecht aussieht, dann müssen wir als IG Metall - wir sind doch auch über die Vertretung in Berlin sehr angesehen - die Diskussion im Betrieb führen.

Wenn ich in unseren Resolutionen lese, dass wir eine nachhaltige Diskussion mit den Betriebsräten in den Betrieben führen müssen, dann muss ich auch sagen: Wir brauchen eine nachhaltige Diskussion auch mit den Arbeitgebern, mit der Bundesregierung, mit den Betriebsräten, mit der IG Metall und mit den Beschäftigten.

Die Herausforderung zu dem Antrag 1.136 besteht darin, dass wir darin einen aus meiner Sicht gangbaren Weg beschreiben für die Kolleginnen und Kollegen, die sich von uns in der Diskussion manchmal schlichtweg verlassen fühlen und eine Vorwurfshaltung einnehmen, indem sie sagen: „Dorothee, gehst Du auch in anderen Betrieben so damit um, wenn es um Beschäftigungssicherung geht, wenn es um die Produkte geht, die keinen Absatz mehr finden, dass man das so radikal wegnimmt?“

Eines ist in der Diskussion, die bei den Kolleginnen und Kollegen geführt wird, auch wichtig. Das sind ja keine Menschen, die gegen Frieden sind und die auch nicht wollen, dass gemordet wird. Vielmehr sagen die ganz einfach: „Wir haben hier die Produkte. Aber Ihr wollt gegen uns schießen.“ Das wird im wahrsten Sinne des Wortes so gesagt. Sie sagen weiter: „Andere Firmen auf der Welt produzieren flott weiter. Aber unsere Arbeitsplätze hier gehen verloren.“

Ich denke, dass wir diesen Vierklang brauchen. Der Antrag aus Augsburg ist für uns der richtige und gangbare Weg, diesen Vierklang zwischen IG Metall, Bundesregierung, Arbeitgeber, Betriebsräten und Beschäftigten hinzubekommen. Es reicht eben nicht, zu sagen, wir brauchen keine Rüstungsindustrie mehr, sondern wir müssen auch Brücken bauen und Alternativen aufzeigen, wie wir das auch in anderen Betrieben tun, hin zu einer anderen Produktion, hin zu einer anderen Technologie, um die Beschäftigung an diesen Standorten zu sichern.

Der Kollege vorhin hat ja auch ganz richtig gesagt: „Die Kolleginnen und Kollegen bei uns sind ganz gut organisiert, nämlich zu 50 Prozent, und sie machen auch bei unseren Kampagnen mit.“

Ich denke, dass die Annahme des Antrags 1.136 ein gangbarer Weg für uns und unsere Kolleginnen und Kollegen dort ist. Heute Morgen habe ich auch schon mit meinen Kolleginnen und Kollegen besprochen, dass wir, wenn dieser Gewerkschaftstag vorbei ist, auch dieses Thema in den Betrieben zusammen mit unseren Betriebsräten offen aufgreifen werden. Mit diesem Antrag könnte uns das gelingen. Deswegen bitte ich um Annahme des Antrags. - Danke schön. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke, Dorothee, für Deinen Beitrag.

Zu diesem Themenblock liegen uns noch zwei Wortmeldungen vor. - Ich gucke mal nach rechts und sehe dort noch eine dritte Wortmeldung.

Als nächster Redner hat nun Jonathan Möller das Wort, Verwaltungsstelle Kiel-Neumünster, Bezirk Küste, Delegiertenummer 212. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass auch die Möglichkeit besteht, weniger als sieben Minuten zu sprechen.

**Jonathan Möller, 212**

Ich glaube, ich kriege das in weniger als fünf Minuten hin.

Zu diesem Thema wurde schon viel Richtiges gesagt. Aber eine Betrachtungsweise hat mir ein bisschen gefehlt. Wenn wir uns über Rüstung und über Krieg unterhalten, dann müssen wir uns an irgendeinem Punkt auch mal über Kapitalismus als Ursache dafür unterhalten. (Leichter Beifall)

Welches Interesse hat Deutschland denn daran, dass Waffen ins Ausland geliefert werden? Das stabilisiert unser Wirtschaftswachstum. Wir verdienen daran. Das ist natürlich auch eine nachvollziehbare Intention. Die Kolleginnen und Kollegen machen ja Lohnarbeit, weil sie ja von irgendetwas leben müssen. Das ist in unserem Land so. Ich sage mal so: Seit den Hartz-Gesetzen können sie auch nicht mehr von etwas anderem leben. Aber das ist ein anderes Thema.

Diversifikation muss an irgendeinem Punkt erst einmal sein, damit ein Unternehmen seine Produktpalette entsprechend erweitern kann, um etwas anderes zu machen. Das halte ich für eine Tatsache. Man lernt ja nicht von heute auf morgen, wie man anstelle von Kalaschnikows zum Beispiel Spielzeugautos baut. Das geht halt nicht so schnell.

Ich bin mir auch ziemlich sicher, dass eine derartige Hightech-Industrie in der Lage ist, andere Möglichkeiten für den Absatz zu finden, beispielsweise in der Karbon-Verarbeitung.

Die Frage ist: Wie schaffen wir Anreize dafür? Insoweit wurde der wichtigste Punkt eigentlich schon genannt: Wir müssen offensichtlich Subventionen für Konversion schaffen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Kapitalisten, die an Waffen gut verdienen, an etwas anderem besser verdienen. Eine andere Möglichkeit kenne ich nicht, jedenfalls nicht, solange wir uns in einer kapitalistischen Marktlogik befinden. Wir können natürlich auch probieren, den Kapitalismus direkt zu überwinden. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Jonathan, vielen Dank.

Ich habe jetzt immer noch zwei Wortmeldungen. Der nächste Redner ist Klaus Ahlborn, Verwaltungsstelle Bremen, Bezirk Küste, 188.

Ich schlage Euch vor, nach dem dann folgenden Redner die Rednerliste zu schließen. (Beifall) Wer diesem Antrag folgen würde, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Eine. Enthaltungen? - Auch eine. Dann ist das so mit großer Mehrheit beschlossen.

Klaus, Du hast das Wort.

**Klaus Ahlborn, 188**

Ich bin Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Airbus Zivil. Trotzdem bitte ich darum, der Antragsberatungskommission zu folgen. Ich möchte dieses an einigen Argumenten festmachen.

Ich komme aus Bremen. In Bremen hat es die lange Tradition bei Airbus gegeben, dass es einen Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ gegeben hat. Wir haben dort auch ganz Vieles gemacht. Leider ist es aber nie so richtig dazu gekommen, dass diese Dinge auch produziert worden sind. Das hat etwas mit dem zu tun, was der Vorredner gerade gesagt hat, dass sich das nicht gelohnt hat und weil das Unternehmen nicht investiert hat.

Wir haben im letzten Jahr die Situation gehabt, dass sich Airbus umfirmiert hat; es gibt jetzt Airbus Group, wovon schon geredet worden ist. Wir haben in Bremen auch einen großen Anteil von Leuten, die den Rumpf von A400M zusammenbauen. Diese Leute sind im letzten Jahr ausgegliedert worden.

Jetzt könnten wir natürlich sagen: „Super! Die Konversion hat super hingehauen, die sind nicht mehr bei uns, und mit denen haben wir nichts mehr zu tun. Wir bauen jetzt nur noch zivile Produkte.“ Aber das ist nicht der richtige Weg. Ich glaube, dass auch diese Kolleginnen und Kollegen zu uns gehören und wir auch weiterhin gut mit ihnen zusammenarbeiten wollen.

Vorhin ist das Thema Grundlagenforschung genannt worden. Es ist gesagt worden, dass es doch nicht sein kann, dass man die Grundlagenforschung unterstützt. Aber ich glaube, genau diese Grundlagenforschung ist der Schlüssel dafür, dass man eben nicht einfach militärische Produkte in zivile Produkte umwandeln kann, weil diese Grundlagenforschung beides macht. (Beifall)

Wenn man sich diesen Antrag, auch den in geänderter Form, noch einmal durchliest, dann steht darin, dass gerade auch staatliche Aufträge einen Teil dieser Forschung und die Entwicklungskosten für Diversifikation und Konversionsprojekte tragen sollen.

Deswegen bitte ich darum, diesem Antrag zu folgen. - Vielen Dank. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke, Klaus, für Deinen Beitrag. - Das Wort hat nun der Kollege Peter Seeger, Verwaltungsstelle Kiel-Neumünster, Bezirk Küste, Teilnehmernummer 3/030. - Peter, Du hast das Wort.

**Peter Seeger, 3/030**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme aus Kiel und bin dort der Erste Bevollmächtigte. Wir sind eine Verwaltungsstelle, die stark von der Rüstungsindustrie geprägt ist. Wir haben insgesamt 12.000 Mitglieder, und wir haben eine ganze Reihe von Firmen, die im Rüstungsbereich - und das sage ich auch so deutlich - produzieren. Wir haben TKMS, die U-Boote und Fregatten bauen. Wir haben Rheinmetall Landsysteme, die im Panzerbau tätig sind. Wir haben Raytheon Anschütz, die gerade im Navigationsbereich in der Rüstungsindustrie führend sind.

Ich habe lange überlegt, ob ich noch einmal an das Rednerpult gehe und einige Sätze zu der Problematik sagen soll. Ich habe das deswegen gemacht, weil ich die Beiträge von Heidi Scharf und von Wolfgang Reschke so verstanden habe, dass es nur den einen Weg gibt, den wir beschreiten und beschließen müssen.

Gerade von Euch beiden ist noch einmal gesagt worden: In dem Antrag gibt es Unklarheiten. Es fehlen Themen. Die Konversion ist nicht deutlich genug angesprochen worden.

Ich möchte Euch noch einmal bitten: Guckt noch einmal genau in den Antrag. Dieser Antrag ist eben nicht schwarz-weiß, sondern er beinhaltet die Problemlage der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie. Wir haben einen großen Wandel. Wir haben große Arbeitsplatzverluste.

Aber in diesem Antrag der Augsburger steht ganz deutlich: Es ist mehr Konversion gefordert. Es ist mehr Waffenkontrolle gefordert. Wir reden ja nicht nur über Konversion. Wir haben in unserem Arbeitskreis „Wehrtechnik“ in Berlin uns nicht nur mit dem Wirtschaftsministerium auseinandersetzt, im Wesentlichen mit Minister Gabriel, sondern auch mit Staatssekretärin Suder.

Wir haben mit dem neuen Innovationsfonds der Bundesregierung zumindest einen Anfang gemacht. Ihr glaubt doch nicht, dass das Wirtschaftsministerium freiwillig X Millionen ausgibt, um Rüstungskonversion voranzutreiben. Aber wir haben das in diesen Gesprächen und Diskussionen gefordert, und ich glaube, letztlich ist es auf unsere Initiative hin auch durchgesetzt worden.

Ich möchte noch kurz auf das eingehen, was Dorothee Diehm aus Freudenstadt gesagt hat. Die Probleme sind nachvollziehbar. Die Diskussion haben wir auch in der Verwaltungsstelle Kiel-Neumünster. Wir haben die Diskussion über die Frage: Welche Position hat die IG Metall zu den Beschäftigten, zu den Rüstungsunternehmen und auch zu Alternativen?

Ich glaube, Dorothee hat es richtig formuliert. Wir müssen einen Dialog auf allen Ebenen führen. Wir müssen mit den Betriebsräten reden, wir müssen mit unseren Vertrauensleuten und mit den Beschäftigten reden. Wir müssen aber auch mit der Regierung und mit dem Management reden. Beim Management ist es besonders schwer, über Alternativen zu diskutieren und andere Entscheidungen herbeizuführen.

Ich glaube, im Antrag der Augsburger wird diese Ambivalenz des Themas Rüstungsindustrie und Rüstungstechnologie deutlich. Deshalb spreche ich mich ausdrücklich dafür aus, dass der Antrag von Euch unterstützt und angenommen wird. Wir können mit diesem Antrag hervorragend leben. Ich glaube, wir gehen einen gemeinsamen Weg für Rüstungskonversion, für weniger Waffenproduktion, wenn wir das als Auftrag verstehen, wenn wir ab Montag wieder in den Betrieben sind und dort diskutieren.

Lasst mich zum Schluss sagen: Wir dürfen keinen Gegensatz aufbauen gegenüber den Beschäftigten, die im Rüstungsbereich tätig sind. Die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, sind nicht die Kriegstreiber. Ich will das hier noch einmal ganz deutlich sagen. (Beifall)

Ich habe in vielen Gesprächen immer wieder die Frage nach Alternativen angesprochen. Wir bekommen als IG Metall viel Zustimmung. Ja, die Kollegen sind teilweise stolz auf die Technik, die sie dort produzieren, aber sie wissen auch, was mit den Waffen passiert. Wir werden bei ihnen aber nur landen, wenn wir ihnen eine Alternative aufzeigen und wenn wir dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze auch im alternativen Bereich sicher bleiben und sicherer werden.

Ich kann Euch nur sagen: Wenn wir sagen schwarz oder weiß und dann die Mitglieder verlieren, können wir einen Großteil unserer Verwaltungsstelle schließen. Das wollen wir nicht. Wir wollen die Beschäftigten und unsere Mitglieder mitnehmen. Deswegen spreche ich mich für diesen Antrag aus und für einen gemeinsamen Weg. - Danke.

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke, Peter. - Ich frage bei der Antragsberatungskommission nach. Witich, wie sieht es aus mit der Empfehlung?

#### **Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Lasst mich noch ein paar Punkte dazu sagen. Wir bleiben bei unserer Empfehlung. Es gab einen Wunsch in der Diskussion, dass der Antrag von Salzgitter-Peine nicht durch den Antrag von Augsburg, sondern durch den Antrag von Hamburg erledigt wird. Das ist jetzt ganz schwierig. Deshalb lasst mich noch zwei oder drei Punkte dazu sagen.

In seinem Diskussionsbeitrag hat der Kollege Wolfgang Räschke zu Recht gesagt: Man muss auch die Ursachen der Flüchtlingswelle benennen. Ich habe gesagt: Das haben wir sehr deutlich und in aller Klarheit in dem Hamburger Antrag tatsächlich getan. Wir haben da auch die Vision einer Welt ohne Waffen deutlich formuliert. Dieses Antragsbegehren, das er inhaltlich formuliert hat, ist von uns mit dem Hamburger Antrag schon beschlossen worden.

Heidi hat zu dem Antrag gesprochen und kritische Anmerkungen gemacht. Ich sage dazu: Bei den Änderungen - deswegen war ich auch so stolz darauf, dass wir das in den Augsburger Antrag hereingenommen haben - ist wörtlich die Formulierung des

Antrags der Verwaltungsstelle Schwäbisch Hall auf sofortige Einstellung der Lieferung von Kleinwaffen in Krisengebiete enthalten. Das ist die wörtliche Formulierung der Forderung der Verwaltungsstelle Schwäbisch Hall. Die haben wir genauso in den Augsburger Antrag aufgenommen. Insofern ist das Antragsbegehren darin enthalten.

Jetzt muss ich mich bei Wolfgang entschuldigen. Ich habe gesagt, in dem Antrag stehe „grundsätzliches Verbot“. Es steht aber genau die Formulierung im Antrag, wie sie von der Verwaltungsstelle Schwäbisch Hall gefordert worden ist. Im Antrag der Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine gibt es keine Forderung nach Einstellung der Lieferung von Kleinwaffen. Das steht lediglich im Essener Antrag, in dem das uneingeschränkt gefordert wird. Wir haben uns deshalb auf die Integration dessen bezogen.

Ich denke, man muss damit leben können, dass beide Anträge, wenn wir sie beschließen, auch zusammengehören. Es kann nicht immer so sein, dass alle Anträge völlig deckungsgleich sind. Irgendwann muss man auch an den Punkt kommen, dass man darüber beschließt.

Ich wollte noch einmal deutlich machen: Wir haben versucht, die Anliegen, die in den Anträgen zur Rüstungskonversion enthalten sind - ich nenne als Beispiel den Antrag aus Schwäbisch Hall -, in diesen Antrag zu integrieren. Deswegen bitten wir Euch, unserer Empfehlung zu folgen, nämlich Annahme in geänderter Fassung. Ich denke, alle sonstigen inhaltlichen Sachen sind dazu schon gesagt worden.

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke, Witich. - Wir kommen zur Abstimmung. Wer folgt der Empfehlung der Antragsberatungskommission? Den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt.

Wir haben jetzt die Anträge bis 1.145 abgearbeitet. Wir hätten in diesem Block jetzt noch sechs Anträge. Zu den ersten drei Anträgen liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich rufe den Antrag 1.146 auf. - Witich, bitte.

#### **Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Bist du sicher, dass Du Antrag 1.146 aufrufst?

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Ja, nach Adam Ries.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Dann steht hier etwas Falsches.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Verwaltungsstelle Dortmund, Rüstungskonversion. Empfehlung: Annahme als Material an den Vorstand.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Dann empfehle ich das auch so. (Heiterkeit)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Okay. Dann stimmen wir es so ab. Das kann man ja auch machen, ohne BVB-Fan zu sein. Wer also meiner Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So angenommen. - Vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag 1.147.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Damit sind wir wieder im Boot. Wir empfehlen Annahme als Material an den Vorstand. Es ist ein Antrag der Verwaltungsstelle Jena-Saalfeld. Darin werden sehr viele Anforderungen an den Vorstand gestellt, was der alles in welcher Form koordinieren, integrieren, voranbringen soll. Das war als Anregung zum Teil auch schon in dem Augsburger Antrag enthalten. Ich kann jedem noch einmal empfehlen, diesen Antrag zu lesen. Es ist, glaube ich, der am schönsten geschriebene Antrag, der auf diesem Gewerkschaftstag vorliegt, mit sehr prosaischen Formulierungen.

Aber der eigentliche Inhalt ist so, dass der Vorstand das wirklich intensiv überprüfen muss, dass er entscheiden muss, wie und in welcher Form er das macht. Deshalb unsere Empfehlung: Annahme als Material an den Vorstand.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig.

Ich rufe den Antrag 1.148 auf.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Annahme als Material zur Entschließung. Er hat viele Sachen, die wir vorher schon beschlossen haben. Darüber hinausgehend fordert er: keine Verschwendung von Steuergeldern für die Finanzierung oder Absicherung von Rüstungsexportgeschäften. Das geht darüber hinaus. Deswegen: Annahme als Material zur Entschließung.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Keine. So angenommen.

Ich würde jetzt vorschlagen, Kolleginnen und Kollegen, dass wir noch die drei Initiativanträge bearbeiten - denn damit hat man den ganzen Block geschlossen - und würde den Initiativantrag I 001 aufrufen.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Wir empfehlen Annahme in geänderter Fassung. Es geht um die Umwidmung des Betreuungsgeldes. Das Bundesverfassungsgericht hat beschlossen, dass das Betreuungsgeld von der Bundesregierung falsch beschlossen wurde. Die Antragstellerin möchte, dass die für das Betreuungsgeld vorgesehenen finanziellen Mittel für den flächendeckenden Ausbau von qualitativ guter Kinderbetreuung eingesetzt werden.

Der Initiativcharakter ist gegeben. Das inhaltliche Antragsbegehren wird von uns unterstützt. Wir haben lediglich eingefügt, dass wir nicht nur auf die Bundesregierung, sondern vor allem auch auf die Landesregierungen Einfluss nehmen müssen, weil die sozusagen dafür zuständig sind. Erst dann macht der Antrag richtig Sinn.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Die Antragstellerin wünscht das Wort. Das Wort bekommt Nicole Hirtz, Verwaltungsstelle Völklingen, Bezirk Mitte, Teilnehmernummer 174.

**Nicole Hirtz, 174**

Danke. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Nicole Hirtz. Ich bin Betriebsrätin bei den Ford-Werken in Saarlouis, also im Saarland, in der besten Verwaltungsstelle, der Verwaltungsstelle Völklingen. Ich grüße alle Saarländer und natürlich auch den Bezirk Mitte. (Beifall)

Bevor ich jetzt aber zum Initiativantrag rede, möchte ich noch kurz etwas zu meinem Betrieb sagen. Ich arbeite bei Ford in Saarlouis. Dort sind im Moment 6.500 Beschäftigte. Von diesen 6.500 Beschäftigten sind momentan rund 179 Kolleginnen und Kollegen nicht in der IG Metall organisiert. Somit sind wir bei einem Organisationsgrad von fast 98 Prozent. (Beifall)

Für manche wird es sich jetzt vielleicht komisch anhören, aber wir kennen wirklich jedes Nicht-Mitglied persönlich, und sie werden auch regelmäßig von uns angesprochen.

Jetzt aber genug von mir und meinem Betrieb. Eigentlich bin ich ja hier, um über den Initiativantrag 001 zu sprechen: „Betreuungsgeld umwidmen“. Das Bundesverfassungsgericht hat am 21. Juli dieses Jahres das Betreuungsgeld für nicht verfassungskonform erklärt. Ich bitte Euch: Lasst uns diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nutzen und die Forderung stellen und durchsetzen, dass die freigegebenen Mittel des Betreuungsgeldes in Milliardenhöhe für den flächendeckenden Ausbau von qualitativ guten Kinderbetreuungseinrichtungen eingesetzt werden.

Herr Schäuble hat sich ja sofort gegen den von Manuela Schwesig und vom Städte- und Gemeindebund gemachten Vorschlag ausgesprochen und will das Geld für den allgemeinen Haushalt vereinnahmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles spricht für den flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Sie sind eine Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern am Erwerbsleben, und sie sind ein wichtiger Baustein zur Integration von Flüchtlingen, unter anderem durch das gemeinsame Spielen und die Vermittlung von Sprachkompetenzen.

Ich bitte Euch um Unterstützung des Initiativantrages und die Annahme des Antrages. Ich danke der ABK für die Ergänzungen und Euch für Euer Zuhören. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Nicole, vielen Dank. - Dann kann ich in die Abstimmung gehen, wenn Witich nicht sein Veto erhebt. - Okay.

Dann frage ich, wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Eine Enthaltung, somit angenommen; vielen Dank.

Ich rufe den Initiativantrag 002 auf. - Witich, bitte.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Wir schlagen vor: Annahme in geänderter Fassung. Hier geht es jetzt nicht um kleine redaktionelle Änderungen; das seht Ihr, wenn Ihr auf den Text guckt. Das sind sehr umfangreiche Veränderungen, die wir vorgenommen haben. Wir haben sie vorgenommen, damit der gesamte Kongress zu diesem Attentat, das ja wirklich einen Initiativantrag wert ist, angenommen werden kann.

Die Situation in der Türkei ist im Augenblick hochexplosiv. Die Türkei befindet sich inmitten von Wahlen. Deswegen müssen wir auch mit besonderer Sorgfalt bei Initiativ- und anderen Anträgen zu diesem Themengebiet mit dem Thema umgehen.

Wir, die Antragskommission, haben uns bemüht, zusammen mit vielen Kollegen aus der Türkei und auch mit Migranten unter unseren Delegierten eine Fassung zu finden, die dem tatsächlich gerecht wird, dass wir das Attentat verurteilen, die Aufklärung fordern, unsere Position deutlich machen, dass wir jede Form der Gewalt als Mittel der Lösung von Konflikten ablehnen, und dass wir eine Forderung an die Bundesregierung richten, dass wir aber nicht Forderungen erheben, die in die innere Politik der Türkei eingreifen.

Das waren unsere Leitaspekte, unter denen wir diese Veränderungen vorgenommen haben. Das ist jetzt wirklich mehr Veränderung. Das sind politische Veränderungen, die wir vorgenommen haben, um es allen zu ermöglichen, diesem Antrag zuzustimmen. In dem Sinne bitte ich Euch um Annahme in der geänderten Fassung.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Es liegt eine Wortmeldung vor. Der Antragsteller hat das Wort: Hüseyin Uc, Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, mit der Delegiertennummer 257.

**Hüseyin Uc, 257**

Schönen guten Nachmittag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte ganz kurz Eure Aufmerksamkeit zu dem Thema. Erst einmal: Danke schön an die ABK,

dass sie das Thema noch einmal so in der Form angenommen hat, und auch für die Veränderung. Die ist so weit okay. Die Botschaften sind drin, die wir damit versenden wollten.

Uns ging es natürlich auch darum, dass wir das Thema, weil das auch kurz vor dem Gewerkschaftstag passiert ist, auch hier platzieren wollten. Das war so eine Spontanaktion, die wir bei uns in der Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine thematisiert haben. Wir haben darüber auch im Ortsmigrantenausschuss und in der Verwaltungsstelle diskutiert.

Es war uns schon wichtig, hier auf dem Gewerkschaftstag dazu Stellung zu nehmen. Auf dieser Veranstaltung am 10. Oktober - während wir uns in Berlin mit 250.000, 300.000 Menschen versammelt haben - haben in Ankara Hunderte von Tausenden Menschen sich für den Frieden versammelt. Dort gingen zwei Bomben hoch. Was da passiert ist, habt Ihr ja in den Medien mitgekriegt: über 100 Tote mittlerweile, über 100 Verletzte. Es waren Gewerkschafter, die dazu aufgerufen haben. Unter anderem war ja auch der Kollege Adnan Serdaroglu dabei, der am Sonntag bzw. Montag hier unter uns war und sich auch vor Ort befindet.

Es war uns wichtig, hier als Gewerkschafter auf einem Gewerkschaftstag die Signale, die Botschaften auszusenden, dass wir uns solidarisieren, auch unmittelbar in einem Land an den europäischen Grenzen, das nach Europa will. Wir wollten damit die Signale senden, dass wir den Menschen beistehen, für die Gestorbenen Beileid empfinden und hinter den Verletzten stehen.

Es war auch wichtig, dass wir damit ein Signal zur Unterstützung der Gewerkschaften aussenden. Denn in den Gesprächen hat man schon gehört, dass die Gewerkschaften mittlerweile eingeschüchtert sind, nicht mehr auf die Straße gehen und Demonstrationen machen können, um in den zukünftigen Tarifverhandlungen ihre Forderungen durchzusetzen. Da sind sie schon angewiesen auf unsere Hilfe, auf die Hilfe der IG Metall, auf die Hilfe aus Europa. Von daher sind die Botschaften hier klar definiert.

Zum Schluss will ich ein Zitat wiedergeben, das deutlich macht, was wir als Schlussbotschaft versenden möchten:

„Die Delegierten des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstags fordern von der Bundesregierung, dass sie eine europäische Initiative zur Fortsetzung des Friedensprozesses in der Türkei startet mit allen beteiligten Parteien, Gruppierungen, Gewerkschaften.“

Wir haben festgestellt, dass einseitig dieser Friedensprozess nicht nur in die Hose gegangen ist, sondern auch Menschenleben gekostet hat. Dieser Prozess muss auf breite Schultern gestellt werden. Nur so können wir eigentlich dem Land Türkei ein Stück weit helfen.

Es gibt so viel zu erzählen, was in den letzten drei Monaten in der Türkei passiert ist, aber das würde jetzt zu weit führen. Deshalb möchte ich es dabei belassen.

Ich danke der ABK dafür, dass sie die Annahme des Antrags in geänderter Fassung empfiehlt, und ich bitte um Zustimmung. - Danke. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Hüseyin, vielen Dank für Deinen Beitrag.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antragsteller hat sich mit unserer Empfehlung zum Antrag einverstanden erklärt, und dann bleiben wir auch dabei.

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Okay. Dann kommen wir zur Abstimmung. - Wer der Antragsberatungskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so der Antragsberatungskommission gefolgt.

Ich rufe den Initiativantrag I 003 auf.

**Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Der Antrag befasst sich mit der aktuellen Situation in Griechenland, nachdem die Troika die griechische Regierung gezwungen hatte, fast diktatorisch, das Memorandum anzunehmen, und formuliert unsere gewerkschaftlichen Positionen dazu. Wir empfehlen die Annahme in geänderter Fassung, weil wir das erweitert haben um Gewerkschaftsrechte, die im Augenblick in Finnland und in Großbritannien massiv angegriffen werden. Das wollten wir da mit drin haben, denn es geht ja um „Europa neu begründen“.

Wir haben - und das ist das erste Mal in meinem Leben, dass ich das sagen muss - uns dafür eingesetzt, dass die Bild-Zeitung gestrichen wird. (Vereinzelt Heiterkeit - Beifall) Wir haben gesagt: Streichen „nationalistische Stimmungsmache durch Bild-

Zeitung und andere Leitmedien“. Das aus dem ganz einfachen Grund: Wir wollten nicht in den Verdacht geraten, in das gleiche Fahrwasser bezüglich Lügenpresse wie Pegida zu geraten.

Das ändert aber nichts daran, dass wir weiterhin sehr kritisch jeden Schritt der Bild-Zeitung und anderer Presse, wenn sie nationalistisch ist, beobachten. Aber wir müssen gleichzeitig feststellen, dass wir im Augenblick hinsichtlich der Flüchtlingsproblematik in vielen Punkten in der Presse eine aufgeschlosseneren Haltung sehen als in manchen Teilen der Bevölkerung. Die Journalisten, die sich da engagieren, die wollten wir nicht durch eine pauschale Abkanzelung in dieser Situation sozusagen an der Weiterführung ihrer aufklärerischen Tätigkeit hindern.

Der Antrag hat 150 Unterschriften, und wir empfehlen Annahme in der nur ganz wenig geänderten Fassung.

#### **Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Danke. - Es liegt eine Wortmeldung vor. Das Wort hat der Kollege Wolfgang Förster, Verwaltungsstelle Neustadt, Bezirk Mitte, mit der Delegiertennummer 154.

#### **Wolfgang Förster, 154**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Wolfgang Förster. Ich bin VK-Leiter im Mercedes-Benz-Werk Wörth. Das ist das Werk, in dem die großen Mercedes gebaut werden, die Lkws.

Ich glaube, wenn wir die Erpressung einer demokratisch gewählten Regierung zulassen, die sich vorgenommen hat, für ihre Menschen und gegen die Kapitalinteressen etwas zu unternehmen, dann sollte uns das als Gewerkschaft sehr hellhörig machen. Wenn wir zulassen, dass diese Methode Erfolg hat, dann können wir auch TTIP und seinem Investorenschutz zustimmen.

Ein Europa, das sozial gerecht sein soll, wie wir es als IG Metall fordern, geht nicht mit erpresserischen Methoden von nicht demokratisch legitimierten Institutionen. Hier ist unsere internationale Solidarität gefordert mit unseren griechischen Kolleginnen Kollegen, mit der griechischen Jugend, die somit jeder Perspektive für ihre Zukunft beraubt wird, und mit den griechischen Rentnerinnen und Rentnern, die nicht wissen, ob ihre Rente für das Essen bis zum Ende des Monats reicht.

Wir sind mit der Änderungsempfehlung der ABK einverstanden und bitten um Zustimmung. - Danke. (Beifall)

**Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums**

Vielen Dank, Wolfgang. - Damit kann ich gleich zur Abstimmung kommen. - Wer der Empfehlung der ABK folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Kolleginnen und Kollegen, damit hätten wir alles, was mit der Entschließung 1 zu tun hat, abgehandelt. Ich bedanke mich recht herzlich dafür und auch für Eure große Disziplin. - Vielen Dank. (Beifall)

Zwei Ansagen hätte ich noch zu machen, dann kommt Ihr auch in die wohlverdiente Pause. Erstens: Alle Daimler-Delegierten treffen sich hier zu einem Fototermin.

Zweitens: Wir machen heute bis maximal 18.30 Uhr. Das bitte ich zu berücksichtigen. - Vielen Dank.

(Unterbrechung des Kongresses: 16.36 Uhr)

•

(Fortsetzung des Kongresses: 17.00 Uhr)

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir steigen ein in den letzten Teil für den heutigen Tag. Damit Ihr Euch nachher auf die Antragsberatung konzentrieren könnt, erzähle ich Euch jetzt schnell, wie es danach weitergeht.

Im Anschluss an unsere heutige Beratung findet der Parlamentarische Abend hier in der Messe statt. Dazu einige Hinweise. Wir erwarten einiges an Prominenz. Unter anderem wird auch Sigmar Gabriel den Parteienabend der SPD besuchen. Damit verbunden sind einige Sicherheitsmaßnahmen. Aber seid beruhigt: nicht so dramatisch wie bei der Kanzlerin. Habt aber bitte Eure Teilnehmerausweise bei Euch, damit man feststellen kann, dass Ihr berechtigt seid, Euch hier aufzuhalten. Das erleichtert dem Personenschutz und dem Sicherheitsteam die Arbeit.

Zum Essen - das ist ja auch immer ganz wichtig -: Essen gibt es da, wo es auch das Mittagessen gab. Die Zeiten, als es bei den Parteien unterschiedliches Essen gab, sind lange vorbei. Es gibt also für alle das Gleiche. .

Die Parteien findet Ihr, wenn Ihr wollt, an folgenden Stellen: Die SPD in der Halle 11 unten im Foyer, die CDU/CSU in der Halle 11 auf der Ebene 1 am Café Bellavista,

Bündnis 90/Die Grünen auf der VIA-Ebene eine halbe Etage unter uns und die Linken ebenfalls auf der VIA-Ebene.

Zu den Bussen: Zum Hotel Leonardo Royal fährt nach dem Kongressende einmal ein Bus. Wer keinen Bedarf nach Austausch mit den Parteien hat, hätte die Möglichkeit, nach dem Abendessen um 19.30 Uhr ins Leonardo Royal, zum Radisson Blu, zum Mövenpick, zum Ramada und zum Wyndham zu fahren. Es ist geplant, dass der Parteienabend gegen 22 Uhr zu Ende ist. Auch dann fahren noch einmal die Busse ins Radisson, ins Wyndham, zum Mövenpick, zum Ramada und zum Leonardo.

Ihr könnt Euch also überlegen, ob Ihr nur zum Abendessen bleiben wollt oder anschließend auch zum Parlamentarischen Abend.

Wir steigen jetzt ein in die Beratung der Leitanträge, die der Entschließung zugeordnet sind. Bevor wir damit beginnen, sage ich jetzt erst einmal: Film ab. (Filmeinblendung zum Leitantrag „Junge IG Metall“ - Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser kurze Einspieler sollte uns auf die inhaltlichen Themen des Leitantrags „Junge IG Metall“ einstimmen. Ich habe an Eurem Beifall gemerkt: Ihr fandet die Idee offensichtlich auch gut und gelungen.

Wir starten jetzt in die Beratung zum Leitantrag. Genau wie vorhin bei den Entschließungen beginnen wir mit dem Ergänzungsantrag.

Ich rufe auf den Ergänzungsantrag EL1.001-EA1. Das Wort erhält die Sprecherin der Antragsberatungskommission Eva Stassek für die Begründung.

#### **Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Schönen guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht noch zwei Sätze zu mir. Ich bin die Zweite Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Braunschweig. (Beifall)

Die Beschlussempfehlung für den Ergänzungsantrag lautet: Annahme. Die vorgeschlagene Ergänzung ist eine sinnvolle Erweiterung des Antragsbegehrens. Die gestrige Debatte zum Geschäftsbericht hat gezeigt: Wir sind im Bereich der Studierenden auf einem sehr guten Weg, wollen aber noch besser werden.

Seit Jahren steigen die Studierendenzahlen. Immer mehr Berufseinsteigerinnen und -einsteiger kommen direkt im Anschluss an ihr Studium in den Betrieb. Wir ha-

ben viele Tausend Studierende heute schon im Betrieb als Praktikanten, Werkstudenten, Ferienbeschäftigte. Es gilt, auch sie anzusprechen. Deswegen empfehlen wir die Annahme der Beschlussempfehlung.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Wir können deswegen gleich zur Abstimmung schreiten. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann ist damit der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt und der Antrag angenommen.

Ich rufe jetzt auf den Leitantrag EL1.001 und gebe Eva das Wort für die Begründung der Empfehlung.

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

„Mich interessiert vor allem die Zukunft, denn das ist die Zeit, in der ich leben werde.“ - In diesem Leitantrag und dem darauf folgenden Antragsblock geht es inhaltlich um das Zitat von Albert Schweitzer. Es geht um die jungen Menschen in unserem Land und um die Frage, ob es uns als Organisation gelingt, junge Menschen, junge Gewerkschafter zu ermuntern und zu befähigen, sich gemeinschaftlich für ihre eigenen Interessen einzusetzen.

In dieser Lebensphase zwischen 15 und 35 bauen die jungen Männer und Frauen an ihrer beruflichen Zukunft in Ausbildung, Studium oder in dualen Studiengängen. Sie sammeln erste berufliche Erfahrungen in den Betrieben.

Diese Zeit ist geprägt von vielem Neuen, Interessanten, viel Aufwand für Lernen und Ausprobieren, viel Motivation, Fantasie und Kreativität, vom Suchen und Finden, von Fähigkeiten und Freunden, von Lebenspartnern und von Lebenswegen.

Das ist auch die Zeit, sich zu engagieren, bei uns, bei der IG Metall, für die Menschen, für die bestmögliche Zukunft. Wir unterstützen und befördern die Aktivitäten der Jugend zur Gestaltung ihrer Ausbildung, ihren Arbeitsbedingungen, der Politik und unserer Gesellschaft. Hierzu bedarf es konkreter Vorstellungsfähigkeit, nachhaltiger Überzeugungsstärke, aber eben auch effektiver und dauerhafter Durchsetzungskraft, die entscheidend durch Mitgliederstärke ermöglicht wird.

In dem vorliegenden Leitantrag Junge IG Metall, den wir gleich abstimmen wollen, sind konkrete Maßnahmen beschrieben, um diese Durchsetzungskraft auch weiterhin auf- und auszubauen und deutliche Mitgliederzuwächse zu erreichen. Die Inhalte der erfolgreichen Kampagnen „Operation Übernahme“ und „Revolution Bildung“ wollen wir - sofern nicht bereits umgesetzt - in Zukunft ebenfalls in Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen oder Gesetzen festschreiben und darüber hinaus auch gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen.

Hierbei werden unter anderem als Vorhaben für die nächsten vier Jahre genannt, den Tarifvertrag Bildungsteilzeit umsetzen, einen Tarifvertrag für dual Studierende abschließen und die Balance von Arbeit und Leben sicherstellen, um individuelle Freiräume für Lebensplanung kollektiv zu verwirklichen.

Unsere Beschlussempfehlung lautet deswegen logischerweise Annahme des Leitantrages.

#### **Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Eva. - Mir liegt zu diesem Antrag eine Wortmeldung vor. Das Wort erhält die Kollegin Cheyenne Todaro aus der Verwaltungsstelle Mannheim, Bezirk Baden-Württemberg, mit der Delegiertennummer 437.

#### **Cheyenne Todaro, 437**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Cheyenne Todaro. Ich bin 22 Jahre alt. Ich bin Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung im Mercedes-Benz-Werk Mannheim und bin seit sechs Jahren aktiv in der IG Metall-Jugend. Bevor ich mit meinem Beitrag starten möchte, würde ich gerne ein kleines Experiment mit Euch wagen. Ich bitte alle Anwesenden, die in der IG Metall-Jugend aktiv waren oder es derzeit sind, mal kurz die Hand zu heben. - Mehr, als ich gedacht habe; danke schön. Nun bitte alle die Hand heben, die in den letzten Wochen junge Menschen für die IG Metall gewinnen konnten. - Okay, ich finde, die Resonanz zeigt uns noch einmal ganz klar und deutlich, wie wichtig die Ansprache von jungen Menschen in unseren Betrieben ist.

Es ist kein Geheimnis, dass die sogenannte Altersschere, die immer mehr auseinander geht, nicht nur ein Problem in unseren Betrieben ist, sondern auch eine Frage, mit der sich die Gesamtorganisation kritisch auseinandersetzen muss. Wenn wir als IG Metall weiterhin stark und kampffähig bleiben möchten, müssen wir die Mitgliedergewinnung und Beteiligung der jungen Generation zur Kernaufgabe der Organisation und zur Chefsache erklären. (Beifall)

Das Ganze zur Chefsache zu erklären heißt für uns, dass alle in der Verwaltungsstelle dafür Verantwortung übernehmen. Wir brauchen klare Ziele und verbindliche Vereinbarungen, wie wir diese erreichen. Die politischen Sekretärinnen und Sekretäre mit dem Schwerpunkt Jugend dürfen mit dieser Zukunftsfrage nicht alleingelassen werden. Bevollmächtigte und Betriebsbetreuerinnen haben auch hier ihre Unterstützung zu leisten.

Dasselbe gilt aber auch für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen in unseren Betrieben. Auch hier sollte es oberste Priorität des Betriebsrats sein, sich um die Kampffähigkeit des Betriebes zu kümmern und so viele junge Menschen wie nur möglich für die IG Metall zu begeistern. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, allein in den nächsten zehn Jahren werden wir bei konstanter Mitgliederentwicklung über 200.000 Mitglieder in unseren Betrieben verlieren. 200.000! Wir müssen unsere Stärken und Kompetenzen bündeln und die Verjüngung der IG Metall als gemeinsames Ziel verstehen. Das bedeutet aber auch, Neues zu wagen und weitere wichtige Zielgruppen neben den Auszubildenden anzusprechen und zu organisieren.

Seit nun mehr als vier Jahren leistet die IG Metall in allen Bezirken durch die systematische Ansprache von unseren dual Studierenden durch unsere politischen Sekretärinnen und Sekretäre mit dem Schwerpunkt Studierendenarbeit wertvolle Arbeit. In den letzten sieben Jahren konnten wir über 5.000 dual Studierende von der Wichtigkeit einer Mitgliedschaft in der IG Metall überzeugen. 5.000 dual Studierende! (Beifall) Dies ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können.

Daher fordern wir als Junge IG Metall, dass auch weiterhin Ressourcen für die Studierendenarbeit zur Verfügung gestellt werden, um die Ansprache unserer jungen Generation noch breiter aufzustellen. Doch auch hier ist es nicht damit getan, uns auf den Lorbeeren auszuruhen. Potenziellen Mitgliedern ist es immer wichtiger, klar aufgezeigt zu bekommen, welche Leistungen und Vorteile wir als IG Metall ihnen bieten können.

Kolleginnen und Kollegen, Ihr wisst es am besten: In immer mehr Betrieben sinkt die Zahl der neu eingestellten Auszubildenden. Gleichzeitig werden immer mehr dual Studierende eingestellt. Um diese strategisch wichtige Zielgruppe für uns zu gewinnen, müssen wir relevante Tarifverträge für die Kolleginnen und Kollegen abschließen. Die Freizeit- und Unfallversicherung langt hier als Argument für eine Mitgliedschaft in der IG Metall schon lange nicht mehr. (Beifall)

Was sind für uns, die Generation Y, wie wir ja gerne genannt werden, die Zukunftsfragen: Habe ich nach meinem Studium einen sicheren Arbeitsplatz, der gut entlohnt wird? Hört nach meiner Ausbildung die Qualifizierung auf, oder habe ich die Möglichkeit, meinen Techniker oder Bachelor zu machen? Und wie finanziere ich eigentlich das Ganze?

All das sind Fragen, die die junge Generation umtreiben und auf die wir als IG Metall eine passende Antwort haben, nämlich unsere Tarifverträge. Doch auch der beste Tarifvertrag zur Qualifizierung von Beschäftigten oder zur unbefristeten Übernahme hilft uns nicht weiter, wenn diese in den Schubladen verstauben, in den Betrieben keine Anwendung finden oder für die relevante Zielgruppe wie beispielsweise Studierende keine Geltung finden.

Unsere Kernkompetenz als stärkste Gewerkschaft im Land ist es, die Menschen vereint vor den Werkstoren zu mobilisieren und gute Tarifverträge zu erkämpfen. Mit unseren Kampagnen „Operation Übernahme“ und „Revolution Bildung“ haben wir absolute Pionierarbeit innerhalb der Gewerkschaften geleistet. (Beifall) - Ja, da kann man klatschen; denn das hat viel Kraft gekostet.

Kolleginnen und Kollegen, lasst uns aber nicht nur die Gewerkschaft sein, die qualitativ hochwertige Tarifverträge abschließt, sondern lasst uns auch die Gewerkschaft sein, die es schafft, diese Regelungen mit Leben zu füllen, indem wir sie in unseren Betrieben konsequent umsetzen. Last es uns gemeinsam anpacken, die IG Metall noch besser, noch stärker und noch progressiver aufzustellen. - Vielen Dank. (Lebhafter Beifall)

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank. Ich denke, dem ist nichts hinzuzufügen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission: Annahme. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen. (Beifall)

Jetzt steigen wir ein in die Beratung über die einzelnen Anträge. Ich rufe auf den Antrag L1.001. - Eva, bitte.

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Dem Leitantrag sind insgesamt zehn Anträge zugeordnet, über die wir jetzt einzeln beraten werden.

Wir können unter den restlichen neun Anträgen zwei Schwerpunkte ausmachen. Einige Anträge befassen sich mit den verschiedenen tarifpolitischen Forderungen der jungen Dinger, sage ich jetzt mal - (Heiterkeit) das sagt Ihr doch im Betrieb auch, oder? -, sowie der besseren Einbindung der dual Studierenden in unserer Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und in der Hochschule.

Weitere Schwerpunktthemen der eingereichten Anträge sind die Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen, die Steigerung des Anteils von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und die Förderung von Ausbildungsfähigkeit.

Unsere Beschlussempfehlung zum Antrag L.1.001, der jetzt aufgerufen ist, lautet: Annahme in geänderter Fassung. Das will ich kurz erläutern:

Der Antrag fordert die Aufhebung der Altersgrenze von 25 Jahren zur Wahl der JAV vor allem im Hinblick auf die in den letzten Jahren gestiegene Zahl der in der Regel älteren dual Studierenden in den Betrieben. Der Antrag fordert die Aufhebung der Altersgrenze sowohl für das aktive als auch für das passive Wahlrecht.

Mit diesem Antragsbegehren hat sich auch die 22. Jugendkonferenz im April dieses Jahres bereits auseinandergesetzt. Die dort getroffene Beschlusslage fordert die IG Metall auf, sich auf allen Ebenen für eine Gesetzesänderung zum Wegfall der Altersgrenze zur JAV-Berechtigung, bezogen lediglich auf das aktive Wahlrecht, einzusetzen.

Warum? Die Jugendkonferenz wollte damit vorbeugen, um keine - ich formuliere es mal salopp - berufsjugendlichen Jugendvertreter, die mit 35 Jahren immer noch im JAV-Büro sitzen, zu etablieren. Und die Jugendvertreter sollten nach Ansicht der Jugendkonferenz-Teilnehmer vom Alter her möglichst dicht am Alter der in der Ausbildung befindlichen meisten Beschäftigten liegen.

Die geänderte Fassung des Antrags spricht sich aufgrund dessen ausdrücklich gegen eine Veränderung der JAV-Berechtigung, bezogen auf das passive Wahlrecht, aus. Das aktive Wahlrecht wird befürwortet, um nicht gegebenenfalls unter etwaige zahlenmäßige Grenzen abzufallen. Denn alle gewählten Jugendvertreter setzen sich natürlich auch für die dual Studierenden ein.

Das zweite Thema dieses Antrags, die Konkretisierung der Ausbildungsform des dualen Studiums, unterliegt neben der Einordnung dual Studierender in das Berufsbildungsgesetz auch der Hochschulgesetzgeber der Länder. Möglichkeiten, die Geset-

zeslücke für dual Studierende zu schließen, befinden sich derzeit in Prüfung. Im laufenden Prozess der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes wurde ein entsprechendes Rechtsgutachten angefordert.

Die Beschlussempfehlung lautet deshalb: Annahme in geänderter Fassung.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Ich danke Dir, Eva. - Zu diesem Antrag liegt mir eine Wortmeldung vor. Das Wort erhält der Kollege Tim Höwing aus der Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Delegiertennummer 252. - Tim, Du hast das Wort.

**Tim Höwing, 252**

Das passive Wahlrecht einzuschränken ist das, bei dem ich an diesem Antrag anecke, weil ich das aus der Ausbildung kenne. Ich bin selber in der JAV und bin jetzt knackige 22 Jahre alt. Es ist aber so, dass viele Auszubildende bei uns älter sind und zum Teil sogar deutlich älter sind als ich. Wenn ich dann im JAV-Büro sitze mit zum Teil 26- und 27-Jährigen, dann ist es für mich immer ganz schwierig, mit denen über ihre Probleme zu sprechen. Ich finde es deshalb echt kacke, wenn die Leute da nicht in die JAV können.

Ich sehe nicht das Problem, dass wir da diese Berufsjuvenlichen reinkriegen würden. Am Ende entscheiden ja die Auszubildenden, von wem sie sich vertreten lassen wollen.

Deshalb möchte ich Euch bitten, gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu stimmen, damit wir auch das passive Wahlrecht für die älteren Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildung bekommen. Ich sehe keine Notwendigkeit, das zu streichen. (Leichter Beifall)

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Tim. - Ich frage die Antragsberatungskommission: Ändert das etwas an Eurer Empfehlung?

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Auch wenn es ein engagierter Beitrag war, bleiben wir bei unserer Empfehlung.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Okay. Dann frage ich die Delegierten: Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission - Annahme in geänderter Fassung - folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Einige Enthaltungen. Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Empfehlung gefolgt worden. Danke.

Dann rufe ich auf den Antrag L.1.002. - Eva, bitte.

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Unsere Beschlussempfehlung lautet: Annahme als Material zum Leitantrag.

Der Antragsteller, also der Jugendausschuss beim Vorstand, formuliert seine konkreten Anforderungen an eine Tarifpolitik der IG Metall für die junge Generation in allen Branchen. Neben der Position zur Ausbildungsvergütung werden eine Erweiterung auf dual Studierende und eine betriebspolitische Initiative zur Umsetzung in den Betrieben gefordert. So weit, so gut.

Diese Forderungen stehen auch im Einklang mit der bisherigen tarifpolitischen Diskussion und Willensbildung der IG Metall und sind zu befürworten. Die tarifpolitischen Forderungen werden allerdings in den regionalen Tarifkommissionen der jeweiligen Branchen unter Beachtung weiterer Rahmenbedingungen beraten und beschlossen.

Deshalb ist die Position der Jugend dort als wichtiger Beitrag einzubringen. Daher lautet unsere Empfehlung: Annahme als Material zum Leitantrag.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Ich danke Dir, Eva. - Auch zu diesem Antrag liegt mir eine Wortmeldung vor. Das Wort erhält die Kollegin Kristin Oder aus der Verwaltungsstelle Zwickau aus dem Innovationsbezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen mit der Delegiertennummer 315.

**Kristin Oder, 315**

(Mit Beifall begrüßt) Ich stand eben in der Pause zur Probe schon mal hier vorn. Und ich muss gestehen: Als Ihr alle noch nicht hier saßt, war es für mich ein bisschen einfacher. (Beifall)

Warum ist die Tarifpolitik für uns Jugendliche so wichtig? Wir sind das Fundament der zukünftigen Politik unserer IG Metall; denn auch diese IG Metall ist von Demografie betroffen. Jörg hat das bei der Verabschiedung der Vorstandsmitglieder bereits erwähnt. Daher braucht es junge, motivierte Aktive, um zukünftig handlungsfähig zu bleiben.

Wenn wir junge Menschen beteiligen und sie als Mitglieder gewinnen wollen, müssen wir ihre Interessen insbesondere auch in der Tarifpolitik vertreten. Wie sehr sich junge Menschen mit der Tarifpolitik der IG Metall identifizieren, sehen wir alle spätestens bei den Warnstreiks oder wenn wir gemeinsam auf die Straße gehen und echt richtig coole Aktionen gemeinsam starten.

Oft sieht man uns auch in der ersten Reihe stehen, wo wir für unsere Forderungen auch ordentlich Dampf machen. Nichtsdestotrotz stehen wir selbstverständlich hinter den Forderungen unserer älteren Kolleginnen und Kollegen.

Woher kommt dieser Antrag? Der Antrag „Tarifpolitik für und mit der jungen Generation“ wurde vom Jugendausschuss beim Vorstand geschrieben. Alle diese Themen kamen aus der diesjährigen Jugendkonferenz. Bei dieser Konferenz gab es intensive und spannende Diskussionen mit einem eindeutigen Votum: Die Ausbildungsvergütung ist ein großer Bestandteil unserer Tarifpolitik.

Viele Teile dieses Antrags wie zum Beispiel der Tarifvertrag für dual Studierende oder die Umsetzung des Tarifvertrags zur unbefristeten Übernahme und der Weiterbildungstarifvertrag kommen auch im Leitantrag vor. Es war uns ein innerliches Blumenpflücken, (Beifall) dass genau diese Teile unseres Antrags auch im Leitantrag berücksichtigt worden sind.

Nichtsdestotrotz ist die existenzsichernde Ausbildungsvergütung eines der wichtigsten Kernthemen unserer zukünftigen Arbeit. Leider wurde dieser Teil im Leitantrag nicht berücksichtigt.

Wofür brauchen wir eine existenzsichernde Ausbildungsvergütung? Die Azubis in Erstausbildung sind nicht mehr wie früher 15 Jahre alt, sondern meistens schon knapp 20 und nicht selten älter. Daher haben sich auch ihre Bedürfnisse geändert. Vor allem ist es der Wunsch nach Unabhängigkeit, um nicht auf Dritte oder gar auf den Staat angewiesen zu sein.

Immer häufiger sind Azubis auch dazu gezwungen, weit weg von zu Hause eine Ausbildungsstelle anzunehmen. Daher muss das langfristige Ziel eine Auszubildungsvergütung sein, welche mindestens 50 Prozent des Facharbeitereckentgelts beträgt. Zwar gibt es in einigen DGB-Gewerkschaften Diskussionen, das gesetzlich zu regeln, aber wir als IG Metall-Jugend trauen uns zu, diese Dinge in unseren Tarifverträgen zu regeln. (Beifall)

Wichtig ist hierbei auch, dass die Facharbeitereckentgelte deutschlandweit wieder näher zusammenrücken. Und damit wir uns an dieser Stelle klar verstehen: natürlich nur nach oben orientiert.

Für uns als IG Metall-Jugend ist dieses Thema mit von oberster Priorität, was auch die Diskussionen auf unserer Jugendkonferenz gezeigt haben. Daher braucht dieser Antrag aus unserer Sicht einen anderen Stellenwert.

Wir bitten die ABK, ihre Empfehlung zu überdenken und eine Empfehlung auszusprechen, die da lautet: Annahme. Annahme für unsere Jugend und eine Tarifpolitik für und mit uns, für die junge Generation und mit der jungen Generation. (Beifall)

#### **Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Ich finde, Du musstest Dir gar keine Sorgen machen. Du hast das super gemacht. Das siehst Du ja an der Reaktion. (Beifall)

Das war das Lob für den Vortrag. Und was ist nun mit der Empfehlung? (Beifall - Uwe Schütz von der Antragsberatungskommission holt Eva Stassek vom Rednerpult zum Tisch der Antragsberatungskommission)

#### **Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Auf einem Seminar nennt man das „Murmelgruppe“. Dabei kommt meistens etwas heraus.

#### **Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Ihr habt es vielleicht schon bemerkt. Ihr habt die Antragsberatungskommission ganz unruhig gemacht. Wir haben jetzt noch mal über den Antrag geguckt und gesagt: Wir könnten uns zu einer Änderung der Empfehlung hinreißen lassen und Annahme empfehlen. (Beifall) Daher lautet die Beschlussempfehlung nun Annahme, und wir werden zusammen in den Tarifkommissionen dann dafür sorgen, dass das auch umgesetzt wird. Ihr alle, denn Ihr sitzt ja alle mit in den Tarifkommissionen. (Beifall)

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Dann frage ich Euch jetzt, im vollen Bewusstsein für die Verantwortung, die Ihr damit übernehmt: Wer der geänderten Empfehlung der Antragsberatungskommission, nämlich Annahme, folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Einige wenige. Gibt es Enthaltungen? - Auch einige wenige. Damit ist der geänderten Empfehlung gefolgt und dem Antrag zugestimmt. Der Jugend herzlichen Glückwunsch! (Beifall) Aber wir wissen alle: Da liegt noch ein gutes Stück Arbeit vor uns.

Ich rufe jetzt auf den Antrag L1.003. - Eva, Du hast das Wort.

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Über die Studierendenarbeit der IG Metall haben wir jetzt schon mehrere Male gesprochen. Das Antragsbegehren sieht zusätzliches Personal für Verwaltungsstellen mit besonderen Potenzialen in der Studierendenarbeit vor, das aber mit Personal- und Sachkosten verbunden ist. Es laufen da ja noch ein paar Projekte. Deshalb muss das jetzt noch einmal im Rahmen der Weiterentwicklung dieses Arbeitsfelds geprüft werden. Das ist aber an etlichen Ecken schon mit eingeflossen. Deswegen empfehlen wir jetzt, weil wir das ja abstimmen müssen, Annahme als Material an den Vorstand.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Ihr habt es gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den Antrag L1.004.

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Ganz schlicht: Die Beschlussempfehlung lautet Annahme.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Auch hierzu liegt mir keine Wortmeldung vor. Wir können demzufolge sofort abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Damit einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Antrag L1.005.

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Bei diesem Antrag haben wir, nur wegen der besseren Lesbarkeit, die Nummerierung geändert. Wir haben einen Absatz hochgezogen. Nur deshalb empfehlen wir Annahme in geänderter Fassung.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Zu diesem Antrag liegt mir eine Wortmeldung vor. Das Wort erhält die Kollegin Sabrina Prüfert aus der Verwaltungsstelle Düsseldorf-Neuss aus NRW mit der Delegiertennummer 025.

**Sabrina Prüfert, 025**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir, die IG Metall Jugend, halten es für ein wichtiges und richtiges Zeichen, dass die ABK den Antrag in geänderter Fassung zur Annahme empfiehlt. Wir möchten hier noch einmal deutlich machen, wie wichtig uns das Thema der beruflichen Bildung ist.

Aus unserer Sicht muss Bildung das Ziel haben, Menschen zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Dazu muss gewährleistet sein, dass junge Menschen sich auf ihre Ausbildung konzentrieren können. Die Lücken im Berufsbildungsgesetz lassen dies aber nicht zu, da immer mehr Jugendliche keine Ausbildung oder nur eine Ausbildung unter unzumutbaren Bedingungen erhalten. Existenzängste dürfen die Ausbildung nicht gefährden.

Dazu ist es notwendig, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die ausnahmslos für alle, die sich in Ausbildung befinden, gelten. Hier muss ein Anspruch geschaffen werden, auf den sich die in Ausbildung Befindenden verlassen können. Dafür ist eine Novellierung des BBiG unvermeidlich.

Das BiBB gehört zu unserem betrieblichen Alltag. Als Auszubildende und betriebliche Interessenvertretung haben wir fast täglich damit zu tun, ob es um die Umsetzung oder die Suche von Ausbildungsplätzen geht, Geld, um auf eigenen Beinen stehen zu können, für Wohnung und das tägliche Leben, ob Kopiergeld, Fahrtkosten, Werkzeuge und Sachbücher erstattet werden oder das zulasten der Auszubildenden geht, ob oder - besser gesagt - welche gesetzlichen Grundlagen für das duale Studium gelten sowie die Qualitätsstandards und Mitsprache an den Berufsschulen und Berufskollegs.

Das Thema der beruflichen Bildung ist ein gewerkschaftlicher Eckpfeiler in den Betrieben, und wir sind die Experten. Daher wollen und werden wir nicht abwarten, bis Wirtschaft und Politik die gesetzliche Grundlage nach ihren Interessen gestalten. Wir warten nicht ab, sondern werden jetzt für ein modernes Berufsbildungsgesetz aktiv.

Wir hoffen auf Eure Unterstützung. Denn das betrifft nicht nur die IG Metall-Jugend, sondern uns alle, die IG Metall. Deshalb bitten wir Euch alle, der Empfehlung der ABK zu folgen. - Vielen Dank. (Beifall)

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank, Sabrina. - Ihr habt es gehört. Wer nach der nochmaligen Aufforderung der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Damit war das einstimmig.

Ich rufe jetzt den Antrag L1.006 auf.

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Der Antrag fordert eine feste Quote für Ausbildungsplätze, die sich nach der Beschäftigtenzahl des Betriebes bemisst. Die meisten von Euch werden das als Umlagefinanzierung bereits kennen. Die Position ist auch bereits Position der IG Metall, und zwar schon seit vielen, vielen Jahren; sie war es schon zu der Zeit, als ich Jugendvertreterin war.

Aber es ist tatsächlich so: Sie findet sich nicht im Leitantrag wieder. Von daher finden wir es schon richtig, diesen konkreten Aspekt dem Leitantrag hinzuzuheften. Deswegen empfehlen wir, das als Material zum Leitantrag anzunehmen.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe jetzt den Antrag L1.007 in Verbindung mit L1.008 auf.

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Der Antrag beinhaltet ein sehr wichtiges Begehren, nämlich die Beteiligung Jugendlicher mit Migrationshintergrund an der dualen Ausbildung. Er fordert den Vorstand auf, sich dafür einzusetzen, dass Bezirke, Verwaltungsstellen, Betriebe und Betriebsräte für eine bessere Beteiligung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der dualen Ausbildung Sorge tragen mögen. Das ist sehr wünschenswert und wird von uns natürlich unterstützt. Deswegen: Empfehlung Annahme.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Zu diesem Antrag liegt mir eine Wortmeldung vor. Das Wort erhält die Kollegin Felina Bodner aus der Verwaltungsstelle Wolfsburg aus dem Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit der Delegiertennummer 258.

**Felina Bodner, 258**

Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Beschlussempfehlung der Antragsberatungskommission noch einmal bekräftigen. Denn wir als Junge IG Metall finden es erschreckend, dass wir uns in der heutigen Gesellschaft immer noch damit beschäftigen müssen, Jugendliche mit einem Migrationshintergrund in eine betriebliche Ausbildung zu integrieren. Denn wir sind der Meinung, dies sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Wir erleben im Alltag eine Bereicherung, die durch viele verschiedene Kulturen stattfindet, nicht nur im Arbeitsalltag, sondern auch in unserer bunten Gesellschaft. Dementsprechend kann es nicht sein, dass fast 60 Prozent aller Ausbildungsbetriebe in Deutschland Jugendlichen mit Migrationshintergrund keine Perspektiven bieten und nicht ausbilden. Trotz gleicher Qualifikation findet man mit Migrationshintergrund schlechter einen Platz für eine Ausbildung oder ein duales Studium.

Natürlich ist es nicht einfach damit getan, einen Antrag auf diesem Gewerkschaftstag zu verabschieden, sondern es geht darum, dass wir uns einbringen. Es gibt viele betriebliche Interessensvertreter und Interessensvertreterinnen unter uns, welche am Auswahlprozess der Auszubildenden und dual Studierenden beteiligt sind. Bei dieser Beteiligung muss der Fokus darauf gelegt werden, dass wir Richtlinien zum Auswahlprozess schaffen und diese zukünftig umsetzen. Das muss zu unserer täglichen Arbeit gehören. Wir müssen Lösungen finden, wie wir uns als Verantwortliche mehr engagieren und wie wir diese im Betrieb leben. Es ist dringend notwendig, dort zur Stelle zu sein, wo Berufsausbildung beginnt, nämlich beim Auswahlprozess.

Es muss jedem das gleiche Recht auf eine Ausbildung garantiert werden. Deshalb bitte ich Euch, der Empfehlung der ABK zu folgen und den Antrag anzunehmen.

Denn die Auswahl für eine Berufsausbildung darf nicht nach Nationalität und Herkunft erfolgen. - Ich danke für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank. - Ihr habt es gehört. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag L1.009 auf.

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Bei diesem Antrag möchten wir die Annahme als Material zum Leitantrag empfehlen. Das Antragsbegehren ist zu unterstützen. Es muss ein Teil des betriebspolitischen Ansatzes sein, die Förderung von Qualifizierung in den Betrieben mit betriebsverfassungsrechtlichen Mitteln und durch Umsetzung der tarifvertraglichen Möglichkeiten voranzubringen. Hier müssen auch im Nachgang zur Neufassung der Tarifverträge Qualifizierung und Bildung betriebspolitische Initiativen entwickelt werden.

Das Antragsbegehren ergänzt die EntschlieÙung und den Leitantrag um konkrete Punkte. Deswegen empfehlen wir Annahme als Material zum Leitantrag.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Wir können demzufolge gleich zur Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Das war einstimmig; vielen Dank.

Dann rufe ich jetzt den letzten Antrag zu diesem Leitantrag auf; das ist der Antrag L1.010.

**Eva Stassek, Sprecherin der Antragsberatungskommission**

Den empfehlen wir zur Annahme als Material zum Leitantrag, weil er sich auch mit Tarifverhandlungen befasst bzw. wo das einfließen soll und da die Tarifkommissionen entscheiden müssen.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank. - Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Damit ist auch diesem Antrag zugestimmt.

Schönen Dank an die Antragsberatungskommission.

Meine Kollegen haben mir signalisiert, wir haben hier oben einen kleinen Abstimmungsbedarf. Also keine Pause. Ihr könnt kurz durchschnaufen, und wir stimmen uns kurz ab. Dann geht es weiter.

Es geht weiter. Wir haben uns etwas überlegt, um es Euch eventuell etwas einfacher zu machen und die weitere Beratung nicht in reiner Gymnastik erstarren zu lassen.

Wenn Ihr jetzt zum nächsten Leitantrag „Für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung“ auf die Unterlagen guckt, dann seht Ihr, dass da sehr, sehr viele Anträge zur Annahme als Material zum Leitantrag empfohlen sind. Wie wir ja gelernt haben, ist das eine positive Erledigung. Der Leitantrag würde um die entsprechenden Anträge ergänzt.

Wir schlagen Euch jetzt Folgendes vor. Alle Anträge, die zur Annahme als Material zum Leitantrag vorgeschlagen sind und zu denen keine Wortmeldungen vorliegen, würden wir im Block aufrufen und darüber im Block abstimmen lassen. (Beifall)

Wir rufen natürlich alle Anträge, zu denen Wortmeldungen vorliegen, einzeln auf. Denn es ist ja Sinn des Gewerkschaftstages, dass sich Kolleginnen und Kollegen hier äußern können. Ich denke einmal, wenn wir uns konzentrieren, haben wir in der Sache der Demokratie nicht geschadet und Euren Armmuskeln vielleicht einen kleinen Gefallen getan. (Vereinzelt Beifall)

Dann wollen wir mal gucken, dass wir das zusammen hinkriegen. Ich rufe jetzt den Leitantrag „Für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung“ auf. Es geht wieder los mit „Film ab!“. (Filmeinblendung zum Leitantrag „Alterssicherung“ - Beifall)

**Andreas Weidemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestattet mir, mich Euch kurz vorzustellen.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Was machst Du denn da? (Heiterkeit)

**Andreas Weidemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Du hattest doch den Leitantrag schon aufgerufen.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Jetzt kommt doch aber erst der Ergänzungsantrag. Fass Dich noch einen kleinen Moment in Geduld, damit wir die Kolleginnen und Kollegen jetzt nicht verwirren und damit alle wissen, wo wir sind.

Also, es wird jetzt der Ergänzungsantrag zum Leitantrag aufgerufen, weil wir den ja als Erstes behandeln. Und schon hat der Andreas das Wort.

**Andreas Weidemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin Andreas Weidemann, Erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Nürnberg. Das liegt in Bayern. Damit gehören wir auch zum Bezirk Bayern. (Vereinzelt Beifall)

Bevor wir zum Ergänzungsantrag kommen, muss ich trotzdem erst einmal auf den eigentlichen Leitantrag eingehen, damit wir zumindest wissen, welche Intention der Ergänzungsantrag hat.

Der Film, denke ich, hat schon ausführlich gezeigt, worum es in diesem Leitantrag „Für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung“ geht. Wie ich finde, ist das schon sehr gut in Szene gesetzt.

Kolleginnen und Kollegen, der Leitantrag greift ein zentrales Zukunftsthema der IG Metall auf, und ich denke, er wird uns selbstverständlich begleiten und in den nächsten Jahren ein Arbeitsschwerpunkt sein.

Der im Leitantrag beschriebene Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung beruht auf zwei Säulen, und dabei geht es - erstens - vorrangig um die Stabilisierung und Leistungsverbesserung der gesetzlichen Rente und - zweitens - um die Stärkung einer Betriebsrente für alle, indem sich die Arbeitgeber stärker an der Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung beteiligen.

Eine wichtige Forderung in diesem Zusammenhang ist, Betriebsrenten in Zukunft über tarifliche Regelungen abzusichern. Zusätzlich wird eine rechtliche Absicherung per Gesetz nötig sein. Die Kampagne „Gute Arbeit - gut in Rente“ soll fortgesetzt werden. Dazu wird ein Kommunikations- und Mobilisierungskonzept erarbeitet, das die Problematik der altersgerechten Arbeitsgestaltung, fairere Ausstiegschancen und die unzureichende soziale Absicherung im Alter thematisiert, Fragen der Generationengerechtigkeit aufgreift und die Politik auffordert, mit dem Rentenpaket nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Darüber hinaus soll das Kommunikations- und Mobilisierungskonzept für die gewerkschaftliche Reformagenda und die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung weiterentwickelt werden.

Bevor wir jetzt über den Leitantrag abstimmen, beraten wir den Ergänzungsantrag, der gerade aufgerufen worden ist.

Kolleginnen und Kollegen, der Ergänzungsantrag vom Kollegen Rolf-Rüdiger Beyer hat das Ziel, das Rentenniveau schrittweise auf mindestens 53 Prozent netto vor Steuern anzuheben. Diese konkrete Forderung soll im Leitantrag entsprechend aufgenommen werden.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt allerdings die Ablehnung dieses Ergänzungsantrags.

Der Leitantrag fordert zunächst die Stabilisierung und dann die Anhebung des Rentenniveaus.

Eine entsprechende Festlegung eines bestimmten Prozentsatzes - zum jetzigen Zeitpunkt zumindest - wird für uns aus unserer Sicht als politisch nicht zweckmäßig und nicht zielführend angesehen. Das zeigt auch schon die Tatsache, dass hierzu unterschiedlichste Anträge mit unterschiedlichsten Prozentsätzen und Formeln vorliegen.

Wenn Ihr in die Unterlagen reinschaut, geht dies von einem Netto-Rentenniveau vor Steuern von 52,8 Prozent bis mindestens 55 Prozent.

Die konkrete Höhe der Rente und Diskussion über einen Prozentsatz muss aus Sicht der Antragsberatungskommission Gegenstand eines Gesamtpakets zur Leistungsverbesserung sein. In diesen Diskussionsprozess müssen auch die Themen niedrigeres Renteneintrittsalter und Verbesserung der Erwerbsminderungsrente einfließen.

Die IG Metall sollte sich die Möglichkeit erhalten, diesen politischen Prozess im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl offen zu begleiten. Hierzu soll es auch eine Abstimmung mit dem DGB geben. Aus diesen Gründen hält die ABK die Nennung einer konkreten Prozentzahl derzeit für nicht sinnvoll. Gleichwohl können wir die Intention des Antragstellers für eine konkretere Formulierung bei diesem Thema des Rentenniveaus im Leitantrag nachvollziehen.

Aus diesem Grund schlägt die ABK eine Änderung des ersten Spiegelstrichs im Leitantrag vor.

Unser Vorschlag lautet: Das Rentenniveau muss zunächst stabilisiert und dann deutlich angehoben werden, um eine angemessene Lebensstandardsicherung im Alter zu gewährleisten.

Ich denke, mit dieser Neuformulierung unterstreichen wir noch einmal genau, worum es uns geht, nämlich zuallererst zu diskutieren, dass der Lebensstandard im Alter sichergestellt werden soll.

Aus diesem Grund empfehlen wir, den Ergänzungsantrag mit der konkreten Prozentzahl abzulehnen und im zweiten Schritt den Leitantrag mit dieser Ergänzung, die ich gerade vorgetragen habe, anzunehmen.

#### **Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Mir liegen hierzu zwei Wortmeldungen vor. Als Erstes erhält das Wort der Antragsteller Rolf-Rüdiger Beyer, Verwaltungsstelle Region Hamburg, Bezirk Küste, mit der Delegiertennummer 201.

#### **Rolf-Rüdiger Beyer, 201**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich erst einmal bei den hundert Kolleginnen und Kollegen bedanken, die diesen Ergänzungsantrag unterstützt haben. Ich muss mich bei den Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg und auch bei einigen aus dem Bezirk Küste entschuldigen, die ihre Unterschrift nicht mehr leisten konnten, weil die Zahl 100 erreicht war und die Zeit etwas knapp gewesen ist.

Das Thema Rentensicherung scheint eines der wichtigsten Themen auf diesem IG Metall-Kongress zu sein. Es liegen zur Alterssicherung 55 Anträge vor. Das heißt, dass dieses Thema den Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungsstellen unter den Nägeln brennt. Das heißt gleichzeitig, dass dort bereits eine Diskussion stattgefunden hat.

Ich finde es sehr positiv, dass daraus die Schlussfolgerung gezogen und ein Leitantrag zur Alterssicherung hier vorgelegt wurde.

Ich habe diesen Leitantrag etwas näher durchgeschaut und mir ebenfalls alle 55 Anträge zur Alterssicherungspolitik angeschaut. Mir fiel auf, dass dieser Leitantrag leider nicht so konkret ist wie der Leitantrag zur Jugend, den wir gerade verabschiedet haben. Ich kann es so sagen: Im übertragenen Sinne erschien mir der Leitantrag ein wenig niveaulos zu sein. Ich wollte ihn mit Niveau füllen. Deswegen meine Forderung: Anhebung des Nettorentenniveaus schrittweise auf mindestens 53 Prozent.

Ich möchte jetzt erst einmal einige Erläuterungen dazu geben, warum diese Frage überhaupt so wichtig ist. Die meisten denken, die jungen Menschen sind von dieser Kürzung im Rentenniveau betroffen. Das ist nicht der Fall. 2013 hatten die Rentner preisbereinigt eine Rente auf dem Stand des Jahres 1983.

Vor unserer Delegiertenversammlung in Hamburg habe ich im vergangenen Jahr, weil wir auch über die Altersteilzeit im Rahmen des Tarifvertrags diskutiert haben, vorgerechnet: Was passiert mit einem Durchschnittsverdiener - das ist bei uns in Hamburg die Tarifgruppe E5 im ERA-Tarifvertrag -, wenn er 43 Jahre gearbeitet hat, in die Altersteilzeit geht und zwei Jahre früher ausscheidet? Das sind ungefähr 2.800 Euro, die dabei zugrunde zu legen sind.

Das ist die Nettorente vor Steuern. Das heißt, dass der Krankenversicherungsbeitrag abgezogen werden muss - die Rentenversicherung trägt den Arbeitgeberanteil für die Krankenversicherung - und dass der Steuersatz für die Pflegeversicherung abgezogen werden muss. Wenn man zwei Jahre früher in Rente geht, heißt das, dass man mindestens 7,2 Prozent Abzüge bekommt. Ich habe die Nettorente ausgerechnet.

Im Jahr 2014 hätte bei einem Rentenniveau von 49 Prozent die Rente 1.072 Euro betragen. Im Jahr 2020 würde bei einem Rentenniveau von 46 Prozent die Rente 962 Euro betragen. Im Jahr 2030 würde die Rente bei einem Rentenniveau von 43 Prozent 899 Euro betragen.

Der Schwellenwert für die Armutsgefährdung, berechnet auf der Grundlage von 2013, liegt bei 979 Euro. Das heißt, Menschen, die immer durchschnittlich verdienen, also jetzt 2.800 Euro, rutschen mit Sicherheit in die Altersarmut. In Hamburg leben, wenn man diesen Schwellenwert zugrunde legt, bereits 15 Prozent der über 65-Jährigen in Altersarmut.

Und noch ein Punkt: Die Altersarmut ist überwiegend weiblich. Nur in anderthalb Bundesländern liegt die durchschnittliche Rente der Frauen über diesem Schnittpunkt. Die anderthalb Bundesländer sind Sachsen und Ostberlin.

Es wird häufig behauptet, das könne nicht finanziert werden, obwohl wir Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht haben. Ich kann Euch sagen: Von 1957 bis 2013 war es so, dass 700 Milliarden Euro in der Rentenkasse fehlten, weil versicherungsfremde Leistungen finanziert wurden.

Jetzt noch einmal zu den 53 Prozent. Im Vorwort der IG Metall-Broschüre „Bausteine für den flexiblen Übergang in den Ruhestand“ nennen Detlef Wetzels und Hans-Jürgen Urban ein gesetzliches Rentenniveau, das den Lebensstandard im Alter sichert, als eines der Kernelemente einer solidarischen Rentenpolitik.

Das wird auf Seite 25 der Broschüre durchgerechnet und konkretisiert. Im Baustein 3 wird eine Anhebung von dem heutigen Niveau auf das Zweitausender-Niveau gefordert. Da war das Rentenniveau bei 53 Prozent.

Ein Satz noch bitte: Ein Gewerkschaftstag in den Neunzigerjahren hat sich mit der Arbeitszeitverkürzung befasst. Der Vorstand wollte keine Zahl, als es um Arbeitszeitverkürzung ging. Der Souverän, der Gewerkschaftstag, hat entschieden: die 35-Stundenwoche. Das war die erfolgreichste Auseinandersetzung, die die IG Metall geführt hat. Deshalb bitte ich Euch um die Annahme meines Antrages. Die Änderung durch die Antragsberatungskommission ist für mich nicht so schlimm. Das ist für mich die zweitbeste Lösung, sie ist aber besser als das, was vorher in der Empfehlung stand. (Beifall)

#### **Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Danke, Wolf-Rüdiger. - Jetzt hat das Wort der Kollege Gunter Wachholz aus der Verwaltungsstelle Wolfsburg, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit der Delegiertennummer 273. Dann macht sich bereit der Kollege Werner Lichtenberg.

#### **Gunter Wachholz, 273**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte erst einmal dem Wolf-Rüdiger danken. Ich habe mit unterschrieben, und zwar mit Inbrunst unterschrieben, weil ich ganz genau weiß: Wir müssen dringend etwas tun. Die Altersarmut ist längst im Gange. Ihr habt sicherlich kürzlich gelesen: Das ist ein Ergebnis einer falschen Rentenpolitik. Das können wir als IG Metall nicht so stehen lassen. Deswegen müssen wir hier dringend Taten sehen. (Beifall)

Das Rentenniveau ist im Sinkflug. Von über 50 Prozent 2010 sind wir jetzt auf 47 Prozent herunter, und das geht weiter runter auf 43 Prozent. Was heißt das eigentlich, wenn wir bei 43 Prozent sind? Ein Normalverdiener bekommt nach 45 Beitragsjahren nur 1.100 Euro Bruttorente heraus. Dann wird noch der Krankenkassenbeitrag abgezogen, sodass nur noch 1.000 Euro verbleiben. Ich sage ganz deutlich: Das können wir so nicht akzeptieren, sondern wir müssen initiativ werden. (Beifall)

Wir müssen unserem Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban, den wir mit einem überragenden Ergebnis gewählt haben, deutlich machen, dass er eine sehr gute Arbeit geleistet hat, aber er muss alles tun, um die Umkehr des Rentenniveaus hinzubekommen. Deshalb ist es gut, dass überhaupt einmal eine konkrete Zahl genannt wird. Ich finde es wichtig, dass wir ein Ziel haben, an dem wir uns orientieren können.

Ich bitte deshalb darum, den Antrag zu unterstützen. Ich finde es gut, dass der Vorstand den Leitantrag noch einmal geändert hat. Ich denke, es ist in unserem Interesse, dass hier Bewegung reinkommt. Wir müssen der Politik auf den Füßen stehen, damit da endlich eine Änderung eintritt. - Vielen Dank. (Beifall)

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Danke. - Es folgt der Kollege Werner Lichtenberg aus der Verwaltungsstelle Wiesbaden-Limburg, Bezirk Mitte, mit der Delegiertennummer 162.

**Werner Lichtenberg, 162**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Werner Lichtenberg von der Verwaltungsstelle Wiesbaden-Limburg. Ich arbeite als VK-Leiter und bin in zweiter Linie Betriebsrat.

Warum haben wir den Antrag gestellt? Wir wollten den Begriff Anhebung des Rentenniveaus konkretisieren, um Folgendes deutlich zu machen: Keinen Frieden mit der Agenda 2010 und keinen Frieden mit den sogenannten Riester- und Schmidt-Reformen in der Rentenpolitik. (Beifall) Diese Reformen, wenn man sie überhaupt so nennen kann, waren der endgültige Bruch mit dem Lebensstandardprinzip in der Alterssicherung. Den privaten Versicherungen wurden die Kunden zugejagt. Das darf nicht sein; denn wir brauchen eine paritätisch finanzierte gesetzliche Rente, die den erarbeiteten Lebensstandard im Alter sichert.

Die gesetzliche Rente muss deshalb mindestens auf das Niveau vor der Riester-Reform angehoben werden. (Beifall) Diese Aussage wird durch die von der ABK vorgeschlagene Formulierung, das Rentenniveau muss zunächst stabilisiert und dann deutlich angehoben werden, um eine angemessene Lebensstandardsicherung im Alter zu gewährleisten, unterstrichen. Deswegen können wir mit diesem Vorschlag der ABK gut leben.

Lasst uns um diesen Vorschlag kämpfen und das zum Gebot der Stunde machen. Ich bitte Euch, den Vorschlag der ABK anzunehmen und dann mit Volldampf die Kampagne zu starten: für die Lebensstandardsicherung im Alter, für eine Rente mit Niveau. Lasst es uns angehen. - Danke für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Ich danke Dir. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Sie hat hier Ablehnung empfohlen. Danach wird zum Leitantrag Annahme in geänderter Fassung empfohlen.

Wer ist für die Empfehlung der Antragsberatungskommission? - Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist der Empfehlung bei einigen Gegenstimmen gefolgt worden.

Ich rufe jetzt auf den Leitantrag Nr. 2 mit den Anträgen L-219, L-220, L-228, L-229, L-238, L-239, L-240, L-242, L-243 und L-245. Ich gebe dem Sprecher der Antragsberatungskommission das Wort.

**Andreas Weidemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Kolleginnen und Kollegen, es ist schon gesagt worden: Wir empfehlen Annahme in geänderter Fassung, wie wir das eben vorgelesen haben.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Ich danke Dir. - Zu diesem Antrag liegt mir eine Wortmeldung vor. Das Wort bekommt der Kollege Peter Spiekermann von der Verwaltungsstelle Osnabrück, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit der Delegiertenummer 250. - Da kommt er; er sitzt weiter hinten.

**Peter Spiekermann, 250**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte einige Aspekte und Fragen zur betrieblichen Altersversorgung einbringen. 2009 hat der Vorstand das Memorandum für

einen Generationenvertrag für eine solidarische Alterssicherung beschlossen. Die betriebliche Altersversorgung soll danach im Rahmen des Drei-Wege-Modells der Altersversorgung einen wichtigen Teil übernehmen.

Passen unsere Antworten angesichts der vollzogenen und der sich abzeichnenden Entwicklung noch: Zunehmende Altersarmut, Auflösung beziehungsweise Änderung oder Verlust des Betriebsbegriffs, Zunahme von Solo-Selbständigen und so weiter?

Noch kurz zur Geschichte des Drei-Säulen-Modells. Anfang der 2000er-Jahre wurde das Alterssicherungssystem auf neue Füße gestellt. Die gesetzliche Rente hat nun nicht mehr das Ziel, den Lebensstandard zu sichern, sondern den Beitrag stabil zu halten.

Dieser Paradigmenwechsel wurde begleitet von einer teilweisen Privatisierung der Altersversorgung. Seitdem gilt die Theorie, die Sicherung des Lebensstandards sei nur durch die ergänzende private und betriebliche Vorsorge erreichbar, das sogenannte Dreisäulenmodell.

Eine Studie der Arbeitnehmer aus diesem Jahr hat nun gezeigt: Die Dreisäulentheorie ist ein Flop. Schon aus strukturellen Gründen ist das Ziel der Lebensstandardsicherung selbst mit drei Säulen nicht zu erreichen. Es ist eine Illusion - so der Titel der Studie.

Im Leitantrag steht unter der Überschrift „Eine Betriebsrente für alle“: „Die IG Metall engagiert sich weiterhin für den Ausbau der betrieblichen Altersversorgung - als Ergänzung und nicht als Ersatz für die gesetzliche Rente.“ Aber solange die Lebensstandardsicherung nicht wieder erreicht ist, ist die betriebliche Altersversorgung ein Ersatz für die gesetzliche Rente.

Mehr noch suggeriert der Begriff „betriebliche Altersversorgung“, dass der Betrieb, der Arbeitgeber, diese finanziert. Aber das Gegenteil ist richtig. Der weitaus größte Teil wird durch Gehaltsumwandlung aus dem Einkommen der Kolleginnen und Kollegen getragen. Wenn sie dann doch einmal vom Arbeitgeber finanziert wird, so handelt es sich um einen Großbetrieb im Westen unserer Republik. Aber insbesondere die Kolleginnen und Kollegen, die nur eine kleine gesetzliche Rente erwarten dürfen, haben nicht die Beiträge für eine betriebliche Altersversorgung übrig. Nebenbei verkürzen sie durch die Gehaltsumwandlung auch noch ihre gesetzliche Rente und ihr Krankengeld, wenn ihr Einkommen nicht oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegt. Höhere Einkommenssteigerungen führen auch zu höheren Rentensteigerungen, aber eben auch umgekehrt.

Ist es unter diesen Bedingungen sinnvoll, die betriebliche Altersversorgung zu einem tariflichen Schwerpunkt zu machen? Zu welchem Preis werden wir eine vom Arbeitgeber finanzierte Altersversorgung im M+E-Bereich durchsetzen können? Von Ergebnissen in anderen Tarifbereichen wage ich nicht zu träumen. Ich meine dabei nicht die Umwandlung von VWL- zu AVWL-Leistungen.

Die Große Koalition hat die Förderung der betrieblichen Altersversorgung im Koalitionsvertrag angekündigt. Aber der Sozialstaat darf nicht seine Verantwortung für die Alterssicherung auf die Schultern der Sozialpartner verlagern. Die Riester-Rente hat doch nur zu einem neuen Geschäftsmodell für die Versicherungen geführt. Bei der betrieblichen Altersversorgung ist es letztlich nicht anders, oder?

Die einzigen sicheren Gewinner sind die Kapitalsammelstellen, die uns dann möglicherweise auch noch als Investoren wiederbegegnen.

Lasst uns vorrangig für die gesetzliche Rente streiten, die sich an der Sicherung des Lebensstandards orientiert, für eine Altersversorgung eben auch für die Menschen, die prekär beschäftigt waren und/oder diverse Jahre ohne bezahlte Arbeit waren und keine Chance hatten, eine betriebliche Altersversorgung zu erwerben.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Vielen Dank. - Wünscht die Antragsberatungskommission noch einmal das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission, die wegen des einen geänderten Spiegelstrichs „Annahme in geänderter Fassung“ lautet. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dem gefolgt worden.

Wir haben uns überlegt, dass wir versuchen sollten, heute noch Folgendes zu schaffen: Ich würde jetzt gerne mit Euch noch diese Blockabstimmung hinter uns bringen und Euch die anderen Anträge, die dann einzeln aufgerufen werden, zumindest mitteilen; über diese würden wir dann aber morgen in Ruhe diskutieren, um jetzt nicht in Verdrückung zu kommen. Aber wir sollten versuchen, jetzt noch die Blockabstimmung zu schaffen. Ich denke, wenn wir uns konzentrieren, dann kriegen wir das hin. Ich versuche es jedenfalls.

Ich rufe also jetzt alle die Anträge auf, die als Material zum Leitantrag empfohlen sind, also positive Erledigung. Das sind die Anträge L.2.001, L.2.002 mit dem L.2.003, L.2.004 mit dem zugeordneten L.2.005, L.2.017 bis L.2.021, L.2.023, L.2.025 bis L.2.027, L.2.034, L.2.036 bis L.2.037 und L.2.041 bis zum L.2.049. Habt Ihr diese Anträge alle gefunden? Das sind also alle Anträge, die in der Beratungsliste mit der Empfehlung der Antragsberatungskommission versehen sind: Annahme als Material zum Leitantrag, zu denen auch keine Wortmeldungen vorliegen; denn diese werden wir morgen aufrufen.

**Andreas Weidemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Soll ich dazu jetzt noch etwas sagen, oder seid Ihr noch am Sortieren?

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Wir stellen gerade fest, dass wir noch einen Antragsblock mit der gleichen Empfehlung vergessen haben. Ich rufe zusätzlich auf die Anträge L.2.006 bis L.2.015, und dem L.2.015 ist noch der Antrag L.2.016 zugeordnet. Diese Anträge werden jetzt also auch noch von der Blockabstimmung umfasst.

Dort drüben sehe ich eine Wortmeldung. Eddy, komme bitte her.

**Edmond Worgul (274)**

Damit wir jetzt nicht durcheinanderkommen, habe ich nur die Bitte: Macht bitte einmal den Umkehrschluss und führt alle die Anträge auf, die morgen beraten werden sollen. Dann können wir alle noch einmal abgleichen, ob das so passt.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Alles klar. So machen wir das.

Einzel aufgerufen werden somit morgen die Anträge, zu denen eine Wortmeldung vorliegt, oder die Anträge, zu denen die Empfehlung anders lautet als „Annahme als Material zum Leitantrag“. Damit wir sehen, ob wir dann alle Anträge erfasst haben, würden wir also einzeln aufrufen die Anträge L.2.022, L.2.024, L.2.030 mit den zugeordneten Anträgen L.2.031 und L.2.032 sowie die Anträge L.2.033 und L.2.035. Fehlt jetzt ein Antrag, von dem Ihr wisst, dass es dazu eine Wortmeldung gibt? Ist ein solcher Antrag dabei jetzt nicht aufgetaucht? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann legen wir uns diesen Zettel für morgen früh beiseite und kommen wieder zu der ganzen Latte von Anträgen, bei denen es sich im Umkehrschluss um alle anderen Anträge handeln müsste, wenn wir keinen Antrag unterschlagen haben.

Andreas, willst Du noch etwas dazu sagen?

**Andreas Weidemann, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Kolleginnen und Kollegen, die jetzt aufgerufenen Anträge haben allesamt die Empfehlung der Antragsberatungskommission: Annahme als Material zum Leitantrag.

Bei so vielen aufgerufenen Anträgen ist es natürlich schwierig, auf die Details einzugehen. Ich kann dazu sagen, dass in allen Anträgen im Prinzip noch einmal deutlich darauf eingegangen wird, wie dringlich es ist, jetzt eine Offensive in Sachen Rentenpolitik zu starten, vor allem mit dem Schwerpunkt Anhebung und Verbesserung der gesetzlichen paritätisch finanzierten Rente. In vielen Anträgen wird auch noch einmal speziell eine Kampagne gefordert.

Wir haben deshalb für alle Anträge „Annahme als Material zum Leitantrag“ und nicht „Erledigt durch Leitantrag“ empfohlen, weil in sehr vielen Anträgen noch viele spezielle Dinge zur Diskussion gestellt werden sollen und viele Anregungen darin enthalten sind, bei denen wir sagen: Das alles soll Bestandteil des Materials zum Leitantrag werden.

Wenn wir nun über alle Anträge zusammen abstimmen, kann ich, wie gesagt, jetzt nicht auf die einzelnen Anträge eingehen. Nur so viel: Es sind viele Anregungen, wo wir als ABK sagen, sie sollen alle in das Material zum Leitantrag eingehen, auch wenn die Hauptintention im Prinzip durch den Leitantrag abgedeckt ist.

Also noch einmal: Deshalb empfehlen wir für alle diese Anträge Annahme als Material zum Leitantrag.

**Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums**

Wenn Ihr dieser Empfehlung so folgen könnt, dann bitte ich Euch jetzt um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Will sich jemand enthalten? - Ich sehe einige Enthaltungen. Aber in Summe ist der Empfehlung so gefolgt. Diese Anträge sind also als Material zum Leitantrag angenommen und damit erledigt. (Beifall)

Ein Dank an die Antragsberatungskommission. Wir unterbrechen jetzt die Antragsberatung bis morgen früh 9 Uhr und werden dann mit den anderen Anträgen fortfahren.

**Ende des 4. Kongresstages: 18.33 Uhr**